

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 3.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7990.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,
 „Kleinanzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Ansprescher: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Mugsburg, H. d. G. H. i. St. 20.—, Kavelois, deutsche Gut-
 macher 20.16, Ahlen i. W. durch G. D. 5.—, Berlin, Beiträge
 der Wahlkreise: 1. Kreis 100.—, 3. Kreis 350.— (darunter Wer-
 statt von Treue, Wienerstr. 44, 28.—) 4. Kreis (Südost) 1500.—
 (darunter Südost 100.—), 4. Kreis Ost 1000.— (darunter Wer-
 statt Altkne, Warthenerstr. 10.—, Tischler der Werkstatt von
 Rimmel 10.—), 6. Kreis Moabit 1100.—, 6. Kreis Rosenthaler
 Vorstadt 1200.—, 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vor-
 stadt 2000.— (darunter Polarlicht 11 und 12 40.—, Dampf-
 partei B. G. 5.—, Dr. F. A. 101 3.—), 6. Kreis, Schön-
 hauser Vorstadt, 1000.— (darunter A. V. Mitter 1.—, bei
 Namtsov über den See gefahren 4.50), Berlin, diverse Beiträge:
 Kolonie „Zur Erholung“ durch Walter 15.—, Dr. L. A. 50.—,
 Ortsverwaltung Berlin III durch Bredow 6.—, A. K. 30.—,
 Rochetes 5.—, Note Buchbinder, Grünstraße, 5.—, Chamisso-
 platz Salomonstraße 9.50, Cigarrenfabrik von H. Schulze,
 Friedrichsbergstr. 21, 5.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch-
 binderei von Bading 10.—, Unkel 1.—, Sulenberg 200.—, Lange
 Pfeife 1.50, Grumach, zur Stiehwahl 30.—, Ein Post-
 beamter 3.30, Waffe von Benedig 18.11, Peterreit 2.20, H. Katto-
 witz 1.—, Verlastung von Bading 25.—, Schneider-
 werstatt Gräber 10.—, Arbeiter von Schuster u. Vär 8.30,
 Tonblüte 6.25, Von Mitgliedern der H. Dr. 4.90, P. S. 30.—,
 A. B. 50.—, Vern 50.—, Samburg, Jäcklein Rohrbach 5.—, Döf-
 feld, durch den Vertrauensmann J. S. 100.—, Essen (Ruhr), durch
 den Vertrauensmann 50.—, Falkenberg (O.-Schl.) 2.—, Forst i. L.
 d. b. Vertrauensmann 200.—, Freiburg i. B., von badischen Genossen
 20.—, Gotha, d. b. Vertrauensm. 50.—, Greiz, Wohlfr. Neuhä. 2. 50.—,
 Gera, Bahlf. Neuh. j. L. 100.—, Gießen, Ed. A. 10.—, Gasthof bei
 Bremen 10.—, Hohenstein-Ernstthal v. G. H. 10.—, Hamburg, im
 Monat November in der Expedition des „Echo“ eingegangen
 218.70, Kassel, von Parteigenossen 25.—, Ludenwalde, rote
 Hochzeit durch G. J. 5.—, München, Waldläufer 10.—
 (darunter für Oktober 5.—), München, durch J. A. 30.—,
 Stuggensturm b. Kofast, v. Vertrauensmann des S. badischen Reichs-
 tagswahlkreises 25.—, Neuhaldensleben-Wohnistedt (Wahlkr.) durch
 den Vertrauensmann Tümmel 150.—, Rätenberg, durch A. J. 25.—,
 Otzenau, durch Wulfs 17, Rate 10.—, Ohlig, durch den Vertrauens-
 mann 30.—, Nöblinghausen, durch W. 10.—, Rudolfsstadt, Gungold 1.—,
 Ronsdorf, durch den Vertrauensmann 5.—, Saarbrücken, Wahl-
 kreis 122.50, Sonneberg S.-M., von Parteigenossen durch E. W. 20.—,
 Stuttgart, G. H. 10.—, Schmiedeburg i. Schl., d. b. Vertrauens-
 mann 10.—, Schwelm, d. b. Vertrauensmann 100.—, Werden, von
 verschied. Cigarrenarbeitern d. Fabrik v. E. u. B. d. d. Beitr. 6.20,
 Weiskau, rote Rindhaue 2.65, Wittenberg 50.—, Wolfenbüttel,
 Radfahrer von Braunschweig und Wolfenbüttel 6.—, Wesel, Specht
 —50, A. J. 3. 2000.—

In der Quittung in Nr. 262 des „Vorwärts“ vom 8. November
 dieses Jahres muß es unter den Einzelbeiträgen des 4. Berliner
 Wahlkreises Südost nicht heißen Blätterlein Neue Mühle 8.—, sondern
 9.05, Hand in Hand nicht 9.05, sondern 8.—. In der gleichen
 Quittung unter den Berliner diversen Beiträgen nicht Stereotypen,
 sondern Stereotypen des „Vorwärts“ 10.—.

Berlin, den 8. Dezember 1899.
 Für den Parteivorstand:
 A. Gerlich, Hauptstr. 9.

Heinrich Heine.

Geb. 13. Dezember 1799.

Um meine Wiege spielten die letzten Mondlichter des achtzehnten
 und das erste Morgenrot des neunzehnten Jahrhunderts.“ Mit diesen
 Worten hat Heinrich Heine selbst den langwierigen Streit über den
 Kalendertag seiner Geburt vorweg abgeklungen; ob er nun am
 13. Dezbr. 1797 oder an demselben Tage des Jahres 1799 geboren sein
 mag, so ist er ein Kind der Jahrhundertwende. Und so gedankenwirbelnde
 an dem hergebrachten Datum seines Säculartages, ohne zu ver-
 kennen, daß in dem Kampfe um das Jahr seiner Geburt die Streiter
 für 1797 siegreich vordringen. Es scheint in der That, als ob die
 Eltern Heines, um ihn dem preussischen Militärdienst zu entziehen,
 sein Alter um zwei Jahre vergrößert haben. Der Jubel der anti-
 semitischen Presse über diese neu entdeckte Frevelthat Heines ist
 übrigens mit der ganzen Lächerlichkeit des Antisemitismus ge-
 schlagen; sollten alle deutschen Dichter gekrenzt werden,
 die vor dem preussischen Korporalstock ein heiliges Grauen
 empfunden haben, so ginge ein großes Sterben über
 den deutschen Parnas; sogar der fromme Odenbürger Klopstock und
 der General-Superintendent Johann Gottfried Herder sind in den
 Listen des preussischen Kriegsministeriums als „unsichere Kantonsisten“
 verzeichnet.

In der Geschichte der Humanität und der Civilisation wird
 Heines Name noch mit vollen Ehren genannt werden, wenn der
 preussische Korporalstock höchstens in einem Museum hiesiger Moritäten
 ein verregenes Dasein fristen mag. Es giebt kein sprechenderes
 Zeugnis für Heines historische Größe, als daß sein Schatten mitten
 in den heftigsten Kämpfen der Gegenwart steht, daß die Frage: Wie
 dünkt euch um Heine? ein Schlachtruf ist, woran sich die streitenden
 Heere unterscheiden. Das ist nur den Erlesensten gegeben unter den
 revolutionären Aufwählern der Geschichte, und sein von den Geschöpfen
 der Feinde starrendes Bild ist ein ehrenvollerer Denkmal Heines,
 als der Grabhügel, den der Lorbeer der Freunde schmückt.
 Ein anderer revolutionärer Dichter des ablaufenden Jahr-
 hunderts, mit dem Heine oft verglichen worden ist, Lord Byron,
 hat gewaltiger und tiefer in die historische Bewegung seiner Zeit
 eingegriffen, aber dafür gehört er heute auch nur
 noch der Geschichte an. Heine dagegen wächst immer mächtiger in
 die Zukunft hinein, und wenn er in abendlichen Dunkel Jahren der
 historischen Vergangenheit angehören sollte, so wäre damit auch ge-
 sagt, daß der Sieg des Proletariats im zwanzigsten Jahrhundert er-
 folghen wird.

Nicht als ob wir Heine in irgend einem Sinne zum social-
 demokratischen Parteiman machen wollten! Das ist er so wenig
 gewesen, wie ein großer Künstler überhaupt ein Parteiman zu sein

Die Flotte im Reichstag.

Die merkwürdigsten Etats-Debatten, die der Reichstag bisher
 erlebt, spielen sich jetzt im Reichstag ab: eine Etats-Debatte ohne
 Etat, Auseinandersetzungen, die im eigentlichen Betraht nicht zur
 Sache gehören, die außerhalb der Tagesordnung stehen. Dafür wird
 über einen Entwurf geredet, der noch gar nicht da ist. Wie am
 Montag die Minister, so sprachen am Dienstag die Mitglieder des
 Hauses fast ausschließlich über den Flottenplan, dessen Einzelheiten
 niemand bisher kennt, während man dem Etat selbst nur ein paar
 Anstandsbeobachtungen über Schuldenwirtschaft und Anleihebedarf
 widmete. Der Reichstag wäre berechtigt gewesen, auch das unge-
 lehrte Verfahren einzuschlagen; er hätte auf die Erklärungen der
 vier Minister nicht eingehen brauchen, da keine Marinevorlage ein-
 gegangen, und hätte sich auf die politischen Generalabrechnungen
 beschränken können, die beim Etat vorgenommen zu werden pflegen.
 So aber stand der Etat unter der Modade der Zukunftsflotte.

Auch der Dienstag-Sitzung wohnte auf den Tribünen ein zahl-
 reiches Publikum bei. In allen Ecken zeigten sich Marine-Uniformen,
 ebenso auf den Bänken des Bundesrats. Daneben war auch die
 ältere Landmannschaft vielfach vertreten.
 Die Sitzung begann einschläfernd mit der disussionslosen Be-
 ratung des Telegraphenweggesetzes. Dann bestieg der Centrums-
 führer Lieber gravitativ die Tribüne, um alle fünf Minuten ein
 Wort von sich zu geben, dafür waren es aber auch gewichtige Worte.
 Herr Lieber kündigte sie sogar des öfteren mit einer kleinen Ueber-
 schätzung als Gedanken an. Die Staatsglossen, die er anfangs
 produzierte, wirkten einschläfernd; er trieb seine Redenklänge
 mit so gespreizter Wichtigkeit, als ob er die Willkuren
 sämtlich auf seiner Tasche zählen müßte. In dem grauen
 Dämmerlicht, das im Saale herrschte, wirkten die Ausführungen
 Liebers um so ermattender. Nur den Ministern, die vollzählig er-
 schienen waren, gefiel der Anfang — hatten sie doch Anlaß, Jürstler-
 liches zu erwarten.

Man erinnert sich, daß Herr Lieber kürzlich die Drohung aus-
 sprach, er wolle nicht nur ein Patriisthlein, sondern die ganze
 Wäsche der Regierung gründlich waschen. Aber dem Centrums-
 aboolaten machte die Temperatur zu niedrig sein, um die Hand ins
 Wasser zu stecken. Er begnügte sich, das Patriisthlein als ver-
 hängnisvoll wehende Flottenflagge zu hissen.
 Als Herr Lieber endlich auf die Marinefrage einging, herchte
 man gespannt auf. Aber Windhorsts Nachfolger sagte gar nichts,
 wenigstens nichts Bestimmtes. Er behielt sich die endgültige
 Stellungnahme vor, bekräftigte ein wenig die vorgeschlagene Kosten-
 bedung und ließ, indem er Wilhoms Weltmachtspoeie höchlich
 bewunderte, durchblicken, das Centrum werde schließlich aber-
 mals für die Schiffe sein, und zwar ganz ohne Gegenleistung.
 Ohne Gegenleistung — womit natürlich nichts gegen die etwaige Er-
 füllung von Centrumswünschen gesagt sein soll.

Aber Herr Lieber ist nicht nur ein Freund des Vaterlandes und
 der Flotte, sondern er ist auch ein großer Demofrat, der eifersüchtig
 über die parlamentarischen Rechte wacht. Und darum sprach er
 harte Worte wider das gegenwärtige Regierungssystem. Warum

pflegt, ja in gewissem — von der heutigen Bourgeoischheit freilich
 grotesk übertriebenen — Sinne nicht einmal ein Parteiman sein darf.
 In Heines Geiste kreuzten sich feudale, bürgerliche, proletarische
 Strömungen, die drei großen Weltanschauungen überhaupt, deren
 Kämpfe das Jahrhundert mit tosendem Waffenschall erfüllen; eben
 dies wunderbare Spiel der Farben und Formen, das bei allen
 grellen Widersprüchen doch harmonisch in einander klang, giebt ihm
 seine einzige Stellung in der deutschen nicht nur, sondern in der
 europäischen, in der modernen Litteratur überhaupt. Heine hat
 die blaue Blume der Romantik nie völlig ver-
 gessen und das Brauen vor dem Kommunismus nie
 völlig überunden. Dies Geständnis, daß die Zukunft den Kom-
 munisten gehört — ich machte es in einem Tone der Besorgnis und
 höchsten Angst und ach! das war keineswegs eine Maske. In der
 That, nur mit Schreden und Schoubern denke ich an die Epoche, wo
 diese finsternen Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden; mit
 ihren säuweligen Händen werden sie alle Marmorstatuen der Schön-
 heit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden all
 jenes phantastische Spielzeug und Pflasterwerk der Kunst zertümmern,
 das der Poet so sehr geliebt; sie werden meine Lorbeerhaine fällen
 und dort Kartoffeln pflanzen; die Lilien, welche nicht
 spinnen noch arbeiten und doch so herrlich gelleidet sind, wie König
 Salomo in all seiner Pracht, sie werden dann ausgerauft aus dem
 Boden der Gesellschaft, falls sie nicht etwa die Spindel zur Hand
 nehmen wollen; die Rosen, diese müßigen Bräute der Nachtigallen,
 wird das gleiche Los ereilen; die Nachtigallen, diese unnißigen
 Sängler, werden fortgesetzt, und ach! mein Busch der Rieder wird
 dem Gewürzkräuter dienen, um daraus Dälen zu drehen, in die
 er Kaffee schütten wird oder Schnupftobak für die alten Weiber
 der Zukunft. Ach! ich sehe dies alles voraus, und mich be-
 schleicht unsägliche Trauer, wenn ich an den Untergang denke,
 mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht,
 die ins Grab sinken werden mit der ganzen alten romantischen Welt.
 Und dennoch, ich bekenne es offen, ich dieser Kommunismus, der all
 meinen Interessen und Reigungen so feindlich ist, einen Rauber auf
 meine Seele, dessen ich mich nicht erwehren kann.“ So blickten die
 ersten Richter und Schatten einer gigantischen Zukunft über Heines
 emänglichen und reichen Dichtergeist, aber sicherlich sprach er nicht
 wie ein kommunistischer Parteiman.

Allen so sinnlos es wäre, diesen genialen Künstler für eine
 politische Partei zu reklamieren, so wahr ist es, daß Heines Größe
 völlig verstanden, sein Ruhm sicher behütet wird nur vom kämpfenden
 Proletariat. Dessen „säuwelige Hände“ allein schätzen dieses Dichters
 Lorbeerhaine vor der mörderischen Art, die sowohl von den Junkern
 und Pfaffen, als auch von den biedereren Bürgerseelen daran gelegt
 wird. Wie sprechen nicht lange von den Junkern und den
 Pfaffen und den spießbürgerlichen Philistern, deren ganzes
 Unrecht gegen Heine doch nur darin besteht, in ihrer Weise

diese plötzliche Vorlage, nachdem man vor zwei Jahren er-
 klärt, man werde durch die Annahme des Flottengesetzes für
 sechs Jahre Ruhe haben...? Als Lieber gelegentlich von dem allein
 verantwortlichen Reichskanzler sprach, senkte Hohenlohe tief sein
 Haupt, und sah dann schon von der Seite den Redner wehmütig
 fragend an. Auch Hohenlohe wußte offenbar nicht die Frage zu
 beantworten, was denn das für eine Regierung sei,
 die aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ spreche,
 lautlose Stille herrschte, als Lieber von der Hamburger
 Rede sprach, der Präsident v. Ballestrem lauschte mit
 der Hand am Ohr, ohne indes Gelegenheit zum Einschreiten zu er-
 halten. Witterlich beklagte sich Lieber über die Wandlungen „in
 Seiner Majestät erlauchtem und erhabenem Herzen“. Nach An-
 nahme der Flottenvorlage habe der Kaiser in der Thronrede
 dem Reichstag ausdrücklich seine Anerkennung ausgesprochen. Und
 nun seien in Hamburg die bitteren Worte über den deutschen Partei-
 geist gefallen. Unverantwortliche Ratgeber müßten bei dem
 Kaiser das deutsche Volk verbächtigt haben. Von den
 verantwortlichen Männern, die hier am Bundesratsstische saßen —
 Miquel fe h l t e — sei sicher keiner fähig zu solchem Thun, dafür
 lege er seine Hand ins Feuer. Lieber deutete an, daß er den von
 Kommunisten zum Agrarier allmählich gemauerten Mann, der alle
 Parteien als überflüssig bezeichnet, für den bösen Geist des
 Monarchen hielte.

Mit diesen und ähnlichen gepöhlten Wendungen suchte Lieber
 seinen rabulischen Ruf zu wahren. Auf das Haus machten sie keinen
 Eindruck mehr. Die Spannung war ja gleich am Anfang gelöst.
 Es bestand für niemanden mehr ein Zweifel, daß das Centrum auch
 diesmal, wenn auch unter noch so biffigen Bemerkungen gegen die
 Regierung, den Flottenkurs mitfeuern werde. Die Situation war
 damit klar.

Die Kritik der Hamburger Rede hatte bei den Bundesratsleuten
 Aufregung hervorgerufen, und als Lieber geendigt, erhob sich der
 Reichskanzler, um mit ungewöhnlicher Geläufigkeit und Lebhaftigkeit
 sein Bedauern darüber auszusprechen, daß eine Rede des Kaisers in
 die Debatte gezogen. Darauf schloß er ein paar sanfte die Kaiser-
 rede verteidigende Sätze.

Das Bedauern Hohenlohes aber hatte der Präsident des Reichs-
 tags als eine Kritik seiner Geschäftsführung empfunden, und mit
 großer Energie erklärte deshalb Herr v. Ballestrem, der Reichstag
 habe das Recht, authentisch bekannt geworden, zum Beispiel
 im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Kundgebungen des Kaisers in
 angemessener Form zu erörtern. Es hieße den Reden des Kaisers
 geringe Wichtigkeit beimessen, wenn er sie nicht im Reichstag er-
 wähen ließe.

Mit dieser Erklärung hat der Präsident v. Ballestrem noch über
 seine früheren Erklärungen hinaus, dem Reichstag die Diskussion
 kaiserlicher Kundgebungen frei gegeben und so gegenüber dem
 persöhnlichen Hervortreten Wilhelms II. eine Stätte der Kritik
 geschaffen.

Hatte Herr Lieber seinen Frieden mit dem Flottenplan ge-
 schlossen, so beilte sich auch der konservative Wortführer, der
 Schlachtensker der Kanalrevolte, Graf Limburg-Sturum, der Vor-

recht zu haben; sie sagen wenigstens mit gutem Aug: Alles, was
 uns heilig ist, hat dieser Spötter in den Staub gezogen. Eine
 ungleich ärgere Verhöhnung an Heine ist es, wenn seine bürgerlichen
 Verehrer in ihren Gesangsvereinen andächtig die Loreley singen und
 die Blume, so hold und schön und rein, aber als Heines „Schwäche“
 ablehnen, was seines unsterblichen Wesens unsterblicher Teil war,
 wenn sie seine Lehrer schmähen, aber seinen Bogen zerbrechen, wenn sie
 mit dem romantischen Dichter Heine prahlen, aber den revolutionären Dichter
 Heine verungümen, wie wir das in dem Profkämpferkriege um Heines
 feineres Denkmal so häufig erlebt haben.

Dem gegenüber gilt nur das eine Bekenntnis: Was ihn eich
 würdig macht, macht ihn uns wert. Wer dazu nicht die Courage
 hat, der lasse die Hände von Heine; er hat mit Heine so wenig zu
 thun, wie Heine mit ihm. Es giebt keine ärgere ästhetische
 Barbarei, als aus allerlei feigen Rücksichten einen großen
 Künstler zu zerstückeln. Was der bürgerliche Philisterr an dem
 Dichter der Loreley bewundert, das ist nicht Heinrich Heine, sondern
 ein genialerer Mann oder Brentano, wie denn die Loreley Sage von
 Brentano erfunden worden ist und von Heine nur ihre klassische
 Form erhalten hat. Der ganze Heine oder gar keiner: so steht die
 Frage nicht politisch, aber ästhetisch und historisch, und es ist einzig
 die Arbeiterklasse, die das ganze Erbe Heines angetreten hat. Sie
 bewundert nicht nur die Loreley und das Königskind mit den nackten,
 blaffen Wangen, sie bewundert auch Heines mächtige Veredamtheit gegen
 freche Unterdrückung, seinen feurigen Spott über träge bildende Feigheit;
 sie bewundert all seine feherischen Bilde, die gleich glänzenden
 Sternen das Dunkel der Zukunft erhellen, all das Tiefe und Wunder-
 volle, was Heine über die deutsche Philosophie und den französischen
 Realismus gesagt hat. Sie bewundert Uta Troll und das Winter-
 märchen und die herrlichen Götendichter aus den dreißiger, vierziger,
 fünfziger Jahren, die dem radikalen Philisterr Ruge, der in den
 „Hallen Jahrbüchern“ mit der philisterrhaften Mißhandlung Heines
 recht eigentlich den Anfang gemacht hatte, in lichten Augenblicken
 doch den begeisterten Schrei entrißten, Heine sei der freieste
 Deutsche, ein moderner Aristophanes, ein Jungling ohne Fehl und
 Tadel, der Tyrann der deutschen Völkerschlächt... .

Die „finsternen Bilderstürmer“, die Heine als die Vernichter
 seines Ruhmes fürchtete, sind die treuesten Hüter seines Grabes ge-
 worden. Wenn aber der Kommunismus trotz aller scheinbaren
 Schreden einen unwiderstehlichen Rauber auf seine Seele aus-
 läßt, so war sein genialer Künstlerinstinkt sicherer, als sein
 nicht überlegender Verstand, und eben ihn als Künstler zu würdigen,
 frei und unbefangen, wie er nun einmal war nach seinen historischen
 Existenzbedingungen, das vernag heute nur das Proletariat, im
 Unterschied zu den herrschenden Klassen, die ihn entweder nur an-
 zuflagen oder nur zu entschuldigen wissen. Und in dieser so sichern
 wie treuen Gut harrt Heines Name der Unsterblichkeit, die den
 großen Wortkämpfern freier Menschheit beschieden ist. J. W.

Lage des Kaisers seine Reverenz zu erweisen. Die Konservativen sind fester, daß der Flottenplan angenommen werden wird, sonst dürften sie es nicht wagen, für ihn einzutreten; denn bei einer Auflösung des Reichstages würde ihre Flottenfreundlichkeit den agrarischen Anhang arg gegen sie aufreizen. Mit dieser taktischen Flottenbegeisterung werden sie nun hoffentlich die leidige Hofacht beseitigen. Der Separatfriede mit ihrem König bedeutet aber noch nicht eine Aussöhnung mit der Regierung Hohenzollern. Limburg-Stürm griff den Reichskanzler heftig wegen seiner Äußerung über den Industriefaust an. Ueberhaupt habe die Amtsführung Hohenzollern, von dem man ja nie eine energische Initiative erwartet habe, enttäuscht. Die Regierung habe, um aus angeblichen Schwierigkeiten heraus zu kommen, die wichtigsten Machtbefugnisse aus der Hand gegeben. Als Graf Limburg von dem Boerenzug sprach und sein Mißfallen äußerte, daß England seine Raubzüge heuchlerisch im Namen der Zivilisation unternehme, hallte Bebel's lauter Pfiffenruf einbringlich durch den Saal: Genau wie bei uns. Die Schlusswendung des edlen Grafen, der mit Auspielung auf die Kanalangelegenheit, die Einzelstaaten zur Sparamkeit curie, entseffelte den stürmischen Beifall der Konservativen, die sich heute selbstbewußter denn je gerieren.

Nach einer Zwischenklärung Bilows, daß der Samoavortrag keine geheimen Klauseln enthalte, nahm wiederum Fürst Hohenzollern das Wort, der heute eine erkrankliche Redelust entwickelte. Diesmal suchte er nicht durch Kürze, sondern auch durch Witz epigrammatisch zu wirken. Er habe, so bemerkte er, vielleicht den Grafen Limburg-Stürm enttäuscht, daß er nicht wegen Nichterfüllung seines Versprechens in Sachen des Verbindungsverbots zurückgetreten sei; er könne aber schwer glauben, daß er alle politischen Freunde des Grafen enttäuscht habe.

In einer wichtigen zweistündigen Rede sprach zuletzt Bebel über die politische Lage. Hans und Trübner hörten aufmerksam zu. Die Gäste der Hofloge lauften, über die Drängung gebeugt, mit gespannter Andacht, insbesondere der Igl. Hansminister, der wohl Verzicht zu erlassen hatte. Nur auf der rechten Seite giefel man sich gegen den Schluss der Rede in nicht sonderlich geistreichen aber um so selbstgefälligeren Zwischenrufen. Mit stürmender Verbrenntheit und leidenschaftlichem Feuer schilderte Bebel das herrschende System, die leichtsinnige Schuldennacherei, die sinnlose Kolonial- und Weltpolitik, das persönliche Regiment, den Hitzgedurs, die Unzuverlässigkeit der Regierung. Mit besonderer Schärfe charakterisierte er das Verhalten des Marine-Sekretärs Tirpitz, dessen frühere Äußerungen er mit seinem jetzigen Thun kontrastierte. Herr v. Tirpitz geriet in sichtbare Erregung, als ihm Bebel nachwies, daß er noch am Anfang dieses Jahres in der Budgetkommission jeden neuen Marineplan abgelehnt, obwohl er nach eigenem Geständnis bereits im Dezember des Vorjahres darüber dem Kaiser Vortrag gehalten; und die Erregung des Marine-Sekretärs steigerte sich, als Bebel von seinem für die Durchführung des Seemats verpfändeten Namenswort sprach. Bebel schilderte dann weiter die Flottenagitation der Marine-Interessenten, zerfetzte die Phantasien Bilows über die durch die veränderte Weltlage bedingte Flottenvermehrung und zeichnete in kräftigen Strichen unsere Mittellosigkeit für alle Kulturzwecke. Mit gewaltig erhobener Stimme wies Bebel zum Schluss auf das bevorstehende Friedensfest der Christenheit hin, das man vorbereite, indem man Vernichtungsmittel für die Menschheit verate. Das sei das Christentum, das im christlichen Staate nichts als eine elende Phrase sei. Die Rechte bestätigte diese Wahrheit durch acht agrarische Johlen, und der Präsident Vollenstein erteilte Bebel wegen der Schlussbemerkung nachträglich einen Ordnungsruf.

Die Angriffe Bebel's riefen Herrn Tirpitz auf den Plan. Er mag ein guter Seemann sein, als Parlamentarier hat er nur Talent zu Niederlagen. Er wehrte mit der landesüblichen Entschuldigend die „Insinuationen“ ab und erklärte — eine Bebel'sche Äußerung mißverstehend —, daß die Industrie nicht ihn, sondern er die Industrie geschoben habe. Dabei machte er eine niedliche Entschuldigend. Er sei im Sommer bei den Industriellen umhergereist und habe sie „diskret“ über die bevorstehende Marinevorlage informiert. Jetzt wissen wir also, warum damals in der Industriepresse plötzlich eine Flottenkampagne einsetzte. Wir erfahren aber nun auch, daß man bei uns erst die Industriellen und dann erst die Höfe und den Bundesrat über gesetzgeberische Absichten unterrichtet. Das Wort vom Industriestaat lautet also bereits: Der Staat, das ist die Industrie!

In einer sachlichen persönlichen Bemerkung erklärte schließlich noch Graf Limburg, er sei nicht nur über die Zustimmung des Reichskanzlers zur Aufhebung des Verbindungsverbots, sondern über seine ganze Amtsfähigkeit enttäuscht, und er habe diesem Gefühl im Namen und Auftrag seiner politischen Freunde Ausdruck verliehen.

Hohenzollern erhob, verblüfft über diese scharfe Kriegserklärung, die Hände gen Himmel. Er schien antworten zu wollen, aber die Sitzung war bereits geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Nachlänge vom Zuchthausgefängnis.

Aus Karlsruhe meldet uns ein Privattelegramm vom Dienstag:

Im Landtag begründete heute Abg. Dreesbach in längerer Rede die sozialdemokratische Interpellation über die Stellungnahme der badischen Regierung zur Zuchthausvorlage. Minister Eisenlohr verliest, ohne ein Wort zuzufügen, eine kurze Regierungserklärung: die Regierung habe das Ergebnis der Erhebungen der Staatsanwälte und Behörden über Vergewaltigungen bei Ausländern seit 1890 nach Berlin geschickt mit der Erklärung, daß der Terrorismus immer stärker geworden und ein Zurückgreifen auf den früher abgelehnten § 163 der Novelle von 1890 notwendig und für Baden ausreichend erscheine.

Darauf wurde die Sitzung verlegt. Unsere Parteigenossen werden die Behauptung der Zunahme des „Terrorismus“ bei Straftaten, die in vollem Gegensatz zu den Auslassungen des badischen Gewerbe-Inspektors, einer gehörigen Kritik unterziehen.

Interessant ist das Bekanntwerden der Thatsache, daß die badische Regierung zunächst doch nur eine Verschärfung des § 163 gewünscht hat; erst nachträglich und ohne sachliche Gründe ließ sie sich zu der Zustimmung zu dem preußischen Gesetzentwurf und zum Zuchthausparagrafen drängen.

Miquel.

Während die Konservativen im Reichstag einen scharfen Angriff auf den Fürsten Hohenzollern unternommen hatten, findet Miquel plötzlich wieder Gnade bei der „Kreuz-Zeitung“, und sie verteidigt den Mann, dem sie eben erst abgesetzt, gegen Klatsch und Verdächtigungen.

Einer der Friedensmissionäre, die vordem die Versöhnung der Konservativen mit Miquel arrangierten, der Landrat v. Vöbel, erklärt jetzt, er sei nicht „auf Wunsch oder Anregung“ des Herrn v. Miquel in der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ gewesen. Bei diesem Landrat ist aber nun — der Sohn des

Finanzministers zufällig als zeitweiliger Vertreter beschäftigt. Jedenfalls ist die Darstellung der „Freistündigen Zeitung“ bisher in keinem wesentlichen Punkte widerlegt.

Troydem scheint der Todesstempel dieses Ministers länger zu dauern als das Leben manch anderer.

Deutsches Reich.

Eine Begnadigung.

Zwei Opfer des Pöblicher Krawallprozesses sind begnadigt und am Sonntag aus der Strafanstalt entlassen worden. Es sind dies die Zimmerleute Ernst Geißler und Moritz Geißler, beide zu je 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Wie die „Sächsisch. Arb.-Ztg.“ hört, haben Geißlers Frau und Gedts Eltern Gnadengesuche unter ausführlicher Darlegung des Sachverhalts eingereicht, die schließlich zu diesem Resultat führten.

Die Begnadigung, die nach Lage der Sache jetzt das einzige Mittel war, an den Verurteilten wenigstens zum Teil wieder gut zu machen, was ihnen durch das Urteil zugefügt worden war, wird allenfalls mit Genehmigung begründet werden.

Wenn man diese Begnadigung als Beweis für eine der Verantwortlichkeit näher kommende Auffassung des Falles in den maßgebenden Kreisen ansehen darf, so darf man vielleicht auch hoffen, daß diese Auffassung auch den übrigen Opfern in absehbarer Zeit zu gute kommt, die ja noch viel schwerer getroffen wurden als die jetzt Entlassenen. Sieben unglückliche Jähmaden noch im Zuchthaus und sollen sechs bis zehn Jahre darin verstrauen; eine Strafe, die in gar keinem Verhältnis zu der That steht.

Flottenpläne und das Ausland. Den Bahnhuy der beabsichtigten Flottenrüstungen beweisen die Äußerungen der sonst angebenden englischen Blätter zu der Rede des Grafen v. Bilow: „Standard“ sagt: Jede Veranschlagung irgend eines Staates, sich mit seinen Nachbarn auf gleiche Höhe zu stellen, legt den andern die Pflicht auf, zu thun, was in ihren Kräften steht, um das normale Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die „Times“ schreiben: Die Moral von Bilows Rede kann auch unseren Staatsmännern empfohlen werden. Es ist recht, nicht nur eine bestimmte Linie der Politik festzulegen, sondern auch bereit zu sein, sie abzuändern mit Rücksicht auf den Wechsel der Umstände. Deutschland ist natürlich berechtigt, seine Seemacht zu vermehren, da sich seine Handelsinteressen vermehren, und es würde seine Pflicht vernachlässigen, wenn es die nicht thäte. Die Deutschen werden nicht mißverstehen, wenn wir unsererseits es für unangebracht halten sollten, unsere eigene Flotte in dem Verhältnis der Vermehrung irgend einer anderen Flotte zu vermehren.“

Nicht alle Konservativen begeistern sich gleich dem Grafen Limburg-Stürm für neue Flottenrüstungen. Der Militärschriftsteller Oberstleutnant Rogalla von Wieberstein weist in der „Deutschen Agrar-Ztg.“ auf die „merkwürdig angedrohtene Schuldenlast des Reiches“ hin, die sich durch die Verwirklichung des neuen Planes abermals gewaltig steigern müsse, er betont hierauf, daß eine Flotte ersten Ranges dem Land heere 25 000 der kräftigsten Mannschaften entziehen werde und sagt zum Schluss:

„Vielleicht unter Erhöhung der Anzahl der Kreuzer. Vermehren wir den unvermittelten Sprung zu einer Flotte ersten Ranges, der uns in vielen Richtungen nur ein Treibhausprodukt bringen würde. Vermeiden wir es, uns wirtschaftlich mit einem neuen enormen Budgetfaktor für einen sekundären Zweig unserer Wehrkraft und für eine nur höchst unrichtige Ergebnisse versprechende maritime Weltpolitik festzulegen.“

Freiwillige für Kianichon. Das von Bebel gestern im Reichstage erwähnte Zirkular der Inspektion der Marine-Insanterie in Kiel, d. d. 8. Dezember 1890, lautet nach der „Frankfurter Tagespost“:

Die verehrliche Reklamation wird ganz ergebend gebeten, den unnterliegenden Bekanntmachungs-Eintwurf (wenn möglich im Voraus) im Interesse der Gewinnung von Freiwilligen für das III. Seebataillon und die Feldbatterie in Kianichon sehr gefälligst einige Male kostenlos in den Nachrichtenteil Ihres geschätzten Blattes aufzunehmen.

Die Inspektion gestattet sich hiermit im Voraus Ihren ganz ergebensten Dank auszusprechen.

von Hoepfner.

In die Redaktionen der gelesesten Zeitungen Deutschlands. Auf der Rückseite befindet sich der Aufruf, in dem dreijährige Freiwillige für das Seebataillon nach Kianichon, die prächtige Seebatterieschiffe, gesucht werden. Der Weg der Annonce ist ja nicht mehr ungewöhnlich auch für die Rekrutierung unseres Heeres. Originell ist es dagegen von der Marine-Inspektion, daß sie in kläglichster Weise die Inspektion des Flottentamms die Inspektionskosten zu sparen sucht.

Wochum, 9. Dezember. (Eig. Ber.) Unsere Stadt stand diese Woche im Zeichen des Kulturkampfes. Ein Professor Kandelinger sollte eine Reihe von religiösen Vorträgen hier halten, und sprach am Sonntagabend zur Einleitung in einem Frauenverein über die religiöse Erziehung der Kinder. Wider Erwarten erklärten der Polizeikommissar Weber in Begleitung des städtischen Stenographen, nahm sich den Vortragenden beiseite und erklärte ihm, daß er nur diesen einen Vortrag halten dürfe, weil er gleichzeitig festgestellt, daß der Herr Professor dem Jesuitenorden angehöre und den Mitgliedern dieses Ordens sei durch das bekannte Reichsgesetz jede Niederlassung und Missionarbeit im Deutschen Reich verboten. Der Windhorstbund, in dessen Beschlüssen in katholischen Vereinsthale Kandelinger diese Woche mehrere Abende hinter einander über das Dasein Gottes und den Atheismus sprechen sollte, beschwerte sich nun telegraphisch beim Regierungspräsidenten in Arnberg und erhielt die lakonische Mitteilung per Telegraph übermittelt: Entscheidung erfolgt erst nach Vortrag der Polizeibehörde in Wochum. Am Donnerstagabend wollte nun Prof. Kandelinger seine Vorträge fortsetzen, da erschien Polizei-Inspektor Kraut in Saale und teilte den Vortragenden mit, daß er wohl einen sozialpolitischen Vortrag zu halten gestattet würde, aber keinen sozialreligiösen. Für diese seine Unterscheidung mochte auch Kandelinger kein Verständnis haben, er verzichtete auf seinen Vortrag und die Zuhörer verließen bald darauf kopfschüttelnd den Saal.

Dresden, 11. Dezember. (Eig. Ber.) Anstellung der Militär-Anwärter. Die sächs. Regierung scheint mit den Gemeindebehörden offenbar insoweit zufrieden zu sein, als diese dem Militarismus in Bezug auf Anstellung der zahlreich vorhandenen Militär-Anwärter nicht die genügenden Referenzen erweisen. Inugs haben das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, welche bestimmt, daß von nun ab in den Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern die pensionberechtigten Stellen mit Militär-Anwärtern zu besetzen sind. Ausgenommen davon sind nur Assistentenstellen und solche Stellen, welche technische Kenntnisse erfordern. Bis zum 5. Januar 1900 haben die Gemeindebehörden das Verzeichnis behufs Prüfung an das Ministerium einzusenden.

Abgesehen davon, daß dieser Maß zum Nachteil der gegenwärtigen Beamtenchaft ist, bedeutet er auch einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde. Doch danach fragt man nicht, bei und bestimmt der Militarismus über alles. Bisher hat nur eine einzige Gemeinde, das städtische Kollegium in Zittau, hiergegen scharf Stellung genommen, und die Vernichtung eines Gemeindegats verlangt. — Wie das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden un-

achtet wird, beweist auch neuerdings die Amtshauptmannschaft Dresden. Sie verargte zum zweitenmale dem Gemeinderat in Böhla zu dem Beschluß, öffentliche Gemeinderatsitzungen einzuführen, die Genehmigung. Und zwar unter ganz wichtigen Gründen. — Im Gemeinderat in Wöhla sitzen einige Sozialdemokraten.

Reichsländische Postpolizei. Aus Elbaf-Lohringen wird uns geschrieben: Für die rigorose Art, in welcher bei uns die Fremdenpolizei gegenüber französischen Staatsangehörigen gehandhabt wird, ist ein Fall besonders bezeichnend, über den man aus einer gegen verschiedene Zeitungsredaktionen gerichteten „Verächtigung“ der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ das Folgende erfährt. Der französische Hauptmann Julius Schwind beabsichtigte, da er seit längerer Zeit schwer leidend war, sich zu seiner in Andlau im Oberelsaß wohnenden Mutter zu begeben, um in deren Pflege den weiteren Verlauf seiner Krankheit abzuwarten. Um die Reise ihres Sohnes nach den Reichsländern zu ermöglichen, ließ Frau Schwind für denselben auf dem Postbureau um die für Offiziere der französischen Armee erforderliche Aufenthaltserlaubnis nach. Die Erteilung dieser Erlaubnis wurde ihr für den Fall in Aussicht gestellt, daß sie ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand ihres Sohnes beibringe. Frau Schwind behauptet nun auf das Bestimmteste, dieser Voraussetzung unverzüglich genügt zu haben, was unter den gegebenen Umständen auch ohne weiteres als glaubwürdig erscheint. In der amtlichen Korrespondenz wird dies jedoch in Abrede gestellt, mit dem Hinweis darauf, daß sich weder in den Akten des Ministeriums dafür eine Bestätigung finde, noch dem mit der Bearbeitung der Postangelegenheiten betrauten Beamten etwas davon bekannt sei. Rag dem nun sein, wie ihm wolle: etwa vier Wochen nach Einreichung ihres Gesuches wurde Frau S. vom Ministerium dahin beschieden, daß ihrem Wunsche nicht stattgegeben werden könne. Bald darauf starb der Hauptmann Schwind, ohne daß sein Wunsch, nochmals die Heimat zu sehen, erfüllt worden wäre, an den Folgen seiner Erkrankung. — Eine derartige Handhabung der geltenden Postvorschriften, wie sie aus der eigenen Darstellung des amtlichen Moniteurs hervorgeht, wird man selbst einem französischen Offizier gegenüber in den weitesten Kreisen des Volkes durchaus unverständlich finden.

Ausland.

Vom Schlachtfelde des Gründertums.

London, den 8. Dezember.

Das britische Handelsamt veröffentlicht soeben ein eigenartiges Gegenstück zu den Verlustlisten des britischen Kriegsministeriums: eine Statistik der Verluste des Publikums an schwindelhaften Gründungen. Man hat den Feldzug in Südafrika einen Kapitalistenkrieg genannt, einen von Kapitalisten diktierten Krieg. In welchem Sinne er dies war oder ist, soll hier nicht erörtert werden. Aber die Toten und Verwundeten, von denen der Bericht des Handelsamts über liquidierte Aktiengesellschaften erzählt, sind in des Wortes verwegener Bedeutung Opfer kapitalistischer Feldzüge — in den meisten Fällen besser Raubzüge genannt.

Ueber einen solcher Raubzüge wird in voriger Woche vor Gericht verhandelt, und seine geringere Persönlichkeit als der derzeitige Lordmayor der Londoner City, Mr. A. A. Newton, hatte sich dabei als Mittäthänder zu verantworten. Er ist aus der Untersuchung, die er selbst beantragt hatte, und wie ihm der Lord Oberrichter Russell bei der Präsentation am Lordmayorsstige mit großer Schärfe vorgehalten hatte, aus Rücksicht auf die Würde seines Amtes befreit worden, u. zwar formal ziemlich glimpflich, aber in der Sache keineswegs tabellos hervorgegangen. Es handelte sich um die Vergründung eines Provisionsgeschäftes in Süd-London, das den bisherigen Besitzern von einem Spekulanten für rund 18 000 Pfd. abgekauft und alsdann von einem Syndikat, dem Mr. Newton angehörte, für den dreifachen Preis: 48 000 Pfd., an eine Aktiengesellschaft veräußert wurde, auf deren Prospekt Mr. Newton als Mitglied des Verwaltungsrats figurierte. In diesem Prospekt ward nur der letztere Kaufpreis genannt und als äußerst billig hingestellt. Der Profit zwischen dem ersten und zweiten Kaufpreis aber ward von den Mitgliedern der Aktiengesellschaft übernommen, die ein gewisses Risiko für das Zustandekommen der Aktiengesellschaft übernahmen, sich aber dafür wiederum besondere Gründerechte in dieser sicherten. Nicht genug mit dem enormen ersten Profit, der heute damit begründet wird, daß das besagte Provisionsgeschäft weit unter seinem wirklichen Wert angekauft war, normierte man ein Aktienkapital von — 250 000 Pfd., von denen zunächst 108 000 Pfd. aufgelegt und auch — obendrein mit einer Prämie — wirklich gezeichnet wurden. Man hatte die löbliche Absicht, noch eine Reihe ähnlicher Geschäfte zu gründen, und weiter bestand der Plan, die neue Gesellschaft mit einer schon bestehenden, in deren Aufsichtsrat Mr. Newton ebenfalls sitz, und die allerdings prosperiert, zu vereinen. Das scheiterte aber, und daran ging das neue Unternehmen schließlich in die Brüche. Von einigen Aktionären aus der Geschäftswelt arg zugezogen, entschlossen sich Mr. Newton und seine Kollegen, es zu liquidieren und den Aktionären die gezeichneten Beträge voll zurückzahlen. So steht die Sache jetzt, und wenn nicht der öffentliche Liquidator in der Verhinderung des ersten Ankaufspreises im Prospekt eine strafbare Täuschung der Aktionäre erblickt, ist formal alles in der schönsten Ordnung. Das englische Gesetz ist hierüber nicht so bestimmt, daß man Mr. Newton und seine Kollegen auf einen bestimmten Paragrafen fallen könnte.

Man sieht aber an diesem Beispiel, wie es bei gewissen Gründungen zugeht. Ankaufspreis 18 000 Pfd. — Syndikatspreis 48 000 Pfd. — Aktienkapital, wenn wir nur die Hälfte des angelegten Betrages auf das beireifende Geschäft rechnen — 84 000 Pfd. Und auf die Namen der Gründer und ihre Position in der Geschäftswelt hin zeichnete das Publikum die Aktien mit einem Prämienaufschlag.

Kein Wunder, daß die Verlustliste des Handelsamts ganz enorme Zahlen aufweist. Von 4058 Aktiengesellschaften, die im Jahre 1893 gegründet worden, sind erheblich über die Hälfte, nämlich 2007 oder 50 Proz. wieder von der Oberfläche verschwunden, die Mehrzahl davon freiwillig. Welchen Verlust das Publikum dabei zu verzeichnen hat, läßt sich noch nicht feststellen; es lagen erst für 1896 die ganz genauen Berechnungen vor, und diese ergaben einen Verlust von 21 Millionen Pfd. bezw. 400 Millionen Mark. Für die fünf Jahre 1892/97 schätzte das Amt den Verlust auf gegen 1200 Millionen Mark, und zwar etwas über eine Milliarde Verlust der Aktionäre und 165 Millionen Mark Verlust der Gläubiger der liquidierten Gesellschaften. Die Notwendigkeit der von Lord Oberrichter Russell verlangten Verächtigung der Vergründung über das Gründungswoesen kann nicht drastischer illustriert werden.

In wessen Tasche aber fliehen die verlorenen Summen? Eine genauere Untersuchung dieser Frage würde zu ganz eigenartigen Resultaten führen und manche weitverbreitete Vorstellung zerstreuen. Es nehmen an diesem Ankauf- oder Auskauf-Geschäft viel mehr Personen teil als man gewöhnlich meint, und ein ganz unvorstellbar großer Teil des Raubes geht in „Speien“ auf, wobei die Advokaten und die Presse nicht die kleinsten Rollen abgeben. Die Untersuchung der eingangs beschriebenen Gründung hat wieder ganz artige Beispiele von Vergründung der Presse zu Tage gefördert, und es sind keineswegs nur Winkeldblätter, die dabei inkompetent sind, sondern angelegene Zeitungen wie „St. James Gazette“, „Truth“, „Saturday Review“. Natürlich sind es da gewöhnlich weder die Besitzer, noch die politischen Redakteure, denen die „Verächtigung“ zugeht, sondern die Vorkredakteure, die bei einigen Zeitungen merkwürdig oft zu wechseln pflegen. Dem verschiedenen Blättern konnten nachweisen, daß der in dem Prospekt genannte Redakteur oder Mitarbeiter schon seit längerer Zeit seine Stelle nicht mehr innehatte. Aber gleichviel, ob Smith oder Jones, Thatsache ist, daß bei dem geschickten Gründungs-geschäft — und es war im Grunde doch nur ein Heines — neben 60 000 Mark für Inserate und 40 000 Mark für Druckkosten usw. gegen 80 000 Mark (genau 3895 Pfd. Sterl.) für „Publizität“ — Liebesgaben für Liebeshörner der Presse — verausgabt wurden. Dann laudeten im Laufe der Verhandlungen noch eine Anzahl anderer Leute auf, die nach-

träglich in das Schicksal aufgenommen wurden. Kurz, es sind der Rärner eine schwere Menge, die mit dabei sein wollen, wenn die Lösung kommen. Und es liegt in der Natur der Sache, daß ihre Zahl um so größer ist, je zweifelhafter die Gründung.

Wichtig sind aber auch die Gründe selbst die Verlierenden. Bei den 125 Aktiengesellschaften, die 1898 zur zwangsweisen Liquidation kamen, belief sich der Geldwert der vom Publikum gezeichneten Aktien auf 13 1/2 Mill. Mk., der Betrag der von den Veräußern der vergründeten Gesellschaften, bezw. den Veräußerern übernommenen Aktien auf mehr als das Dreifache, nämlich über 45 Mill. Mk. Und dies Verhältnis ist bei einem Teil der freiwillig liquidierten Gesellschaften noch stärker. In den meisten solcher Fälle ist der Börsenanteil des bei der veräußerten Gründung gemachten Verlusts, in der Familie, d. h. in einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Interessenten zu suchen. Zugleich sind dies aber auch gewöhnlich die Fälle, wo die Aktien, die wirklich ins Publikum drangen, fast nur von kleinen Leuten aufgenommen wurden.

Im ganzen ist das Gründungsgeschäft im Jahre 1898 schlechter gewesen, als das Jahr vorher, wo 8229 Gesellschaften gegründet wurden, von denen 44 Proz., d. h. 2284 wieder liquidierten und rund 9000 am Leben blieben, gegen rund 9000 in 1898. Dies Jahr dürfte noch ungünstiger abschließen — vom Standpunkte der Gründer aus. Das Geschäft selbst ist flatter als je, ganz besonders in den drei großen Stapelindustrien: Baumwolle, Eisen, Kohle.

Italien.

Rom, 13. Dezember. **Deputiertenkammer.** Bei der Beratung des Budgets des Reichens erklärt Minister Visconti-Venosta, Italien sei loyal getreu seinen Bündnissen, welche die unverrückbare Grundlage seiner auswärtigen Politik bilden; die Beziehungen zwischen Italien und den verbündeten Mächten würden noch wie vor von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen geleitet. Die Erfahrung hätte deutlich bewiesen, daß der Dreibund zum Zweck habe die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa, und daß er sich die Verwirklichung dieses Zieles durch die sicheren Beziehungen mit anderen Mächten angelegen sein lasse. Die Regierung habe die Lage zwischen Italien und Frankreich zu einer solchen gestalten können, die auf guten und freundschaftlichen Beziehungen aufgebaut sei. Die Beziehungen mit England seien nach wie vor ausgeprägt in der traditionellen Freundschaft mit Italien. Angesichts des Krieges in Südafrika sei es der Wunsch Italiens wie das Interesse Europas, daß man aus diesem Konflikte keine weitere Komplikation entstehen lasse. Man könne glücklicherweise unter den gegenwärtigen Verhältnissen annehmen, daß alle Mächte in gleicher Weise von dem Wunsche befeuert seien, ähnliche Verwicklungen zu vermeiden, und die feste Absicht hätten, eine Politik des Friedens und der Verständigung zu befolgen. Bezüglich der chinesischen Frage, erinnert der Minister an seine früheren Erklärungen, welche von der Kammer gebilligt wurden, und die dahin gingen, daß die Regierung, weit davon entfernt, auf den Erwerb von Gebietsteilen auszugehen, einzig und allein dem Handel Italiens und seinen Industrien neue Bahnen öffnen wolle. Die Regierung werde diesem Programm treu bleiben. Der Minister geht auf die Lage in Afrika über und konstatiert, daß Cyrenaica sich gegenwärtig völliger Ruhe erfreue. Die Beziehungen zu Abyssinien seien durchsichs friedliche, die Verhandlungen wegen unregelmäßiger Regelung der Grenzfrage seien in gutem Gange und versprechen bald zu einem befriedigenden Resultat zu führen. Die Rede des Ministers wurde mit lebhaften anhaltenden Beifall begrüßt und die Sitzung sodann geschlossen.

Amerika.

Gegen die Trusts. Morgan hat im Senat eine Resolution eingebracht, durch welche verboten werden Vereinigungen von Verbänden zum Zwecke einer Beherrschung des Handels und des Transportwesens, welche den Zweck verfolgen, den Preis irgend eines Artikels zu steigern, bezw. eine Preisdifferenz nach oben oder unten bei einer Klasse von Erzeugnissen zu verursachen.

Zum französischen Einigungsvorschlag. Der Brief, der uns den Bericht über die lebende Kongressführung am Abend des Mittwoch bringen sollte, traf nicht rechtzeitig hier ein. In dem von uns aus französischen Wäutern entnommenen Bericht dieser Sitzung des Kongresses haben sich einige Unzulänglichkeiten herausgestellt, deren wichtigste eine nicht völlig hinreichende Wiedergabe der Analogie-resolution ist. Wir teilen deshalb diese bedeutungsvolle Resolution nochmals in genauer Wiedergabe mit. Sie lautet:

„Indem der Kongress zugiebt, daß es ausnahmsweise Umstände geben kann, in denen die Partei die Frage der Beteiligung eines Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung zu prüfen hätte, erklärt er, daß im gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft und des Sozialismus sowohl in Frankreich wie im Ausland alle Anstrengungen der Partei einzig auf die Eroberung von Wahlpositionen in Gemeinde, Departement und Staat gerichtet sein müssen, da diese Positionen von dem in einer Massenpartei organisierten Proletariat abhängen, das sie aus eigener Kraft erzieht, um die politische Expropriation der Kapitalistenklasse legal und friedlich zu beginnen, die das Proletariat sodann auf revolutionärem Wege zu vollenden haben wird.“

Reichstag.

Abg. **Bebel** (Schluß aus der 1. Beilage).

Daß der Handel sich unter dem jetzigen Bestand der Flotte in dieser Weise entwickelt hat, ist ein zwingender Beweis dafür, daß eine große Flotte für die Entwicklung des Handels nicht nötig ist. Daher ist es auch gekommen, daß die Hamburger Kaufleute sich sehr lange Zeit besonnen haben, ehe sie die Reklameträume für die neue Flottenvorlage rührten. Dazu hat es langer Paffe und Stöße bedurft; weil diese Leute sich mit richtigem Instinkt sagten: das ist eine sehr gefährliche Sache; in dem Maße wie die Flotte wächst, wächst auch die Gefahr einer internationalen Verwicklung. Dazu kommt noch ein anderes. Schon heute klagen die deutschen Reeder, daß sie kein Maschinenpersonal, keine tüchtigen höheren Beamten mehr bekommen, weil die Marine ihnen alle diese Beamten wegnimmt. Es ist eine Thatsache, daß alles tüchtige Maschinenmaterial aus den Orten an der See heute bereits zum größten Teil von der Marine aufgebraucht ist, so daß der Handel sich das Personal vom Ausland herbeibringen muß, aus dem Orient holen muß. Was die Flotte also dem Handel auf der einen Seite bringt, nimmt sie ihm auf der anderen Seite wieder.

Wir befinden uns aber trotzdem förmlich auf dem **Hausübergang nach neuen Kolonien**. „Es ist mein Grundglaube“, heißt es in einer im „Reichs-Anzeiger“ abgedruckten Kaiserrede, „Aberall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einziehen können und die später unsere Städte und Inseln anbauen können.“ Ich bin so verpflichtet, den Worten des Herrn Abg. Lieber voll und ganz Glauben zu schenken. Er sagte aber: „Es wäre ein Wunder, wenn die Verantwortlichen Ratgeber in die neueste Richtung gedrängt worden; nun, meine Herren, wir wollen und doch aber darüber nicht täuschen; der, den Sie da als den Beschöneren hinstellen, ist in Wahrheit der Schleber. Sich darüber zu täuschen, heißt in der That die Augen vor Thatsachen zu verschließen, und es ist nicht richtig, dies vor der Außenwelt hier so hinzustellen, wie es nach meiner Ueberzeugung mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Seit einer Reihe von Jahren w. . . systematisch bei den Flottenplänen vorgegangen — mit einer Absicht, der ich meine Anerkennung nicht verjagen kann — denn auch hat dem Gegner ehre ich Eigenschaften, die ich bei mir schätze: Ausdauer, Konsequenz, und die ist bei den Flottenplänen, wenn irgendwo, beobachtet worden. In anderen Dingen ja nicht. Da haben wir ja Wunderbares erlebt. Einmal Ideen und Anschauungen allermoderner Art, daß man selbst als Revolutionär seine helle Freude haben konnte, ein anderes Mal wieder Anschauungen von so aller Überwundenen Art, daß man glauben sollte, wie lebten im Zeitalter des ancien régime, und so wechselt das, heute so morgen so, der **Hid-Jack-Aus**, wie er mir gedacht werden kann. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

fraten.) Aber in der Flottenfrage, da geht es stets **„Vollbampf voraus!“** (Heiterkeit), da ist seit Jahren konsequent gearbeitet auch von der höchsten Stelle aus, daß Deutschland eine Flotte bekomme, die allen Ansprüchen genüge. Ich erinnere nur an jenen Redewechsel in Kiel, als Prinz Heinrich die berühmte Fahrt mit der gepanzerten Faust nach Stauischou untrat (Heiterkeit), ferner die Rede in Stettin: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, insbesondere, das war wohl der erste Anlaß, an jene Rede am 18. Januar 1896, bei der 20jährigen Gründungsjahr des Deutschen Reichs; da hieß es, Deutschland sei Weltmacht geworden, müsse eine Weltmachtpolitik treiben und sei demgemäß genötigt, seine Flotte entsprechend auszubauen. Kurz, auf diesem Gebiet ist völlig konsequent und klar gearbeitet worden. Wenn jemand sich darüber geäußert hat, so sind es höchstens die Herren vom Centrum gewesen, die quasi mit verbundenen Augen bei dieser Frage herumgegangen sind. Schon vor einem Jahre, am 15. Dezember 1898, habe ich darauf aufmerksam gemacht, es stehe ein neuer Flottenplan in Aussicht. Ich hätte einiges Äußerliches hören wollen, was mir bewiese, daß man schon jetzt am liebsten vorgegangen wäre, daß aber ein solcher Plan komme, sei für mich zweifellos. Herr Lieber aber, der sich in jenen Tagen aufs hohe Pferd setzte, langelte nicht dafür wie einen Schälben ab und sagte, das sei natürlich wieder so eine beliebige socialdemokratische Medensart, daß sie ja ganz unbedenklich, daß ein solcher Plan existiere; er könne nicht existieren, weil er nicht existieren dürfe. Er sagte, nachdem der Herr Staatssekretär im Reichstag und in der Mannheimer die hundertsten Erklärungen in Bezug auf die Bindung abgegeben habe, sei es ganz unmöglich, daß derselbe Staatssekretär des Reichs, Marine, Amts einen anderen, ganz neuen Flottenplan schon fast in der Tasche habe. Wenn aber ein neuer Staatssekretär käme, dann sei gerade das damalige Gesetz die beste Waffe, um ihn einzuschüchtern. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Vielleicht hätte aber der Herr Staatssekretär Tirpitz selber die Güte, sich darüber zu äußern.“ — Nun, der Herr Staatssekretär Tirpitz hat geschwiegen trotz aller Provokation. Er antwortete erst, als auch der Herr Abg. Lieber, demnächst durch dieses Schweigen des Herrn Staatssekretärs, sich veranlaßt sah, in der Budgetkommission am 11. Januar dieses Jahres wiederum die Sache zur Sprache zu bringen. Er verlangte eine Erklärung der Regierung hierüber. Darauf erklärte der Herr Staatssekretär Tirpitz: „Ich erlaube hiermit ausdrücklich und im Namen der verbündeten Regierung, daß bis jetzt an keiner Stelle die Aussicht hervorgetreten ist, einen neuen Flottenplan vorzulegen, sondern daß im Gegenteil an allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht besteht, das Flottengesetz durchzuführen.“ Ich war bei dieser Sitzung zugegen und habe auf diese Erklärung geschwiegen, weil ich mir sagte: „Warten wir ab.“ Nun, wir haben nicht lange zu warten gebraucht. Keine 8 Monate gingen ins Land, und aus offiziellstem Munde wurde ein neuer Flottenplan verkündigt.

Eine Stelle aus der gefirgten Rede des Herrn Staatssekretär Tirpitz scheint mir noch zu seiner damaligen Erklärung in höchst eigenartigem Gegensatz zu stehen. Der Herr Staatssekretär führte aus, daß wir, wie es sich durch die neuesten Vorgänge in der Welt herausgestellt habe, viel wichtigeres See-Interessen zu wahren hätten, da träte ganz naturgemäß ein Drängen auf eine schnellere Entwicklung der deutschen Flotte hervor. Auf seinen Vortrag hin, sagt der Herr Staatssekretär, wurde dann an maßgebender Stelle im Dezember vorigen Jahres die Entscheidung getroffen, daß wir zwar nach Vereinbarung des Seemanns einer Vermehrung der Flotte ernsthaft näher treten müßten, daß aber zunächst der Vorstoß gemacht werden müßte, das Flottengesetz in der Weise wie es vorliegt auszuführen. Davon hat der Herr Staatssekretär damals nichts gesagt. Hätte er diese Erklärung damals abgegeben, dann hätten wir genau Bescheid gewußt. Damals hat er offenbar Mitleid gehabt, es durchzugeben. Ich bewundere nur das eine, daß der Herr Staatssekretär, nachdem er sein Namenswort und sein Wort als Staatsbeamter gegeben hatte, in der Weise es fertig bringt, eine neue Flottenvorlage hier zu veröffentlichen. (Sehr richtig! links.) Das geht über mein Gefühl und auch über meinen Verstand. Damals sagte auch der Herr Staatssekretär Tirpitz: „weil wir eine Flotte in dieser Stärke haben, dann wird Deutschland eine Seemacht ersten Ranges sein, ein Weltfaktor, der ausführen wird eine quantitative Negligeable zu sein.“ Nach seiner Rede von gestern sind wir aber auch jetzt noch eine quantitative Negligeable, insbesondere auch nach den Ausführungen des Herrn Grafen Bülow — wenn wir nicht den neuen Flottenplänen zustimmen.

Sehr auffallend ist doch übrigens, daß derselbe Herr Staatssekretär Tirpitz gestern nicht weniger als dreimal mit Bedauern von der Fessel der Limitierung gesprochen hat, während er die Limitierung noch vor wenigen Monaten als **Ausfluß höchster Staatsweisheit** gepriesen hatte. Wenn ich dies Verhalten des Herrn Staatssekretärs Tirpitz sehe, folgt der frühere Staatssekretär Herr Schömann riesengroß vor mir auf, der seiner Zeit den einzig richtigen Standpunkt vertrat, daß die Militärverwaltung nie sagen könne, was sie innerhalb zehn Jahren brauchen werde. Dem Verhalten des jetzigen Herrn Staatssekretärs Tirpitz gegenüber sind Herr Lieber und seine fraktionsgenossen wieder einmal **wirklich die blamierten Europäer**. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Herren Staatssekretäre haben nun gestern diesen Gegenstand berührt, ohne daß noch eine Vorlage eingebracht worden wäre und eigentlich wider die Geschäftsordnung des Hauses, da der Gegenstand gar nicht auf der Tagesordnung stand. (Stoche des Präsidenten.)

Präsident **Graf Ballestrin**:

Herr **Bebel** ist nicht zum Hüter der Geschäftsordnung berufen. Ich würde selbst dafür gerort haben, daß nicht gegen die Geschäftsordnung verstoßen würde, aber die Herren Mitglieder des Bundesrats müssen nach der Verfassung stets gehört werden und stehen über der Geschäftsordnung. Ich war daher nicht in der Lage, die Herren zur Sache zu rufen. Das wollte ich nur zu meiner Rechtfertigung bemerken. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Belehrung (Heiterkeit) und wolle ihm gar keinen Vorwurf machen. Seitens des Flottenvereins wird nun seit der Hamburger Rede in einer noch nicht dagewesenen Weise für die neue Flottenvermehrung agitirt. Man schert nicht davor zurück, selbst amtlichen Zwang auszuüben. Höhere Postbeamte haben ihren ganzen Einfluß aufgebracht, um die ihnen unterstellten Beamten zum Beitritt zum Flottenverein zu veranlassen. Dutzende Kriegervereine sind in corpore dem Flottenverein beigetreten. In einem kleinen rheinischen Städtchen hat sogar die Polizeibehörde die Einwohner aufgefordert, ihrer Verpflichtung, dem Flottenverein beizutreten nachzukommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Kollege Kropatschek sagt „nun das ist doch nicht so schlimm“. Ja, Herr Kollege, ehe Ihnen nach dieser Richtung etwas so schlimm wird — das gleich's überhaupt nicht. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Sogar in den Schulen wird die Agitation für die Flotte getrieben. Das Thema „unsere Flotte“ ist in allen Berliner Schulen ein sehr beliebtes Aufgabthema. Ganz selbstverständlich ist es, daß insbesondere die Flotteninteressenten eine geradezu tiefentzündete Agitation betreiben. Dazu gehören die mächtigsten einflußreichsten Leute, die **Herren Krupp** und all die großen Unternehmer der Eisenindustrie. Es geht nicht weniger als 80 Millionen in Süddeutschland, die an der Entlohnung der Flotte das allergrößte Interesse haben, weil ihre geschäftlichen Interessen dabei in Frage kommen. (Unruhe rechts.) Zurück: Auch die Arbeiter haben Vorteil! Darauf antwortete ich Ihnen früher, aber eine Antwort bekommen Sie. Diese großen Industriellen sind in der Lage, Monopolpreise zu machen, da sie keine Konkurrenz haben, sie diktiert der Regierung die Preise. Der Pulverring, der hier in Berlin seinen Sitz hat, ist die Centralstelle, von wo aus das deutsche Volk geknechtet wird. (Unruhe rechts.) Sehr richtig! links.) Die Herren Eisenindustriellen verdienen am ehesten eine Mittelplatte nicht weniger als 1,80 M., und daß ihnen also darauf liegt, die neuen Flottenaufträge zu bekommen, ist sehr verständlich. Der ganze Nationalismus dieser Herren erklärt sich ja sehr leicht.

Wer in dieser Weise, wie diese Herren, vom Vaterlande großgefüttert wird, der hat allerdings das größte Interesse an dem Gedeihen dieses Vaterlandes! (Unruhe rechts.) Wir wollen auch, daß das Vaterland groß und mächtig sei (Hört, hört! rechts), aber in der Weise, daß es keine Blutlanger und keine Ausbeuter in unserem Vaterlande giebt (Unruhe rechts), und deshalb erklären wir denen, die heute glauben, das Vaterland gepachtet zu haben, den Krieg bis aufs Messer; mit denen ist keine Verständigung, denn sie werden immer die Machtstellung, die sie kraft ihrer politischen und sozialen Stellung haben, ausbeuten und immer ausbeuten zum Schaden des arbeitenden Volkes. (Stoche des Präsidenten.)

Präsident **Graf Ballestrin**:

Herr **Abg. Bebel**, ich nehme an, daß die Worte „sic“ und „ihre“ immer klein geschrieben sind. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Nun zurück zur Flottenvorlage. Es ist eine Thatsache, daß bis vor wenigen Wochen die verbündeten Regierungen von dieser Flottenvorlage noch nicht das geringste gewußt haben. Es ist zweitens Thatsache, daß sie erst durch die Hamburger Rede des Kaisers die Bedenklichkeit der Situation erkannt haben. Es ist drittens Thatsache, daß erst nach dieser Rede Herr Tirpitz seine Reise nach den Einzelstaaten unternommen hat und die Fürsten für den Plan gewonnen hat. Es ist leider weiter Thatsache, daß solche Vorgänge bei uns nichts Neues sind. Die lex Heinze, das Luftgesetz, die Justizausvorlage, sie alle verdanken ihrer Entstehung impulsiven Eingebungen. Ich kann sagen, kein Volk in der Welt ist so von einer Aufregung in die andere hineingepöppelt worden, wie gerade das deutsche in der letzten Zeit. Unsere Reichsregierung spielt dabei eine merkwürdige Rolle, und ich habe mich schon oft gefragt, was denn die Herren vom Bundesrat eigentlich dazu sagen mögen. Ich meine, wenn die thatsächlichen Zustände so sind, daß in der That nur einer entscheidet, wozu sind denn die anderen eigentlich da? Ich bin ein Freund von Expropriationen. Wenn der Bundesrat hier eine Vorlage einbrächte, in welcher sich die Bundesratsmitglieder selbst expropriieren wollten, ich würde dieser Vorlage mit Freuden zustimmen. (Große Heiterkeit.) Wozu einen Faktor weiter bestehen lassen, der nur in ein paar etwas bedenklich? Ich bin ein Freund von klarem Tisch. Der oder die wirklich regieren, mögen das auch offen bekennen und alles übrige ausschalten. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß dieser Vorstoß durchgeht.

Der Herr Staatssekretär Graf v. Bülow hat gestern mit dichterischem Schwunge die Notwendigkeit der Verstärkung der Flotte zu beweisen versucht. Ich glaube mich während dieser Rede manchmal nicht im deutschen Reichstag, sondern im deutschen Flottenverein. So denke ich mir — ich war selbst noch nicht dort (Heiterkeit) — wird dort etwa geredet. Aber daß eine solche Rede hier Eindruck machen könnte, habe ich bis zu dem Augenblick nicht geglaubt, wo Dr. Lieber zu all' den schönen Worten über Grobmanstellung se. sein Ja und Amen sagte. Herr Lieber mag noch so viel Wein und über daran gekniffen haben, mit seiner Zustimmung zu der Rede des Grafen Bülow hat er sich für die neue Flottenvorlage gebunden. (Hört! hört! rechts.) Herr von Bülow meint, er habe vor zwei Jahren nicht alles voraussehen können. Das ist immer so. Wenn man zwei Jahre älter wird, erlebt man immer etwas Neues. Aber was ist denn Ueberrassendes eingetreten, das die Flottenvorlage notwendig macht? Was haben denn die Kriege in Amerika und Afrika mit der Flottenvorlage zu thun? Will Herr von Bülow etwa behaupten, daß unser Verhalten nicht daselbst gewesen wäre, wenn wir eine stärkere Flotte gehabt hätten? Das kann ich nicht glauben, trotz der Wandlungen, die in Bezug auf Transvaal in den letzten drei Jahren eingetreten sind. (Heiterkeit.) Ich bin ein Freund Englands und stimme dazu dem Minister Chamberlain bei, den ich im übrigen nicht mag, und den ich für den Urheber des brutalen Krieges halte, wenn er sagt: „Es giebt keinen Gegenstand der Interessen zwischen Deutschland und England. Gerade weil es den nicht giebt, brauchen wir nicht mehr Schiffe. Ich stehe auf der Seite der Boeren und wünsche, daß England einen gehörigen Deutzettel bekommt; denn es hat den Krieg provoziert. Was kann aber das schlimmste Ergebnis des Boerenkrieges für England sein? Doch nur, daß in Afrika sich eine große unabhängige Republik bildet. Glauben Sie etwa an einen Zusammenstoß Englands? Sollen wir etwa schon die Krallen wegen, um ordentlich zugreifen zu können? Vor einem Zusammenbruch steht England nicht. Die Engländer werden sich die Lehren des Krieges ad notam nehmen und die ganze Heeresorganisation in andere Wege leiten. (Aufse rechts: Aha! Müßig.) Dem Grafen Limburg kann ich nicht beistimmen in seiner Theorie von der Ueberlegenheit frommer Völker. Die Engländer sind ja auch gar keine Leute und ich würde nicht entscheiden, wer frommer ist. Präsident Krüger oder die Königin von England. (Große Heiterkeit.) Was den Boeren die Ueberlegenheit sichert, sind ihre Kanonen und ihre vorrestliche Taktik. Wir sind ja noch mit 7000 Mann in Südafrika. Die kommen nächstes Jahr daran, Herr Lieber, wenn sie nur jetzt die Flottenvorlage bewilligt haben, und 1903 ist das Quinquennat zu Ende, dann wird noch mehr gefordert. (Große Heiterkeit.) Was dahin wird auch der Kriegsminister den Boerenkrieg indirt haben. (Heiterkeit.) Graf Bülow hat auch vom chinesisch-japanischen Kriege gesprochen. Damals hätten wir auf Seiten der Japaner stehen müssen und nicht Rußland die Thore nach China öffnen müssen. Dem schließlich holt auch die Lage des russischen Börsen gegen uns aus. (Aufse rechts: Hal! hal!) Der Seekrieg bleibt für uns eine Unmöglichkeit. Herr von Bülow sprach von der Teilung der Erde in verflochtenen Jahrhunderten. Er sagte aber hinzu: Jetzt ist sie verteilt! Was soll also eine neue Teilung? Er sagt: Der Schwand wird immer schwächer. Meint er etwa Holland, die Schweiz, Dänemark? Denkt er an eine Aufteilung in Ostasien? Säge wie der: „Wir lassen uns nicht auf die Fährte treten“. Ungen ja ganz schön, aber bei uns über sie keine Wirkung. War jemals Deutschland der Anstöß der Menschheit, so war es es, weil es die deutschen Fürsten dazu gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die deutschen Fürsten, die ihr Volk an das Ausland verrieten, die deutschen Unterthanen an England veranlaßten, damit sie im amerikanischen Kriege für England ihre Haut zu Markte trugen. Ich komme auch oft ins Ausland. Deutschland ist dort so geachtet, wie nur ein anderes Volk. Aber nicht wegen seines Heeres, auch nicht wegen seiner Flotte, sondern wegen der anerkannt guten Eigenschaften des deutschen Volkes als Kulturnation. (Hört! hört! rechts.) Der Staatssekretär hat nun die Rechnung für die Postete präsentiert, sie soll 780 Millionen Mark kosten. (Heiterkeit.) Er hat bei dieser Verrechnung nicht in Betracht gezogen, daß schon jetzt wieder die Materialpreise gestiegen sind, daß stärkere Maschinen größere Kosten verursachen; er hat die notwendigen Dock- und Hafenbauten übersehen, von den notwendigen Aufschneidungen ganz zu schweigen. Die Kosten werden sich also noch wesentlich erhöhen.

Herr Lieber hat sich auf seine Finanzpolitik so viel zu gute. Er wird mir zugehen, daß es mit seinem Schuldenstilgungsgesetz nicht vorbei ist. Wo sollen die Mittel schließlich herkommen? Man wird auf die Bedürfnisse der großen Masse zurückgreifen, an Wot- und Fleischsteuern. (Sehr richtig! links.) Kommt es aber dazu, dann sollen Sie einmal etwas von einer Agitation im Volke erleben. (Aufse rechts: Glauben wir!) Jawohl, und wir haben zu dieser Agitation ein Recht, wir können verlangen, daß Sie bei den Vereinen, den die Reichs von der Flottenvermehrung haben, in den eigenen Beutel greifen. (Bravo! bei den Socialdem.) Das ist einfach anständig. Ob Sie aber anständig seien werden, bezweifle ich. (Unruhe rechts.) Denn jetzt schon suchen Sie, um die Arbeiterlöhne zu drücken, die Arbeiterorganisationen zu klonieren, engagieren Sie lieber fremde billige Arbeiter, als einheimische, setzen Sie lieber die einheimischen Arbeiter als die fremden aufs Klotter. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Sie sagen, es werden viele Arbeiter beschäftigt. Gewiß, die Zahl der Arbeiter im „Balkan“ ist z. B. von 2000 auf 6500 gestiegen. Aber trotz der hohen Profite, in welcher Ausdehnung befinden sich diese? Und jetzt haben sie sich gegen alle große Ausbeutung aufgelehnt. (Auf rechts: Daran sind wir doch nicht schuld, warum wenden Sie sich nicht nach der anderen Seite?)

Für Kulturaufgaben fehlt uns alles. Es fehlen uns 10 000 Lehrer, es fehlen uns 10 000 Schulen. Sie würden viele Millionen kosten, aber sie sind nicht vorhanden. Ein Professor in Erlangen, über die Bedeutung der Flottenvermehrung befragt, sagte: Was soll ich zur Flottenvermehrung sagen? Wie glücklich wären wir deutschen Universitäten, wenn uns nur die Kosten für ein einziges Linienschiff zur Verfügung ständen. Vor einigen Monaten tagte hier der **L u b e r k o f e - K o n g r e s s**. Von den hervorragendsten Männern der Wissenschaft wurden hier große Staatsmittel für den Bau von U-Booten befristet gefordert. Bewilligen Sie dafür dreihundert oder vierhundert Millionen und Sie werden mehr für die Kultur thun, erheblich mehr, als mit einer Vermehrung der Flotte. Bauen Sie Heilstätten, Sie würden begeistert werden. Das Volk würde sagen, das ist ein Staat, der auch für uns sorgt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In den kleinen Städten wie auf dem Lande fehlt es an Krankenhäusern. Dafür haben wir aber kein Geld, alles wird bei uns für **See und Flotte verpulvert.**

Wie traurig steht es bei uns mit der Socialreform? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir haben einen Entwurf vorgelegt, der nur die bescheidensten Ansprüche erfüllt. Es ist kein Geld dafür vorhanden, denn es handelt sich ja um Kulturaufgaben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In den nächsten Tagen werden wieder Millionen Gloden erklungen und überall wird der **Christenheit gepredigt: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.** Aber während die Christenheit sich auf dieses Fest des Friedens vorbereitet, sitzen wir hier und schmieden nur Pläne für die **Vermehrung von Kriegsschiffen**, sollen wir Geld bewilligen für neue **Wort- und Berührungsmittel.** Das ist (nach rechts) **Ihr Christentum.** Ich habe es Ihnen schon früher einmal zugerufen: Es ist in diesem christlichen Staate nichts anderes als eine **elende Phrase.** (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes **Tirpitz:**

Ich kann die Rede des Abg. **Veber** nicht ganz unwidersprochen lassen. Er hat eine Reihe von Vorwürfen gegen mich erhoben und gesagt, ich hätte gewissermaßen mein Namenswort eingeleitet (Abg. **Prohmé:** Stimmt auch! Lebhafter Zustimmung bei den Socialdemokraten. Glode des Präsidenten.) — Ich habe die Rede des Abg. **Veber** zwei Stunden lang ruhig mit angehört, da habe ich doch wohl das Recht, einige Minuten ungehört zu sprechen (Sehr richtig! rechts.) — also mein Namenswort eingeleitet, daß hier in den nächsten sechs Jahren keine weitere Flottenvermehrung eintreten würde. Ich weise diese Insinuation mit Entrüstung zurück. (Bravo! rechts. Auf links: Dann gibt es kein Namenswort mehr! Glode des Präsidenten.) Ein parlamentarischer Ausdruck dafür steht mir nicht zur Verfügung. (Unruhe links.) Vor 2 Jahren habe ich in der Budgetkommission die Verhältnisse so auseinander gesetzt, wie ich es für richtig hielt. Ich hätte doch sicherlich nicht in der Budgetkommission der Erklärung damals abgegeben, wenn ich irgendwie in meinem Innern damals geglaubt hätte, es könnte jetzt schon diese Vorlage kommen. (Unruhe links.) Gewiß ist mir die Bearbeitung der Flottenvermehrung schwer geworden. Ich nehme aber die volle Verantwortlichkeit dafür auf mich. Durch den Druck der politischen Verhältnisse sind wir zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Flottenvermehrung gekommen und waren gezwungen, so vorzugehen, wie wir es gethan haben.

Herr **Veber** hat mir eine Bemerkung vorgehalten, die ich bei der ersten Lesung des Flottengesetzes hier gethan habe. Ich habe damals gesagt, eine Flotte ersten Ranges selbst würde sich bedeuten, offensiv gegen unsere Rüste vorzugehen. Ich gebe zu, daß das kein glückliches gewähltes Ausdruck gewesen ist. (Lachen links.) Herr **Veber** muß aber auch die Erklärungen kennen, die ich in der Budgetkommission damals gegeben habe. Ich habe da hervorgehoben, daß eine Offensive gegen unsere Rüste jeder Flotte möglich wäre, die 1/2 oder 1/3 stärker wäre, als unsere. Jedes Flottenhandbuch sagt Herrn **Veber**, welche Flotten das sind.

Herr **Veber** hat unter Vorgehen so darzustellen versucht, als ob wir von der Industrie und ihren Leitern vorgegeben würden. Das ist eine sehr eigenartige Behauptung. Als ich vor 2 1/2 Jahren an die Durcharbeitung des Flottengesetzes ging, war ich mir über die Leistungsfähigkeit unserer Schiffbau-Industrie nicht ganz im klaren. Als ich amah, daß eine weitere Verstärkung der Flotte erforderlich wäre, bin ich persönlich herangereift, um mich zu orientieren über die Leistungsfähigkeit der betreffenden Industrien. Ich habe bei dieser Gelegenheit in **diskreter Weise** die Leiter dieser **Industrien** darauf **aumerksam gemacht**, daß wir früher zu einer **Flottenvermehrung** kommen würden, als bisher angenommen war und daß sie sich **darauf einrichten** müßten. (Lebhaftes Hört! hört! links. Bewegung.) Das habe ich im Frühjahr und Sommer dieses Jahres gethan, und ich habe weiter eine Enquete über die Beziehungen der Schiffbau-Industrie zu den Hilfsindustrien anstellen lassen, die ihr die Halbfabrikate liefern. Ich war interessiert an ihrem besseren Zusammenarbeiten, das für die Kriegsinteressen wie für die Entwicklung unserer See-Interessen von höchster Wichtigkeit ist. Auch bei den Hilfsindustrien fand ich eine weit größere Leistungsfähigkeit, als bisher angenommen war. Grundverleht ist jedenfalls die Auffassung, als sei die Marineverwaltung geschoben worden. Das Gegenteil war der Fall.

Eigenartig war es, daß Herr **Veber** die Interessen der Leiter der Industrie so in den Vordergrund geschoben hat. Im ganzen Deutschen Reiche ist keine Bevölkerungsklasse so an der Vermehrung der Flotte interessiert, wie gerade die Arbeiter. Millionen von ihnen finden beim Bau von Kriegsschiffen, in der Schiffbau-Industrie und den verwandten Industrien reiche und gute Arbeitsgelegenheit. Die **Ausdehnung unserer gesamten Industrie überhanpt ist von der Seegehung Deutschlands abhängig.** Kommt es zu einem Kriege, so leiden die Arbeiter am meisten. Vielfach begegnet man der Auffassung, als würden künftige Kriege von kurzer Dauer sein. Ueber den Landkrieg habe ich kein Urteil. Der Natur des Seekriegs aber widerspricht die Kürze der Dauer. Der reine Seekrieg trägt in sich die Wahrscheinlichkeit der langen Dauer. Seine Absicht ist ja die Vernichtung der Weltwirtschaft des betreffenden Staates. Eine solche Vernichtung soll die Flotte bewirken. Herr **Veber** hat die Wirkung der Flotte als unbedeutend hingestellt. Sehr mit Unrecht. Der Gegner kann sie mit geringen Opfern aufrecht erhalten, wenn einmal die deutsche Flotte geschlossen ist. Millionen von Arbeitern müssen dann fernern. **Tausende blühender Industriezweige würden durch die Flotte zu Grunde gerichtet werden.** Auf dem Landwege sind die Milliarden Centner Rohmaterial nicht herbeizuschaffen. Auch ist es nicht möglich, daß die kleinen neutralen Staaten den Durchgangsverkehr aufrecht erhalten. Und auch nach Beendigung des Krieges würden die Arbeiter, wenn unsere **Abhängigkeitsgebiete** durch **seemächtige Nationen** genommen sind, am meisten leiden. Die Folgen einer solchen Flotte für einen Industriestaat kann man sich gar nicht schimm genug vorstellen. Die Flotten würden von einer Verelendung ergriffen werden. Ich enthalte mich eines jeden Urteils darüber, inwiefern eine solche Folge von den Herren (zu den Socialdemokraten) als für sie politisch günstig betrachtet wird. Die englischen Arbeiter sind stets mit Eifer und Energie für jede Flottenvermehrung eingetreten. Da verwundert es mich, daß die Herren hier (zu den Socialdemokraten), die die Interessen der Arbeiter vertreten, in dieser Weise die Notwendigkeit einer Flotte bestreiten. Man soll nicht prophezeien, aber der Tag wird kommen (Heiterkeit links), wo die deutschen Arbeiter eine ähnliche Erkenntnis erlangen, wie die englischen Arbeiter. Die Arbeiter, für deren Wohl ich in meinem Bericht so viel wie möglich Sorge, werden hoffentlich er-

kennen, daß ihre Interessen nicht international sind, sondern solidarisches verbunden mit dem Wohle des Vaterlandes. (Bravo! rechts.)

Präsident Graf Vassekrem:

Die Unruhe, die während der letzten Sätze des Abg. **Veber** herrschte, hat mich verhindert, sofort festzustellen, ob er etwas Ordnungswidriges gesagt hat. Nach dem Stenogramm lautete sein Schlußsatz: „Das ist Ihr Christentum, ein Christentum, das in diesem christlichen Staate nichts als eine elende Phrase ist.“ Dafür rufe ich ihn zur Ordnung. (Bravo! rechts und im Centrum.) Die Weiterberatung wird hierauf **vertagt.**

Personlich erklärt

Abg. Veber:

Ich habe nicht gesagt, wie Herr **Tirpitz** meinte, daß die Marineverwaltung von den Industriellen geschoben würde. Ich habe nur ausgesprochen, daß die Flotteninteressen eine rege Agitation für die Flottenvermehrung veranstalten. Wer der eigentliche Schieber in der Flottenfrage ist, habe ich so deutlich gezeigt, als dies nach Lage des parlamentarischen Gebrauchs nur möglich war (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. . . Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Vassekrem: Das letzte war keine persönliche Bemerkung mehr.

Personlich bemerkt

Abg. Graf Limburg-Stirum:

Der Herr Reichskanzler irrt sich, wenn er glaubt, ich hätte gesagt, die Aufhebung des Verbindungsverbots hätte enttäuscht. Ich habe vielmehr gesagt, die **ganze Verwaltung und Amtshaltung des Herrn Reichskanzlers** hätte meine politischen Freunde enttäuscht. Auch habe ich mir nicht erlaubt, eine solche Anschauung als meine Privatansicht zu äußern. Ich mache den Herrn Reichskanzler vielmehr darauf aufmerksam, daß ich diese Ausführungen im **Auftrage meiner politischen Freunde gemacht habe.** (Hört! hört!) Damit schließen die heutigen Verhandlungen. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Dritte Beratung des Telegraphenvertrages. Fortsetzung der ersten Beratung des Etats. Schluß 6 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Unsere Parteiverhältnisse in Finnland sind noch im Entwicklungsstadium. Auf dem letzten Kongreß war beschlossen worden, daß die Parteileitung zum Januar einen Kongreß behufs Zusammenschlusses der Landes-Nachvereine nach Abo berufen sollte. Da es aber dem Helsingforser Nachverein mit der Einladung zu lange dauerte und er auf eine Anfrage nicht gleich Antwort besam, berief er selbst auf Weihnachten einen Kongreß nach Helsingfors, fast gleichzeitig lud nun aber die Parteileitung zum Januar nach Abo ein. Nun ist zu zwei Kongressen eingeladen. Hoffentlich einigt man sich noch rechtzeitig.

Die **Preßverhältnisse** werden immer schwieriger, elf Gesuche um Herausgabe von Arbeiterzeitungen sind abgelehnt worden, aber eine russische Zeitung unter Protection des Gouverneurs **Dobrotsof** wird begründet, zu der der Etat 30 000 Kr. hat bewilligen müssen und der Kaiser jährlich weitere 30 000 Kr. giebt.

Polizeiliches, Gerichtliches u. w.

— In **Strasburg** wurde der frühere verantwortliche Redacteur unseres dortigen Parteiblattes, **Genosse Schulze**, wegen Verleumdung eines Baunternehmers zu 10 W. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Kartellierung von Gewerkschaften. Die am 10. Dezember in Arefeld tagende außerordentliche Generalversammlung des **Niederrheinischen Weberverbandes** hatte sich vornehmlich mit der Frage zu beschäftigen, ob sie einem Kartellvertrag mit dem deutschen Textilarbeiter-Verband zustimmen soll oder nicht.

In der Generalversammlung im Juli d. J. war ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, wonach der **Weberverband** 25 Proz. seiner Einnahme abführen sollte, und dafür die Rechte einer Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes genos.

Dieser Vertrag ist von Seiten des **Weberverbandes** nicht erfüllt worden, weil, wie der Vorstand behauptet, er keine 25 Proz. abführen könne und der Textilarbeiter-Verband zu sehr **socialdemokratischen** Ansichten habe. Verschiedene Pläne der Führer des **Weberverbandes** taugten auf.

Vorwiegend der Plan, einen deutschen **Weberverband** mit Anschluß an die Generalcommission wurde lebhaft erörtert. Die Generalcommission lehnte dies jedoch entschieden ab. Nach einer längeren Debatte nahm die außerordentliche Generalversammlung folgende Resolution an:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung des **Niederrheinischen Weberverbandes** erkennt an: Principiell steht der **Niederrheinische Weber-Verband** auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung und hält den Anschluß an dieselbe für geboten. Deshalb ist ein Zusammenarbeiten mit dem deutschen Textilarbeiter-Verband notwendig.“

Zu Erwägung jedoch, daß diejenigen östlichen und territorialen Verhältnisse, welche die Gründung des **Niederrheinischen Weberverbandes** veranlassen, auch für die nächste Zukunft das Weiterbestehen desselben zur Notwendigkeit machen, kann der Anschluß nur in einer Form erfolgen, welche die Selbstständigkeit des **Niederrheinischen Weberverbandes** nicht beeinträchtigt.

Da jedoch eine Abfindung von 25 Proz. der Einnahme, wie sie seiner Zeit beschlossen wurde, ohne entsprechende Gegenleistung bei losalen östlichen Streiks z. B. aus finanziellen Gründen unmöglich ist, beantragt die heutige außerordentliche Generalversammlung den Hauptvorstand und Ausschuss, die nötigen Schritte einzuleiten, um den Anschluß an die deutschen Gewerkschaften, eventuell durch Vertrag mit dem deutschen Textilarbeiter-Verband, in einer Form herbeizuführen, welche den im ersten und zweiten Absatz dieser Resolution niedergelegten Gesichtspunkten entspricht.“

Hoffentlich kommt die Einigung in einer beide Teile zufriedenstellenden Weise zu stande, da anderenfalls nur die Unternehmer als die Leidenden Dritten den Vorteil davon hätten.

Bei der Wahl der Gewerbegerichts-Beisitzer in Passau

regte die Liste der Gewerkschaften.

Ausland.

Der **Streik der Prager Bäckergesellen** ist nun wirklich zum Ausbruch gekommen. Es sind daran 1150 Mann beteiligt. Die Hauptforderung ist, wie schon mitgeteilt, die Einführung des **Jeckentages**, sodann verlangen sie, daß die Arbeitszeit zwischen 5 Uhr morgens und 8 Uhr abends zu liegen hat. Die **Bäckerei-Arbeiter** der Vorstädte haben sich der Bewegung angeschlossen. Ein Teil der Unternehmer hat bereits bewilligt.

Löhne und Wohnungsnot in England.

Die **Kohlenarbeiter** des großen Gebiets der **Bergarbeiter-Föderation** haben soeben wieder durch Verhandlung vor dem dazu geschaffenen Einigungsamt eine Lohnerhöhung durchgesetzt, die allerdings nicht übermäßig groß ist — 5 Prozent — aber zusammen mit den früheren die Löhne auf 45 Prozent über den Satz von 1888 oder 15 Proz. über den 1893 als Mindestlohn vereinbarten Standard bringt. Außerdem ward von den im Einigungsamt vertretenen Delegierten der **Gewerkschaft** und des **Unternehmerbundes**, die diese Lohnerhöhung vereinbarten, die Verlängerung des Einigungsamtes bis zum Jahre 1904 mit der Bedingung beschlossen, daß der Satz für den Mindestlohn unverändert bleiben, der Satz für den Höchstlohn aber von 45 auf 60 Proz. über den Satz von 1888 normiert sein soll.

Es wird für außer Zweifel erklärt, daß die Abmachungen von den Mitgliedschaften beider Verbände genehmigt werden. Ähnliche Lohnerhöhungen sind im Eisengewerbe erfüllt worden und noch in verschiedenen anderen Industrien.

Die Einberufung der **Reserven** für den Feldzug in Südafrika hat die Nachfrage nach Arbeitern noch gesteigert.

Die **Rekrute** der **Medaille** ist die wachsende Wohnungsnot, die in London verschiedentlich zu einer solchen **Kalamität** wird, daß selbst sehr mitgefömmte Persönlichkeiten die Notwendigkeit radikaler Eingriffe betonen. So stellte **Lord Carrington** in einer Versammlung über die Wohnungsfrage fest, daß es immer allgemeiner werde, daß Arbeiter ein Drittel ihres Einkommens auf Wohnungsmiete verwenden müßten, ja in einzelnen Fällen steigerte sich die Ausgabe für die Wohnung bis gegen die Hälfte des Einkommens; das aber sei ein unerträglicher Zustand, der nicht gebuldet werden dürfe und gegen den mit aller Macht vorgegangen werden müsse. Ueber die vorgeschlagenen Maßnahmen haben wir schon früher berichtet, leider hält es nur so sehr schwer, in London eine andauernde, eindrucksvolle Massenbewegung für irgend einen Zweck ins Werk zu setzen. So gehen einem großen Teil der Arbeiter die Vorteile ihrer erhöhten Löhne wieder verloren — ja, sie haben noch Verlust. Und für diese Kategorie ist der Vertrag der Arbeiter und Unternehmer im Kohlegewerbe keine zu freudige Nachricht. Die **Kohlenpreise** sind in der letzten Zeit sehr in die Höhe gegangen und werden auf Grund des Vertrages wohl noch wesentlich höher steigen. Wo den Arbeitern ihre eigene Lohnerhöhung bleibt, ist die Differenz nicht so bedeutend, in London aber trifft sie einen Teil der Proletarier außerordentlich hart. —

Der Krieg.

Ueber die **Niederlage** der Truppen des **Generals Gatacre** wird noch folgendes über **Lourenco Marques** berichtet: Eine amtliche Depesche aus Pretoria besagt, bei Stormberg hätten die **Boeren 672 Gefangene gemacht**. Der Verlust der Engländer an Gefallenen und Verwundeten sei unbekannt.

Aus **London** wird gemeldet: Die Zahl der Toten und Verwundeten bei Stormberg ist **bedeutend höher**, als die ersten Telegramme angaben. Wie verlautet, entstand in den Reihen der Engländer eine **Panik**, wodurch das Gefecht mit einer Niederlage endete. Die Regierung hatte nach Kapstadt telegraphisch Befehl gegeben, dem **General Gatacre** sofort Verstärkungen zugehen zu lassen. In Kapstadt steht nur eine Batterie Artillerie, welche nach dem Drangefluß abgeandt wurde.

Lord Methuen eingeschlossen.

Die Truppen des **Generals Methuen**, nämlich von Kimberley, sind **jeder Bewegungsfreiheit beraubt**. Ihr Vorrücken wird durch große Truppenabteilungen, welche die **Boeren** bei **Jacobdal** aufgestellt haben, zurückgehalten. Der Gesundheitszustand der Truppen läßt zu wünschen. In der Nähe des **Drangeflusses** ist die Luft mit **Ausdünstungen** gefährlicher Natur angefüllt, da der Fluß noch zahlreiche Leichen mit sich führt. **General Methuen** wird außerdem unablässig von den **Afrikanern** angegriffen. **Seine Bewegungen** sind dem **Feinde** sofort bekannt, da seine Truppen von **Spionen** umgeben sind. So wurde eine **Kavallerie-Abteilung**, welche einen **Kundschaftsritt** angetreten hatte, plötzlich umzingelt und mußte sich, obgleich nicht geschossen worden war, ergeben. Die Truppen sind durch die fortgesetzten Niederlagen in **gedrückter Stimmung**.

London, 12. Dezember. Aus Kapstadt wird berichtet: **Gerüchtweise** verlautet, daß gestern den ganzen Tag über beim **Modderfluß** gefochten worden ist. Einzelheiten fehlen.

In Natal.

Dem **„Neuer’schen Bureau“** wird aus **Freze** vom 11. Dezember gemeldet: Die **britische Kavallerie** kam heute bei **Colenso** mit einer aus mehreren hundert Mann bestehenden **Boerenabteilung** in **Kollision**. Die **Boeren** zogen sich auf das andere Ufer des **Flusses** zurück, worauf von beiden Seiten ein **längeres Gewehrfeuer** unterhalten wurde, das ohne Resultat verlief. Der **Feind** nimmt auf den **Hügeln** eine **starke Stellung** ein. Die **fünf Bögen** der **Eisenbahnbrücke** bei **Colenso** wurden zerstört, zwei steinerne Pfeiler wurden nachts gesprengt. Die **Fußgängerbrücke** ist unterseht.

Intervention Mac Kinsley?

Der **„Chicago Chronicle“** meldet: **Freunde** des **bisherigen amerikanischen Konsuls** in **Pretoria**, **Macrum**, glauben, daß dieser mit **wichtigen Mitteilungen** für das **Staatsdepartement** nach **Amerika** zurückkehre, **Mitteilungen**, die er nicht telegraphieren konnte. Die **Briefe Macrums** beweisen, daß er mit dem **Präsidenten** Kräger in engen Beziehungen gestanden, und daß England ihm trotz seiner persönlichen Ansichten den **Schutz** der **britischen Staatsangehörigen** anvertraute, einfach um den **Glauben** an ein **englisch-amerikanisches Bündnis** zu stärken, durch welches nach der Ansicht des **Präsidenten** Kräger eine **europäische Intervention** verhindert wurde. **Macrum** kehrt nun zurück und **überbringt einen an Mac Kinsley** und den **Kongreß gerichteten Appell** **Kräger**, in welchem dieser die **Vereinigten Staaten** auffordert, falls kein Bündnis zwischen ihnen und England bestche, dies der Welt auch zu zeigen und den **Boeren** dadurch zu helfen, daß sie die **Initiative zu einer europäischen Intervention** ergreifen, welche dem **Kriege** in einer für **Transvaal** ehrenvollen Weise ein Ende machen würde.

Diese Nachricht bedarf der **Bestätigung**, aber sicher ist, daß die **Sympathien** in den **Vereinigten Staaten** für die **Boeren** trotz der guten Beziehungen zu England noch weiter im **Wachsen** sind, wie folgender Vorgang

im amerikanischen Senat

beweist. Aus **Washington** wird vom 11. d. M. gemeldet:

Im **Senat** brachte **Wason** eine **Resolution** ein, dahingehend, der **Senat** begleite die **Boeren** in ihrem **Freiheitskampfe** mit seinen besten Hoffnungen. Die **lange Rede Wasons** wird von den **Mitgliedern** des **Hauses** und dem **Publikum** mit großer **Aufmerksamkeit** angehört. **Wason** legt dar, daß **Monroe** und **Franklin** und **Präsidenten** in der **Vergangenheit** gegen den **Vereinigten Staaten** dasselbe **Recht**, den **Boeren** in ihrem **Kampfe** für die **Freiheit** seiner **Zeit** in die **Leitung** der **Verwaltung** auf **Stuba** durch **Spanien** eingemischt hätten. Das **Interesse** der **Vereinigten Staaten** sei **berührt**, weil der **Krieg** in **Südafrika** ein **Kampf** zwischen **Demokratie** und dem **Monarchismus**, zwischen dem **göttlichen Recht** der **Könige** und dem **göttlichen Recht** der **Humanität** sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 11. Dezember. (W. Z. M.) **Pidoux** verlangt zu wissen, weshalb die Regierung nicht gegen das **socialistische Centralcomitee** einschreite. **Rebner** spricht von der **Gefährlichkeit** des **Socialismus** und wünscht, daß die Regierung sich über ihre **Haltung** äußere. **Waldé-Rouisse** erwidert, er habe bereits dreimal seine **Politik** dargelegt, es habe keinen Zweck, diese **Erklärung** zu wiederholen. Die **Linke** verlangt **Schluß** der **Debatte**, welcher von **Troumou** beläupft und mit 267 gegen 237 Stimmen angenommen wird. **Hietauf** wird die **Sitzung** aufgehoben.

Osabrück, 12. Dezember. (W. Z. M.) In dem **benachbarten Dorfe** **Emmighausen** wurde der **Wesler** **Barrenpohl** ermordet aufgefunden. Der **Thäter** wurde verhaftet.

Wien, 12. Dezember. (W. Z. M.) Der **bekannt** **Geograph** **Dr. Philipp Paulitschke** ist **gestorben**.

Bading in **Berlin**. Hierzu 2 **Beilagen** und **Unterhaltungsblatt**.

Reichstag.

120. Sitzung vom 12. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Bülow, Graf Wofadomsky, Hr. v. Zbielmann, Tirpitz, v. Gohler, v. Podbielski, Rieberding, Hr. v. Rheinbaben, später der Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Zunächst steht die zweite Beratung des Telegraphen-Gesetzes auf der Tagesordnung. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen.

Sodann wird die

Erste Beratung des Etats

fortgesetzt.

Abg. Dr. Lieber (C.):

Meine Herren! Nach dem gestrigen Tage wird wohl in uns allen das Gefühl lebendig sein, daß wir in diesem Jahre mit besonderer Aufmerksamkeit und Anstrengung die Gefahr zu bekämpfen haben werden, die Beratung des neuen Reichshaushalts-Voranschlags unter einer anderen, wenn auch noch so wichtigen Angelegenheit rot leiten lassen. Gegenüber der Erklärung des hohen Bundesrats, welche der Herr Reichskanzler gestern hier abgegeben hat, und gegenüber den Reden der verschiedenen Herren Staatssekretäre wird es ja schwer, wenn nicht unmöglich sein, die erste Lesung des Etats in dem Umfang und mit der Unbefangenheit vorzunehmen, wie es in diesem Hause seit Jahren guter Brauch ist. Dagegen werden wir alle wohl heute schon den festen Entschluß fassen, in den weiteren Stadien der Beratung des Etats, es an der gewohnten Gründlichkeit nicht fehlen zu lassen. Dem ohne Ueberhebung darf sich der Reichstag rühmen, daß die glänzende Finanzlage, von der wir gestern hier ein hohes Lied singen hörten, wesentlich der Sorgfalt des Reichstages in der Feststellung des Etats zu verdanken ist. (Sehr richtig!) Mit diesem Vorgehen werden wir auch am besten den gestrigen Worten des Herrn Staatssekretärs des auswärtigen Amtes gerecht: „gouverner c'est prévoir“ (regieren heißt vorsehen). Die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichs-Schatzsekretärs waren kürzer als wir es meist bei dieser Gelegenheit gewöhnt sind. In der That bietet ja aber der vorliegende Etat auch wenig oder gar nichts Auffregendes. Aufgefallen ist mir, daß der Herr Schatzsekretär sehr vorsichtig sagte, daß wir uns auf einer Treppentstufe befinden, von der es eher den Anschein hat, als ob sie noch eine langsam aufsteigende sei. Nach seiner eigenen Darstellung liegt die Sache in Wahrheit so, daß die Ueberschüsse im Rückgange begriffen sind. Das Jahr 1899 hat 35 Millionen weniger Ueberschuß gegeben als das Jahr 1898. Nach meinem Kaiservertrauen muß man doch da von einem Heruntergehen sprechen. (Weiterkeit.) Was die Einzelheiten des Etats anlangt, so wird ja die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter für die Kolonialbeamten allseitig befriedigen. Was die Ausgaben für die Kolonien angeht, so wird man sich darüber in den späteren Stadien der Beratung wohl verständigen können, insbesondere werden die Kostenschätzungen für die neue ostafrikanische Centralbahn genau geprüft werden müssen. Was den Etat im allgemeinen betrifft, so macht er ja auf den ersten Blick einen recht guten Eindruck. Wer aber die glänzende Aufschwung der Finanzentwicklung zur Zeit der Militärvorlage 1893 und die Gran in Gran oder besser Schwarz in Schwarz-Malerei der Finanzen als Vorbild für die manuelle Finanzreform mitlerzeit hat, der weiß genau, daß, wenn deutsche Reichsfinanzverhältnisse sich begegnen, sie ein verständnisvolles Augenmaß anzuwenden. (Große Heiterkeit und sehr richtig! im Centrum und links.) Unter den obwaltenden Verhältnissen kann man sich dabei nicht wundern, wenn der vorliegende Etat einmal wieder im rosigsten Lichte erscheint. Es sind aber alle günstigen Faktoren namentlich bei Schätzung der Reichseinnahmen sehr reichlich in Betracht gezogen, bei der Post und Eisenbahn wohl zu hoch. Beim Etat der letzteren hat man sogar jetzt schon das Bärenfell der Pariser Weltausstellung verteilt. (Weiterkeit.) Bei der Post sind die Ausfälle durch Tarifermäßigungen, die der Herr Staatssekretär auf 87 1/2 Millionen schätzte, nicht mitgerechnet. Ich meine also, zwei Drittel der veranschlagten Steigerung der Einnahmen dürften die richtige Schätzung sein. Man hätte mehr dem Princip des gewiegten Leiters der preussischen Finanzen folgen sollen, der gesagt hat: auf vorübergehende und schwankende Einnahmen dauernde Ausgaben zu basieren, sei eine sehr mißliche Politik, die sich früher oder später grauam rächen werde. Man wird also sehr gut thun, bei Schätzung der Einnahmen sich diejenige Mäßigung anzuerkennen, die Herr Riquel als kluger Finanzmann empfohlen hat.

Wir haben nun aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gestern die Erklärung der verbündeten Regierungen gehört, daß dieselben eine Verdoppelung der Schiffsflotte und der großen Auslandschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Rüstungsgewandes für notwendig halten, und daß sie sich verpflichtet gefühlt haben, dem Reichstag dies vor der Beratung des Etats mitzuteilen. Der Reichstag wird den verbündeten Regierungen für diese Mitteilung in diesem Augenblicke zu besonderem Danke verpflichtet sein. Es ist zweifellos durch diese Mitteilung die Angelegenheit, welche sie betrifft, erst auf den richtigen verfassungsmäßigen Boden gestellt, auf dem sie von Anfang an meiner Ueberzeugung nach hätte behandelt werden sollen.

Ich muß gleich hier ein Bedenken erheben, das im Vergleich zur Hauptfrage nebensächlich erscheinen mag. Der Herr Reichskanzler hat von der gleichzeitigen Streichung des ganzen Rüstungsgewandes gesprochen. Für meinen Teil habe ich, belehrt durch frühere Ausführungen öffentlicher Natur, das mir so verstanden, daß dieses Rüstungsgewand, das in den Jahren 1888 bis 1891 gebaut worden ist, nur nach Maßgabe des Flottengesetzes aufgebraucht und dann durch Schiffschiffe ersetzt werden sollte. Allein von anderer Seite sind die Worte so verstanden worden, als sollte die Schiffsflotte sofort verdoppelt und dieses Rüstungsgewand einfach zum alten Eisen geworfen werden. Ich nehme an, daß meine Auffassung der Ansicht des Herrn Reichskanzlers entspricht und daß man nicht die vor jetzt 10 Jahren angelegenen rund 48 Millionen einfach zum alten Eisen zu werfen gedenkt.

Der Herr Reichskanzler hat weiter gesagt, daß diese Verdoppelung der Schiffsflotte durch eine Novelle zum Flottengesetz, die sich in Vorbereitung befindet, gesetzlich festgelegt werden solle, daß aber nicht eine Beschaffungsfrist für diese Vermehrung des Schiffsbestandes der Flotte festgelegt werden solle. Es ist dann später seitens des Herrn Staatssekretärs des auswärtigen Amtes wiederholt von einem Ausbau und einer Veränderung des Flottengesetzes von 1898 gesprochen worden. Der hochverehrte Herr möge mir gestatten, darauf hinzuweisen, daß die Ansicht der verbündeten Regierungen in dem eben von mir verlesenen Tage dahin geht, daß man, was die Verdoppelung und den Bestand der Flotte angeht, zwar von einem Ausbau und einer Ergänzung, aber was die Beschaffung der einzelnen Teile der zu verdoppelnden Flotte, die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel betrifft, man nicht sowohl von einem Ausbau als von einem völligen Umsturz des Flottengesetzes reden muß. (Sehr richtig.) Der Herr Reichskanzler hat sodann gesagt, daß die Schiffe aus Anleihemitteln bezahlt werden sollen. Er hat diese Bemerkung jedenfalls im Hinblick auf das unglückliche Vorgehen eines Brechorgans gemacht, dem man offiziöse Beziehungen zur preussischen Staatsregierung zutraut, welches unmittelbar nach der Veröffentlichung des neuen Flottenplanes der erkrankten Welt verkündete, daß diejenigen sechs Millionen Mark, die aus der Erhöhung der Getreidezölle bei den neuen Handelsverträgen zu erwarten seien, in Aussicht ständen für die geplante Flottenvermehrung. Es war in der That ein Akt der

Selbsterhaltung der verbündeten Regierungen, daß sie diesen Freundchaftsdienst so rasch wie möglich von ihren Reichshöfen abgehändelt haben. (Sehr richtig!) und Heiterkeit im Centrum und links.)

Im übrigen haben wir ja aus den Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs am Schlusse der gestrigen Sitzung erfahren, um welchen Anleihebetrag es sich handelt. Es sind noch heutiger Schätzung 783 Millionen Mark, die auf 16 Jahre verteilt pro Jahr rund 49 Millionen Mark ausmachen. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, daß sich in 16 Jahren eine solche Summe von circa 50 Millionen Mark in Gestalt einer Anleihe wohl noch aufbringen lassen werden. Gewiß, Herr Staatssekretär, das läßt sich nicht bezweifeln. (Weiterkeit.) Die Sache hat nur einen Haken. Gewiß ist der Kredit des Deutschen Reiches trotz seiner reichlich sich aufwärts bewegenden Schuldenlast, hinlänglich gut, um zu erwarten, daß auch nach Ablauf von 16 Jahren immer noch 50 Millionen Mark im Jahre sich aufbringen lassen werden. Aber werden das dann die einzigen Schulden sein, die wir in diesen Jahren zu machen haben werden? Ich erlaube mir, mit derselben Sicherheit, mit der er seine Behauptung aufgestellt hat, die meine gegenüberzustellen, daß im Laufe von 16 Jahren für viele andere Zwecke noch viel höhere Anleihen aufgenommen werden müssen. Was nun die Beschaffung der Mittel angeht, so habe ich für meinen Teil die Ueberzeugung — und meine politischen Freunde haben ohne jede Ausnahme die Meinung gewonnen — daß es am allerbesten wäre, die Kosten für so rasch sich aufbrauchende Bedürfnisse wie Kriegsschiffe, gar nicht durch Anleihen zu decken (sehr richtig! im Centrum), sondern aus den laufenden Einnahmen zu nehmen. Von den Anleihen erwarten wir, daß sie unseren Nachkommen noch zu gute kommen. Von den Kriegsschiffen aber wissen wir, daß jeder, der sich einigermaßen guter Gesundheit zu erfreuen hat, die Ergänzung derselben recht gut noch erleben kann. (Sehr wahr! und Heiterkeit im Centrum und links.) Aber ich will mich nicht in Einzelheiten einlassen, ich glaube, die verbündeten Regierungen werden, was die Verdoppelung der Flotte in der in Aussicht genommenen Frist anlangt, noch mit sich reden lassen. In Bezug auf die Art der Beschaffung der Mittel kann ich seitens meiner politischen Freunde wenig, um nicht zu sagen gar keine Geneigtheit in Aussicht stellen, heute schon sich dafür zu erklären, sämtliche beinahe 800 Millionen und es werden ja schließlich noch mehr sein, zu bewilligen und durch Anleihen zu decken. Selbstverständlich werden neue Steuern erforderlich sein, von denen ja schon gesprochen worden ist. Wir sind bis jetzt ohne erhebliche Anleihen und ohne neue Steuern auskommen für das, was wir für des Reiches Wohlfahrt als notwendig erkannt haben. Wir denken, bei einer gesunden Finanzwirtschaft werden wir auch noch über andere Berge zu kommen wissen. Ebensovienig kann ich seitens meiner politischen Freunde irgend welche Geneigtheit erklären, heute sich schon für die Pläne der verbündeten Regierungen zu engagieren. Ich habe den gemeinsamen Auftrag, gegen unsern alten Neuling über eine Vorlage, die dem Reichstag noch nicht gemacht ist, nicht vorher schon bindende Erklärungen abzugeben. (Weiterkeit links.) Das wird niemand verlangen und dazu wird im Reichstag kaum jemand geneigt sein. — Ich komme nunmehr auf den Gedanken, den ich schon früher ausgesprochen habe, daß nämlich gestern die verbündeten Regierungen durch ihre Erklärung die Vorlage auf demjenigen verfassungsmäßigen Boden gestellt haben, auf den sie von Anfang an hätte gestellt werden sollen. Ich füge hinzu, daß ich sehr überzeugt bin, diese gestrigen Erklärungen, sowie die sich anschließenden Vorträge der drei Staatsminister würden einen ungleich gewaltigeren Eindruck auf das Haus und auf das Reich gemacht haben, wenn nicht vorangegangen wäre, wenn nicht seit Monaten die gesamte deutsche Bevölkerung in Aufregung versetzt worden wäre durch Dinge, die nach unserer Verfassung den gesetzgebenden Faktoren des Reiches in erster Linie hätten vorgelegt werden müssen. Wir leben inmitten einer täglich steigenden Aufregung über die Flotte. Was hat sich alles seit jenem 18. Oktober zugetragen, an dem in Hamburg zuerst das Wort gesprochen wurde: „Gitter Rot thut uns eine starke Rigte.“ Unmittelbar darauf — es dauerte nur einige Tage — erschienen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 29. Oktober jene bekannten Ausführungen zur Flottenfrage, welche ein ganzes Programm zur Schaffung einer starken Flotte enthielten, ohne es zu begründen, im Gegenteil mit der ausbrüchlichen Einleitung: wenn einer allgemeinen Verstärkung der Marine näher getreten werden muß — und mit der wiederholten Hervorhebung der Bedingung: wenn das so ist — hält man diese Bemerkung für nötig usw.

Man war selber nicht klar darüber, man appellierte am Schlusse der Vorlesung an die gesetzgebenden Faktoren. Trotzdem legte man der erkrankten Welt einen Flottenvermehrungsplan vor, der bis in die kleinsten Einzelheiten, bis zum letzten Schiffe zurück gelegt war. Es mag ja sein, daß große Kreise des deutschen Volkes damit nicht überhäuft worden sind, die eine solche Verstärkung der Flotte gewünscht, erwartet und sehnstighat betrieben haben. Es wird aber nicht geleugnet werden können, daß ebenso viele, meiner Meinung nach ungleich viel weitere Kreise des deutschen Volkes von dieser Ausdehnung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vollständig überrascht waren. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Es wird auch nicht geleugnet werden dürfen, daß in erster Linie ein Recht, damit überrascht zu werden, diejenigen hatten, die vor noch nicht anderthalb Jahren hier im deutschen Reichstag das Flottengesetz von 1898 bewilligt hatten auf die bindigste Erklärung der verbündeten Regierungen hin, damit werde in Sachen der Flottenvermehrung für 6 Jahre Ruhe im Reich sein. (Sehr richtig! links.) Der Herr Staatssekretär des Reichs-Marineamts hat aber nicht allein solche Erklärung abgegeben. Der Herr Reichskanzler selbst hat vor diesem hohen Hause erklärt, nicht nur der Reichstag bindet sich auf die 6 Jahre, sondern auch die verbündeten Regierungen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Hätten die verbündeten Regierungen geglaubt, sie könnten die übernommene Bindung nicht tragen, so hätten sie vor dem Reichstag hütretreten sollen mit der Erklärung: wir können die übernommene Bindung nicht bis zu Ende tragen, und diese Haltung hätte auch von unserer Seite in Betracht genommen werden können, wenn Zeiten schwerer Kalamitäten für das Volk hereingebrochen wären, in denen der Reichstag seinerseits den verbündeten Regierungen hätte gegenübertreten können: „Wir können die Bindung nicht einlösen.“ Wenn derartige Erklärungen, wie sie der Herr Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichs-Marineamts abgegeben haben, erfolgen, dann müssen sie in ihrem ganzen Ernste und mit ganzer Bewusstheit in der verfassungsmäßigen Form erfolgen. (Sehr richtig! im Centrum und links.) In verschiedenen Blättern hier es: „Die Regierung sah sich genötigt“, „Die Regierung hält es für angemessen“. Man bedenke: Ehe man den Reichstag und auch den Bundesrat gefragt hatte, ob eine solche kritische Lage inzwischen eingetreten sei. Ich will die Stellung des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Marineamts nicht verschärfen dadurch, daß ich die eine oder andere Erklärung vorlese, die von ihm 1898 abgegeben ist. Ich verzichte sogar, den Wortlaut derjenigen Erklärung zu wiederholen, die er in der Budgetkommission abgegeben hat, und die ich als Berichterstatter über den Marineetat hier wörtlich vorzutragen die Ehre hatte, derjenigen Erklärung, auf die er gestern selbst Bezug genommen hat. Ich glaube aber im Recht zu sein, wenn ich wiederholt betone, daß gegenüber solchen Erklärungen Mittelungen über die neuen Flottenpläne in allererster Linie vor dieses hohe Haus, nicht vor die Öffentlichkeit gehören. Was ist das für eine Regierung? Ich weiß, daß nach der Verfassung die Gesetzgebung vom Bundesrat und Reichstag geleitet wird, daß die übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüsse dieser beiden Versammlungen zum Zustandekommen der Gesetze erforderlich sind. Ich weiß, daß den Vorlag in der Vereinigung der Staaten, die den Namen „Deutsches Reich“ führt, der deutsche Kaiser

führt. Ich weiß aus der Verfassung, daß dem deutschen Kaiser ein Reichskanzler zur Verfügung steht, der allein für diejenigen Geschäfte verantwortlich ist, die die Reichsverfassung dem Kaiser zuweist.

Ich weiß auch, daß der Herr Reichskanzler berechtigt ist, in seiner verantwortlichen Stellung sich durch Mitglieder des Bundesrats vertreten zu lassen, ich weiß schließlich, daß die verschiedenen Herren Staatssekretäre unter seiner Verantwortlichkeit die Geschäfte des Reiches leiten und innerhalb ihrer Ressorts das Recht haben, sich vertreten zu lassen. Aber was ist das für eine Regierung, die sich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vernehmen läßt! Ich bin fest überzeugt, nicht einmal Se. Majestät der Kaiser, nicht einmal der Bundesrat steht hinter den Worten der Regierung, die uns seit Wochen alle die schönen Pläne empfiehlt. Das sind Zustände, die einer Partei wie der meinen, die von Anfang an den föderativen Charakter des Reiches zu wahren gesüht hat, völlig unerträglich sind (Sehr richtig! im Centrum.) und die uns mit jedem Tage unerträglicher werden. Ich bin fest überzeugt, dem ganzen neuen Plan der Verdoppelung der Schiffsflotte sowie kein schlechterer Dienst erwiesen werden als ihm in dieser Weise namens einer unbekanntem Regierung in der Öffentlichkeit erwiesen worden ist. Doch den schlechtesten Dienst hat dem Plan nicht die „Nordd. Allg. Ztg.“, sondern haben ihm die Berliner Politischen Nachrichten mit ihren 60 Millionen Mehrernnahmen aus den Getreidezölle als Deckungsmittel für die Schiffe erwiesen.

Ich habe die Rede vom 18. Oktober zu Hamburg erwähnt, da die deutsche Reichs-Anzeiger sie in seiner Nummer 347 öffentlich kundig hat. Ich bin deshalb wohl vor der Schelle des Herrn Präsidenten sicher, wenn ich diese Rede erwähne.

Selten ist das deutsche Volk schärfer getadelt worden, als in jener Rede, und das geschah nicht im eigenen Hause, sondern öffentlich vor aller Welt. Es ist dort gesagt worden, es müßte sich unser Volk dazu entschließen, Opfer zu bringen, vor allem müßte es ablegen seine Suht zu Parteien; es müßte aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Man konnte versucht sein, an das Schicksal der Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus zu denken. Allein es ist nicht Sitte preussischer Könige, ihre Unterthanen im benachbarten Staate abzulanzeln. Man konnte an die Zustandsvorlage denken. Allein es konnte damals noch nicht geahnt werden, wie die Entscheidung über diese Vorlage erfolgen würde. Die Aenderung konnte sich noch meiner Ueberzeugung nur auf die Flottenfrage beziehen. Da frage ich wiederholt: Was war vorgefallen, das diese scharfe Aenderung veranlaßt hat? Nur ein Jahr fünf Monate und 12 Tage früher hatten wir im Weissen Saale des königlichen Schlosses hören können: Mit hoher Verehrung erfüllt es uns, daß unter Ihrer patriotischen Mitwirkung erreicht werden konnte, die Flotte auf eine feste, dauernde gesetzliche Grundlage zu stellen. (Hört! hört! links.) daß Sie die Bedeutung des Flottengesetzes für die Stärkung der maritimen Wehrkraft anerkannt und die Hand zum Werke geboten haben, was die dankbarste Würdigung kommenden Geschlechtes verdient. (Hört! hört! links.) Am Schlusse hat es geheißen: Ich weiß mich eins mit dem deutschen Volke, das entschlossen ist, die verbündeten Regierungen in Erreichung dieses Zieles zu unterstützen, die Grundlage des staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Lebens zu erhalten. In dieser festen Zuversicht hoffe ich zu Gott, daß es mir beschieden sein wird, die innere Kraft des Vaterlandes zu stärken und das Ansehen seines Namens unter den Völkern der Erde zu erhalten. Ich frage noch einmal: Was ist in den 1 1/2 Jahren vorgefallen, um in unserm Kaiser eine solche Wandlung der Vorstellung vom deutschen Volke zu erzwängen? (Hört! hört! links.) Ich würde die Berechnung für unsern herrlichen Kaiser nicht haben, wenn ich nicht tief ergriffen wäre von den labenden Worten, die in Hamburg gefallen sind. Ich kann mir nur denken, daß unverantwortliche Ratgeber (hört! hört! links) das deutsche Volk in dieser Weise verächtlich haben. Von den verantwortlichen Männern, die hier sitzen, — dafür lege ich die Hand ins Feuer — ist keiner gewesen. (Stürmische Heiterkeit.) Aber es giebt ja Leute, die vom Kommunismus bis zum Agrarier alle Parteien durchlaufen haben, die nun von der Höhe ihrer Parteilosigkeit die Parteien gegen einander aufsetzen, die alle Parteien für überlebt erklären und von diesem Standpunkt aus jede, auch die legitimste Partei als Verbrechen am Wohle der Nation erklären. Ich hoffe, Vergangenes und Zukunft wird der Reichstag den Beweis erbringen, daß er, als er in Hamburg sprach, über die Gefinnung des deutschen Volkes ebenso falsch belehrt war, wie er richtig belehrt war, als er in Berlin am 6. Mai 1898 den deutschen Reichstag entließ. Es ist auch gesagt worden, in den ersten 8 Jahren der Regierung Sr. Majestät seien Ausgaben für die Flotte trotz inständiger Bitten mit Beharrung verweigert worden. Ich habe es für nötig gehalten, aus den Akten feststellen zu lassen, was dem beharrlich verweigert worden ist, zwar seit dem Reichshaushalts-Voranschlag für das Etatsjahr 1899/00 bis zum letzten Voranschlag. Es ergibt sich, daß wir an Schiffen bewilligt haben 68, abgelehnt 4, bewilligt also 92%, abgelehnt 8%. An Geld ist in dieser Zeit gefordert insgesamt 402 787 000 M., bewilligt 370 171 000 M., abgelehnt 32 596 000 M., d. h. an Geld bewilligt 91%, abgelehnt 9%. Vor dem Flottengesetz wurden gefordert 293 554 000 M., bewilligt 260 878 000 M., abgelehnt 32 596 000 M.; in Prozenten: an Geld bewilligt 89% Proz. der Gesamtforderung, abgelehnt 11% Proz. Sie werden mir recht geben, daß dies nicht eine beherrschende Ablehnung der geforderten Flottenvermehrung seitens des Reichstages bedeutet. Ich muß also annehmen, daß der hohe Bundesrat so verfahren gewesen ist, erhebliche Streichungen vorzunehmen. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Ausführungen, die uns gestern der Herr Staatssekretär des auswärtigen Amtes gegeben hat, hat an vielen Stellen laute Zustimmung eines großen Teiles des Reichstages gefunden. Wenn er sagt, es sei eine Eigentümlichkeit unserer Zeit und liege in der auswärtigen Politik, daß leicht neue Reibungsflächen entstehen können, so wird der Reichstag hinzufügen, noch mehr in der inneren deutschen Politik. Was der Herr Staatssekretär vorgetragen hat, wird im großen und ganzen von jedem Vaterlandliebenden unterschrieben werden. Niemand von uns will die wirtschaftliche und noch weniger die politische Ohnmacht des deutschen Volkes wieder erleben. (Weiß! rechts und im Centrum.) Wir nehmen aber für uns in Anspruch, daß wir als Vertreter des deutschen Volkes auch die vaterländischen Forderungen, die seitens der verbündeten Regierungen an uns herantreten, mit Ruhe und Sachlichkeit prüfen können. Ich meine, wer ohne jede Gegenleistung das Militär-Strafgerichts-Ordnung, wer ohne jede Gegenleistung das Flottengesetz von 1898, wer in wiederholten Fällen die Stärkung des Landweeres mitgeleitet hat, der sollte doch himmelhoch über dem Vorwurf stehen, als treibe er Schacherpolitik. Ganz etwas anderes aber ist es, ob man vom katholischen Volke verlangen kann, daß es sich wohl fühlt im deutschen Vaterlande, wenn immer noch Ausnahmegerichte gegen Teile seiner Angehörigen bestehen. (Große Heiterkeit links), wenn immer noch Chikanen vorkommen, wie jüngst erst wieder in Wörmun. (Sehr richtig! im Centrum.) Kann man da verlangen, daß wir uns ebenso wohl fühlen, wie die verehrten Herren rechts und links von uns. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir werden im Verlaufe der bevorstehenden Verhandlungen zur Flottenvermehrung Stellung nehmen. Wir beanspruchen aber schon heute, auch wenn wir bei der uns obliegenden Prüfung zu einer abmehrenden Stellungnahme gebrängt werden sollten, nicht als Vaterlandslose und Reichsfeinde vertrieben zu werden, sondern unbeschränkt zu bleiben, in der Sorge um das Vaterland und der gleichen Eingebung für sein Wohl. (Lebhaftes Bravo im Centrum.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

Ich muß meinem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Herr Vorredner die Rede des Kaisers in Hamburg in seine

Kritik hinsichtlich der Rede, die durch die politischen Verhältnisse hervorgerufen war. Die Rede war der Ausdruck der Beforgnisse und der Verantwortlichkeit des Monarchen. Bei der Stellung, die der König von Preußen als deutscher Kaiser einnimmt, kann es ihm nicht verweigert werden, für große Ziele, die er als notwendig erachtet hat, auch öffentlich einzutreten und das Volk zur Einigkeit zu ermahnen. (Beifall rechts.)

Präsident Graf Ballestrem:

Ich habe schon früher erklärt, daß bei Reden des Kaisers, die in authentischer Form, also im „Reichs-Anzeiger“ verläßt werden, eine passende Verklärung durch Verweigerung von Reichstagsmitgliedern nicht verweigert werden kann. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.) Ich würde der hohen Bedeutung des Kaisers im politischen Leben zu nahe treten, wenn ich bedeutenden Verweigerungen von ihm eine so geringe Wichtigkeit beilegen wollte, daß ich sie hier nicht erwähnen ließe. Natürlich muß die Erwähnung in passender Form geschehen. Ich kann aber nur erklären, daß nach meiner Ansicht diese Form vom Vordrucker durchaus beobachtet worden ist. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.):

Ich und meine politischen Freunde wünschen daran festzuhalten, daß Verweigerungen der Majestät von der Diskussion hier ausgeschlossen bleiben. (Lebhafte Widerstand im Centrum und links.) Wir werden jedenfalls diese alte Gepflogenheit innehalten. (Bravo! rechts.) Den Verweigerungen des Herrn Vordruckers über die Finanzlage des Reiches kam ich im großen und ganzen beistimmen. Ich habe mich über seine sehr korrekte Darstellung der Finanzlage gefreut, die keine ferre glänzende ist und die größte Vorsicht gebietet. Wenn wir uns auf das kommende Notwendigkeit einstellen, so entstehen dauernde Ausgaben, während die Einnahmen, die wir erhoffen, unsicher sind. Es ist aber gefährlich, dauernde Ausgaben auf schwankende Einnahmen zu stellen. (Sehr richtig! links.) Das Reich wirtschaftet opulent, z. B. bei den Gehältern der Reichsbeamten. Wirkliche Sparbarkeit kann ein Parlament nicht üben, dessen Bewilligungen und Ablehnungen von politischen Tendenzen abhängen und dem es naturgemäß an Sachkenntnis über die Notwendigkeit mancher Ausgaben fehlt. Sparbar kann nur die Regierung sein. Hierzu aber ist eine Reichsfinanzreform nötig. Die Mehrheit der Staatssekretäre wird immer eine gewisse Macht über den Reichskanzler haben. Zudem ist doch keine Garantie gegeben, daß alle Reichskanzler immer eine Persönlichkeit vorhanden ist, die alle Fäden in der Hand halten kann. Ich halte daher im Interesse der Reichsfinanzen für geboten, zu einer Reichsfinanzreform überzugehen. Das jetzige Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ist auf die Dauer ungesund.

Was die einzelnen Vorschläge anbelangt, so glaube ich auch, daß man bei der Aufstellung des Postetats etwas optimistisch vorgegangen ist. Dagegen scheint das Auswärtige Amt seinen Etat in sehr verständiger Weise aufgestellt zu haben. In beanstandeten werden wohl die Gehaltserschöpfung für die Legationssekretäre sein. Wir bringen dem Staatssekretär des Auswärtigen großes Wohlwollen entgegen. Mit dem Samoa-Vertrag sind wir sehr einverstanden. In der Zeitung des Auswärtigen Amtes hat sich eine erfreuliche Wandlung zum Besseren vollzogen. Zahlmäßig ist ja der Gewinn von Samoa nicht bedeutend, aber für unser Ansehen im Völkerkonzert ist der Gewinn doch bedeutsam. Dem nationalen Selbstgefühl ist volle Genugthuung geworden. Das ist die Hauptsache und darüber freuen wir uns am meisten. Gerade der Reichstag hat zur Freude besondere Ursache, denn wäre es von Anfang an nach ihm gegangen, es wären alle Schwierigkeiten vermieden worden. Wir wünschen nun mit noch, daß ein hervorragender Mann an die Spitze der Verwaltung von Samoa gestellt wird. (Sehr richtig! rechts.) Zum Kolonialetat will ich sagen, daß wir nicht gegen Konzessionen sind, die Deutschen in Afrika gegeben werden. Die Leute müssen die Möglichkeit haben, ordentlich zu verdienen, wenn sie ihr Geld riskieren. Weniger schön ist es, daß die Herren sofort an die Wüste gegangen sind und die Konzession nach Gräueltat sofort in schönes blaues Geld umgewandelt haben. Bei den Goldverhandlungen mit anderen Ländern, besonders mit Amerika, ist Vorsicht geboten. Die Vorkauf des Präsidenten von Amerika enthält ja fremdliche Worte, aber sie macht doch den Eindruck eines Mannes, der das bekommen hat, was er gewollt hat. In der Frage der Fleischpreise haben wir entschieden zu viel Konzessionen gemacht. Das paßt ganz gut zu einem Ausspruch des Reichskanzlers, den er bei einem Dinner gehalten hat und der etwa lautete: „Deutschland entwickelt sich zu einem Industrie- und Agrarland und ich als Agrarier kann diese Entwicklung bedauern, aber nicht aufhalten.“ Agrarier wird man noch nicht durch den Besitz von Gütern. Agrarier sein heißt die Bedeutung der Landwirtschaft richtig einschätzen und danach die Politik einrichten. Damit ist das Motto von der Entwicklung zum Industrie- und Agrarland nicht in Einklang zu bringen. Geht sich heute die Ausdehnung für die Industrie besser, es lassen sich in ihr auch viel größere Reichtümer erwerben, als in der Landwirtschaft. Aber zu bedenken ist doch immer, daß die Landwirtschaft unerlässlich ist für das Wohl des Staates, daß er ohne die landwirtschaftliche Bevölkerung schweren Schaden erleiden würde. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb müssen wir immer davor warnen, die Landwirtschaft zu vernachlässigen und wir sind nicht davon überzeugt, daß der Reichskanzler den Ernst der Situation nach dieser Richtung hin vollständig erfasst hat. Als der Reichskanzler aus Acker kam, hatten wir nicht allzu viel Hoffnung auf ihn gesetzt. Wir konnten nicht erwarten, daß er allzu viel in unserem Sinne wirken würde, glaubten auch wohl, daß er keine sonderlich große Initiative entwickeln würde. Heute müssen wir gestehen, daß wir uns nicht getäuscht haben und er um augenblicklicher parlamentarischer Vorteile willen wichtige Machtbefugnisse der Regierung leichtem Herzens aus der Hand gegeben hat. (Hört! hört! links.)

Was nun die Flottenvorlage anlangt, so meine ich, sie kann am besten hier beim Etat besprochen werden. Wer ganz auf parlamentarischen Boden steht, für den liegt die Sache ja einfach. Er sagt, der Flottenplan ist einmal geschicklich festgelegt, und ich gehe davon nicht ab. Ich muß anerkennen, daß sich der Herr Abg. Lieber nicht auf diesen Standpunkt gestellt hat, sondern eine neue Prüfung angefordert hat. Die Verhältnisse haben sich seit zwei Jahren nicht geändert. Die Machtverhältnisse und die Beziehungen der einzelnen Staaten zu einander sind dieselben geblieben, aber es sind uns doch Thatfachen vor Augen gekommen, die uns klar gemacht haben, daß wir die heutige Situation damals nicht vollkommen überschaut haben. Wir Parlamentarier leiden ja manchmal etwas an Unschärfebündeln, aber wir müssen diesmal eingestehen, daß auch unser Wissen Stückwerk ist. (Heiterkeit.) Der amerikanisch-spanische und der englisch-afrikanische Krieg haben uns ernste Lehren gegeben. Wir müssen es in erste Erwägung ziehen, ob wir der Regierung nicht zu folgen haben und die Flotte erheblich verstärken müssen. Seit Gründung des Reiches hat sich der Seeverkehr in ganz ungeahnter Weise entwickelt. Es würde für uns ein unermeßlicher Schaden sein, wenn unsere Handelswege uns weggewonnen, unsere Häfen blockiert würden. Dazu kommt noch das in Geltung befindliche elastiische Seerecht, das vor allem die Engländer geschaffen haben zu dem Zwecke, daß im Kriegsfall nicht nur der Gegner vernichtet wird, sondern auch die Neutralen erheblich geschädigt werden. Dieses elastiische Seerecht zwingt uns geradezu, wenn wir nicht Schaden leiden wollen, zu einer Flottenvermehrung. (Sehr richtig, rechts. Lachen links.) Denken Sie doch auch an die überseeischen Kabel. Ein übermächtiger Gegner kann heute doch den ganzen Nachrichtenverkehr unterbinden. Wir sind also gern bereit mitzuwirken an einer Verstärkung der Flotte. Noch etwas über unsere Stellung zu England. Es ist sehr charakteristisch, wie allmählich bei uns die Antipathie gegen England gewachsen ist. Früher war England unser natürlicher Verbündeter. Der Umschlag der Stimmung resultiert aus der unfreundlichen Haltung Englands uns gegenüber während des 70er Krieges und dann aus dem Verhalten Englands, seitdem wir den beschiedenen Versuch gemacht haben, unseren

kolonialen Besitz zu erweitern. Die englische Politik glaubt das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können, alles in Anspruch zu nehmen, was nicht besetzt ist, und besonders unangenehm berührt es, daß diese Besitzergreifung stets unter der Firma von Zivilisation und Religion erfolgt. (Abg. Bebel: Ganz wie bei uns. Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Jetzt macht sich bei uns der Unmut gegen England offen Luft beim Vorentscheid. Es ist nicht so sehr Sympathie für die Boeren als Antipathie gegen England, was hier nach Ausdruck ringt (Sehr richtig.) Obwohl wir alle Veranlassung haben, mit den Boeren, einem frommen Volke, zu sympathisieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach links) lachen. Aber es wird immer so sein, daß ein frommes Volk bei sonst gleichen Waffen über das ungläubige den Sieg davon trägt. (Erneutes Lachen links.) Warten Sie es mir einmal ab. Vielleicht erfahren Sie es am eigenen Leibe, was es heißt, über Leute zu kommandieren, die keinen Glauben haben. (Heiterkeit.) Es wird soviel über die Reden englischer Staatsmänner geredet. Diese haben doch aber nur den Wert von privaten Äußerungen. Aber das eine steht fest: Wir müssen uns auf weitere Unfreundlichkeiten seitens der Engländer gefaßt machen und ich freue mich, daß der Herr Staatssekretär sich auch nicht auf England, sondern nur auf den Dreieck bilden will. Wenn wir nun auch einer Vermehrung der Flotte nicht abgeneigt sind, so werden wir doch nur soviel bewilligen können, als unsere Versten bauen können, und wir werden nur so schnell bauen können, als wir dabei die Bemanningfrage lösen können. Unsere Flotte weist heute ausgezeichnete Qualitäten auf. Die wollen wir erhalten. Selbstverständlich dürfen wir nicht unterlassen, unser Landheer weiter zu halten und zu pflegen. Wir müssen ängstlich darüber wachen, daß uns die in den letzten Jahren beliebten Schwankungen in der Organisation des Landheeres nicht zum Schaden gereichen. Ich habe dabei hauptsächlich den Uebergang von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstzeit im Auge. Unsere Zukunft liegt auf dem Lande. (Hört! hört! links.) Auf der See können wir nicht vollkommen überwunden werden, dort sind wir nur schwer verwundbar. Vernichtet werden können wir, was Gott verhüten möge, nur auf dem Lande. Unsere Schwerkraft bleibt also beim Landheer. Wenn wir deshalb die hohen Ausgaben für die Flotte vor uns sehen, müssen wir die größte Vorsicht in unseren Finanzen walten lassen, und namentlich die Einzelstaaten müssen die größte Sparbarkeit beobachten. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf v. Bälou:

Ich bitte nochmals, über die Samoa-Angelegenheit einstweilen jede Erörterung zu vermeiden. Dem Herrn Vordrucker kam ich nur mit aller Bestimmtheit erklären, daß das Samoa-Abkommen keinerlei geheime Klauseln enthält, weder politischer noch wirtschaftlicher Natur, und daß wir keinerlei Verpflichtungen weder politischer noch wirtschaftlicher Art England gegenüber eingehen. (Lebhafte Bravo rechts.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

Graf Limburg-Stirum hat gemeint, ich hätte ihn und seine Freunde durch das Falllassen des Verbindungsvertrages enttäuscht. Ich habe aber in einem Organ der konservativen Partei gelesen: „Wenn Fürst Hohenlohe nicht die Aufhebung des Verbindungsvertrages bringt, muß er zurücktreten.“ (Große Heiterkeit.) Daß ich den Grafen Limburg enttäuscht habe, thut mir leid, daß ich aber alle seine politischen Freunde enttäuscht habe, kann ich nicht glauben. (Erneute Heiterkeit links.)

Schatzsekretär Herr v. Thielmann:

Die Herren Abg. Dr. Lieber und Graf Limburg-Stirum haben bemängelt, daß von den geschätzlichen Einnahmen der Post im Etatsanfrage nicht die Wirkung der Tarifermäßigung in Abzug gebracht worden ist. Es ist aber ein alter Grundsatz, daß solche Gesehe, die zur Zeit der Etatsvorbereitung noch nicht verabschiedet sind, bei der Etatsaufstellung nicht berücksichtigt werden. Tatsächlich wird bei eine kleine Verminderung der Posteinnahmen eintreten. Durch die Beseitigung der Konkurrenz der Privatposten und durch die Tarifverbilligung würden aber wieder erhöhte Verkehr und damit erhöhte Einnahmen herbeigeführt werden. (Hört! hört! links.)

Abg. Bebel (So.):

Ich fühle nicht das Bedürfnis, den Ausführungen des Grafen Limburg im einzelnen zu folgen. So weit es erforderlich, werde ich diese Kritik in die allgemeine Kritik des Etats einfließen lassen. Doch möchte ich ihn gleich auf einen schwächeren Widerspruch hinweisen, den er sich hat zu Schulden kommen lassen. Der Herr Graf hat von Reichstagsabgeordnete quasi opulente Wirtschaft im Reich im Gegenjahre zu Preußen vorgeworfen, er hat behauptet, wir gewöhnten mit vollen Händen. Wenn man seinen Anschlüssen aber folgen wollte, dann würden sich die gesamten Erparnisse, die sich daraus an Etat machen ließen, auf 4 bis 5 Millionen Mark belaufen. Auf der anderen Seite aber war der Herr Graf so bereitwillig, mit vollen Händen zu bewilligen, daß wenn es nach ihm ginge, die Forderungen der Regierung kaum reichen würden, um seinen Wünschen zu genügen. Nicht allein hat er bei den Forderungen des Auswärtigen Amtes ausdrücklich erklärt, er hat hoffe, daß hier der Reichstag keine Streichungen vornähme, er hat auch, soweit die damit zusammenhängenden Etats in Frage kommen: den Militär- und den Marine-Etat mit solcher Bereitwilligkeit zu bewilligen versprochen, daß wir sicher von ihm und seinen Freunden hier eine Erparnis nicht zu erwarten haben, so daß also der Etat so bleiben würde, wie er ist.

Auf die Reden der vier Herren, die gestern in einer bisher nicht gewöhnlichen Weise das Wort ergriffen haben, um Gegenstände zu erörtern, die mit dem Etat selbst in keinem näheren Zusammenhang stehen, werde ich im Verlauf meiner Rede eingehen. In erster Linie halte ich es für nötig, den Etat einmal selbst einer etwas schärferen Kritik zu unterziehen, als meine Vordrucker getan haben. Ein tieferes Eindringen in den Etat könnte Ihnen vielleicht die Rechnung nahe legen, gegenüber den neuen Flottenforderungen etwas sparsamer zu sein, als hier im Augenblick der eine oder andere geneigt sein mag.

Der Schatzsekretär hat ja gestern in rosa gemalt. Er fand mit einem gewissen Rechte Etat und Reichsfinanzen in voller Blüte. Aber schon vor 2 Jahren haben nicht nur wir, sondern auch Redner aus den bürgerlichen Parteien nachdrücklich betont, daß man sich nicht in Sorglosigkeit wiegen dürfe, daß auch diese Prosperitäts-Epoche einmal enden würde, die allerdings schon länger gedauert hat, als man nach früheren Erfahrungen annehmen zu dürfen glaubte, daß auf die Ueberflüsse eine Ebbe folgen könnte. Augenblicklich wirtschaften wir scheinbar mit Ueberflüssen, aber diese Ueberflüsse bestehen dem Herrn Schatzsekretär zwischen den Fingern. Aus der Ueberflussewirtschaft ist eine Defizitwirtschaft geworden, nicht seit heute, sondern schon seit Jahren. So auch diesmal. Wir haben es mit einer Anleihe von 70 Millionen zu thun. Wenn ein Privatmann in der Weise wirtschaftet, daß er trotz vortrefflicher Einnahmen von Jahr zu Jahr seine Ausgaben so steigert, daß er immer neue Schulden machen muß, dann würde er unter Kuratel gestellt, vielleicht ins Irrenhaus geschickt werden (Heiterkeit links), wenn ihn nicht gar der Staatsanwalt wegen leichtsinnigen und betrügerischen Bankrotts hinter Gefängniswänden bringt. Das kann dem Staat nicht passieren. Er hat bei eintretendem Defizit die Möglichkeit, die Steuerzahler heranzuziehen. Und so wird es geschehen, wenn einmal bei uns die Ueberflüsse anfordern. In den letzten zwölf Jahren, seit der gegenwärtig regierende Kaiser am Acker ist, haben wir kaum mit zwei schlechten Finanzjahren zu rechnen gehabt, das Reich aber hat seine Schuldenlast von 750 Millionen auf 2300 Millionen Mark erhöht. (Hört! hört! links.) Die Schuldenlast ist in diesem Zeitraum also um volle 200 Proz. und mehr geschleichen. Und nun sehen wir, wie im laufenden Etat gewirtschaftet wird, wie wir abermals trotz günstiger Einnahmen gezwungen sind, neue Anleihen zu machen, nun sehen wir, was für Riesensummen auf Grund des neuen Flottenplanes verlangt werden. — Die Rechnung, die Herr v. Thielmann aufgemacht hat, stimmt in gar keiner Weise, für die Rechnung gebe ich keinen Schuß Pulver. (Heiterkeit.) Rechnen Sie die sonstigen

Mehrausgaben hinzu, die aus der Natur unseres Staatswesens hervorgehen, wie es einmal geschaffen ist und wie Sie es geschaffen haben, und Sie werden finden, daß noch eine ganze Reihe Anforderungen an uns herantreten, die weit über das hinausgehen, was selbst im Augenblick für die Flotte gebraucht wird. Wir haben im gegenwärtigen Etat eine fortwährende Mehrausgabe in der Höhe von 107 Millionen Mark und eine einmalige gegenüber dem vorhergehenden Jahre von 30 685 000 M., obgleich der Mehrbetrag der Einnahmen 100 Millionen Mark aufweist. Die Materialbeiträge sind mit rund 226 Millionen normiert, die Ueberweisungen mit 514 Millionen; aber selbst bei diesem außerordentlich günstigen Etat beträgt das, was die einzelnen Regierungen weniger bekommen, als was sie an das Reich zu zahlen haben, nahezu 13 Millionen.

Auf die einzelnen Etatsmittel will ich mich nicht näher einlassen. Es sind einige wenige Mittel, die uns zu diesen immer steigenden Ausgaben verführen. Es ist wichtig, einen Blick auf die Entwicklung dieser Etats innerhalb der letzten zwölf Jahre zu werfen. Insbesondere ist es notwendig, dieselbe dem Centrum zu Gemüte zu führen, denn dies hat die Finanzgebarung der letzten zwölf Jahre ganz besonders auf dem Gewissen. (Sehr richtig! links.) Sie haben uns mit Schöpfeln zugemessen, wo früher die Rationalisten uns mit Raketen zu messen geneigt waren. (Heiterkeit.) Sie haben den Bewilligungseifer und die Bewilligungsfreudigkeit der Rationalisten übertrieben, und wenn ich aus der heutigen Rede des Herrn Dr. Lieber einen Schluß ziehen darf, so ist es der, daß Ihr Bewilligungseifer viel größer ist, als ich vor dieser Rede angenommen habe. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls steht das Eine fest, daß die uns nicht unwillkommene Erwartung, daß der Reichstag nach Hause geschickt wird, weil er nicht bewilligt, leider nicht in Erfüllung geht. Sie und besonders das Centrum werden bewilligen, was man verlangt.

Rechnen wir nun einmal den Militäretat, wie er sich in den letzten 12 Jahren gestaltet hat. Wir haben im Laufe dieser Jahre ein Plus von 188 1/2 Millionen oder rund 51 Proz. Ich habe bereits im vorigen Jahre einmal angeführt, daß in einem Zeitraum von 10 Jahren das Deutsche Reich für Militär- und Marinezwecke nahezu 1700 Millionen mehr ausgegeben hat, als in den 10 Jahren vorher. In dem diesjährigen Marine-Etat haben wir ein Mehr von rund 7 1/2 Millionen oder genau 99 Proz. gegenüber dem von 1888.

Noch schlimmer wird die Steigerung auf dem Gebiete der Reichsschuld. Dieselbe hat sich in zwölf Jahren um 161 Proz. vergrößert.

Der Pensionsfonds hat sich um 140 Proz. vergrößert. (Hört, hört! links.) Halten Sie nun dagegen, daß sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches in diesen zwölf Jahren um höchstens 14 Proz. gesteigert hat. Zögern Sie die Steigerung des Nationalreichtums so hoch, wie Sie wollen, so stark ist sie nicht, daß diese ungeheuren Ausgaben in irgendwelchem Verhältnis zur gestiegenen Wohlhabenheit des gesamten Volkes gebracht werden können. (Sehr richtig! links.) Wahrhaftig, das sollte Ihnen zu denken geben. Unsere besondere Aufmerksamkeit zu fesseln sind zwei Posten im Pensionsfonds ganz besonders geeignet, nämlich die Pensionen für die Armee und die für die Marine. Während dieselben fortwährend steigen, finden wir dagegen die auffallende Thatfache, daß die Pensionen des Zivilstandes nicht eine Steigerung, sondern eine Verminderung in diesem Jahre erfahren. (Hört! hört! links.) In der Armee beträgt die Steigerung der Pensionen 4,8 Proz. gegenüber dem Vorjahre; und ganz allgemein wird geflagt, daß eine Menge durchaus tüchtiger, rüstiger Leute in verhältnismäßig jungen Jahren zu einem mäßigen Leben gezwungen werden. Auf der anderen Seite erüben wir freilich, daß die Herren eine Thätigkeit entfalten, die geradezu überraschend genannt werden muß. (Sehr richtig! links.) Ich habe mich schon gefragt, ob zwischen der Steigerung des Pensionsfonds und der agitativen Thätigkeit vieler Offiziere für die Flotte ein gewisser Zusammenhang besteht. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Es scheint fast, als habe man Agitatorenmaterial nötig gehabt und zu diesem Zwecke eine größere Reihe von Offizieren pensioniert, damit diese Propaganda für die neue Flottenvorlage betreiben können. (Zustimmung links.) Ich bin durchaus nicht mit dem Kollegen Lieber einverstanden, daß, wenn man, statt diese Agitationen im Lande zu entfachen, höflich zu uns gekommen wäre, die Aufnahme im Reichstage eine freundlichere gewesen wäre. (Zuruf.) Ich bin vielmehr der Meinung, daß die Freunde dieser Flottenvorlage sehr geschickt agitiert haben. Alle diese Reden von der höchsten und von anderen Stellen mußten gehalten, das Publikum mußte bearbeitet werden, man mußte die Angeordneten bearbeiten, damit sie schon in milder Stimmung in den Reichstag kämen. Ich komme darauf zurück. Hier habe ich mich zunächst mit unseren Kolonien zu beschäftigen.

Der Schatz dieser Kolonien spielt ja auch in der neuen Flottenvorlage eine außerordentliche Rolle. An den Kolonien haben wir nicht nur weiß was zu verlieren. Ich glaube noch heute, wie früher, daß, wenn wir eines Tages alle unsere Kolonien verlieren werden, der größte Schaden darin besteht, daß alles das verloren ist, was wir für die Kolonien ausgegeben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was haben wir für diese großen Ausgaben, insbesondere für Afrika und für die neu erworbenen Karolinen, für die ein Preis gezahlt wurde, wie ihn sonst kein verständiger Mensch in der Welt bezahlt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir Deutschen schwimmen ja im Golde! Wir müssen Kolonien haben, koste es, was es wolle. Wir wollen sie haben, da bezahlen wir es also gut. Die für die Karolinen bezahlten 17 Millionen sind einfach weggebrochenes Geld. Was bei glücklicher Bewirtschaftung aus der Kolonie herauszuschlagen ist, deckt nicht einmal die Zinsen der Kaufsumme, geschweige die Unterhaltungskosten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kolonien kosten uns in diesem Etat ohne Zinsausgaben 14 788 000 M.; weiter sind aber 2 Millionen eingesetzt an Ueberführung früherer Etats. Dazu kommt die Dampfersubvention, die Kosten für das Stationieren der Schiffe. Rechnen wir weiter an, daß Kaufschon 9 780 000 M. erfordert, dann haben wir einen Kolonialetat für das kommende Jahr von über 30 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) während der ganze Handel Deutschlands mit den Kolonien an Einfuhr 4 617 000 M., an Ausfuhr 10 149 000 M. beträgt. Darunter befinden sich die Lebensbedürfnisse der Schutztruppen. Ziehen wir das ab, so ist der Bedarf der Kolonien mit 2 Millionen vollständig gedeckt. Der Handelsverkehr betrug zusammen 14 706 000 M. gegen einen Gesamtbedarf von 9 450 Millionen Mark. (Hört, hört! bei den Soc.) Die Aus- und Einfuhr unserer gesamten Kolonien bildet also nur den 700. Teil des Gesamthandels Deutschlands. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun frage ich Sie, was geben wir also für die Erhaltung des gesamten Handels aus im Vergleich zu dem, was uns die Kolonien kosten! Das ist ein so miserables Geschäft, daß sich kein Kaufmann darauf einlassen würde. Der Herr Schatzsekretär v. Thielmann hat gestern gesagt, unser Handel nach Kiautschow habe bereits erfreuliche Ausdehnung gewonnen. Er hätte nur Zahlen nennen sollen. Aber auch diese würden uns nicht haben überzeugen können. Natürlich herrscht ein gewisser, vergleichsweise lebhafte Verkehr dort, seitdem Deutschland Schantung im Besitze hat. Wir haben eine Garnison von 1700 Mann, viele Beamte, auch Kaufleute haben sich dort niedergelassen, eine Reihe von Ingenieuren sind dorthin geschickt, um dort zu versuchen, wie es mit dem Eisenbahnbau geht, kurz die europäische Bevölkerung dort beläuft sich auf mindestens 2000 Köpfe. Daß sich dort ein gewisses Erwerbsleben entwickelt und daß die Leute dort Geld verdienen, ist klar, nur thun sie es leider auf Reichskosten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat sich gegenüber den früheren sehr günstigen Verhältnissen des Seelapitans Franzus über die Gesundheitsverhältnisse in Kiautschow herausgestellt, daß die sanitären Verhältnisse dort sehr

traurige sind, daß Klautschon ein wahres Fieberneß für unsere Soldaten geworden ist. Infolgedessen hat sich auch allmählich der Eifer bei den Soldaten abgeschwächt, die sich nicht mehr so häufig melden, um nach den Kolonien zu gehen. Dafür scheint mir ein Circular zu sprechen, das ich heute in einem Partei-Blatt abgedruckt finde. Es geht von der Marine-Inspektion aus und ist an sämtliche gelesefähige Zeitungen vertrieben. Wunderbarerweise auch an mehrere sozialdemokratische Blätter. (Große Heiterkeit.) Hierin werden die Redacteure „ganz ergebenst gebeten“, womöglich im Wortlaut einige Male „kostenlos“ eine Aufforderung aufzunehmen, wodurch Soldaten nach den Kolonien gehen werden sollen. Daß man zu solchen Mitteln greifen muß, spricht dafür, daß der An-

drang der Mannschaften zu diesen Truppenteilen ein sehr mäßiger ist, und ich fürchte, daß, wenn die Mitteilungen über den Gesundheitszustand dort weiteren Volkskreisen bekannt werden — insbesondere hat ja die „Frankfurter Zeitung“ am vorgezogenen Tage eine sehr ausführliche und außerordentlich unglückliche Bericht gebracht — daß es dann der Marine-Verwaltung noch weniger gelingen wird, Mannschaften für Kaufhäuser zu bekommen. Dies ist wieder ein Zeugnis, eine wie zweifelhafte Sache unsere Kolonien sind. Ich muß heute mit allem Nachdruck hervorheben, daß der Handel Deutschlands in den letzten zwei Jahren in Ostasien sich nur mit Mühe und Not auf seiner Höhe gehalten hat, daß nach Ansicht vieler Sachverständiger bei den dortigen Konkurrenzverhältnissen, insbesondere der mächtigen Konkurrenz der Vereinigten Staaten Deutschland Mühe haben wird,

den Bestand seines Ein- und Ausfuhrhandels in Ostasien aufrecht zu erhalten und daß es außerordentlich schwer sein wird, ihn zu erhöhen, trotz der großen Ausgaben.

Tauschen wir uns nicht darüber: Der deutsche Handel hat gewiß riesenhafte Fortschritte gemacht. Das erkennen wir gern an, und diese Fortschritte sind ein Zeugnis für die Tüchtigkeit der deutschen Kaufleute und für die Tüchtigkeit der deutschen Hand- und Kopsarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir behaupten aber, zu diesem riesenhaften Wachstum des deutschen Handels hat unsere Flotte nichts beigetragen.

(Schluß siehe Hauptblatt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 13. Dezember.
Opernhaus. Lucia von Lammermoor. Anfang 8 Uhr.
Opernhaus. Ein Sommer-nachstramm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probierkandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Josephine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Bergab! Alkanor. Seine Heier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Viel Lärm um nichts. Anfang 8 Uhr.
Neues. Gegen den Strom. Anfang 7 1/2 Uhr.
König. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneeweißchen und Rosenrot.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Buch und Reichenbach. Vorer: Die Richtige. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Erdbeber. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gelinder Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Venus von der Westküste. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Schauspiel des Schiller-Theaters. Vorer vom Schiller. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten - Vorstellung. Mund um Berlin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Aufnahme im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hranis. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Zandorf. 48/49. Im Theater: Transvaal. Vorer: Der dunkle Erdteil. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

Wittwoch, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Aufführung in 3 Aufzügen von William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Neu einstudiert: **Das Käthchen von Heilbronn.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Central-Theater

Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent. Von C. Müllers.

Thalia-Theater.

Tel. Amt Va 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Sachliche Woche:
Der Platzmajor.
Thomas, Thielecher, Holmerding, Junkermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Platzmajor.
Freitag, den 15. d. M., zum Weken der Zeitung: „Nationalbank für Veteranen“, einmalige Aufführung von: „Der Millionenbauer“.
Sopfe: Emil Thomas.

Palast-Theater

über Feen-Palast, Burgstr. 22.
Nur noch bis Sonntag das riesengroße erstklassige **Weihnachts-Programm!**
The Alfredd. Olympische Spiele. Rivers singende Krieger.
La belle Theresita, Selbstmörderin.
Tilly Perry, Careton, Helene Voss.
Ein Morgen in Süd-Afrika.
Urkundliche Pantomime von der Ballett-Truppe.
Ren! Ren!
Heute von Heute.
Große Berliner Totaltheater mit Gesang.
Kiebitz, Witz, Heibel.
Anfang: 7 1/2 Uhr. Leistung: 6 1/2 Uhr.
Vorstellung in den Ritz-Theater-Gebäuden. Sonntag, den 17. Dezember letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Transvaal.
Vorer: Der dunkle Erdteil.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu!
Anatomisch-Museum.
Dienstags für Damen.
Passage-Theater.
Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorst. 7 Uhr. 15. erstklass. Deb.

CASTANS PANOPTICUM

Gr. Weihnachts-Ausstellung
mit Berliner Weihnachtsmarkt (Schlossplatz) im 18. Jahrhundert.
Im Theater-Saal:
Zindarella.
Die Weihnachts-Beschreibung. Die heilige Familie. Konzert einer Damenkapelle. Der Wunderhund „Schimmel“.
Die Boeren.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Weltuntergang.
Großes Anschauungsstück mit Gesang in 3 Akten (13 Bildern) von Dr. Carl Weiss und Prof. Till. Musik von H. Richter. Singschüler haben Gültigkeit. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel u. 7 Uhr an Frankfurterstr. Um den Wänschen vieler nachzukommen, habe ich einen Club von Weihnachts-Kindern eingerichtet und zwar finden diese Vorstellungen abends statt. Am Donnerstag beginnt der Club für Jung und Alt mit **Dorrröschchen.**
Januar-Märchen mit Gesang in fünf Bildern von Golden-Häcker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Preise der Plätze: Gallerie 20 Pf., II. Parterre u. II. Rang 30 Pf., I. Parterre von der 17. Reihe und I. Rang 40 Pf., I. Parterre 1-7. Reihe 5 Pf.,loge 1 M.
Freitag zum letztenmale: Der Weltuntergang.
Sonabend: Aichenbrödel. Januar-Märchen mit Gesang.
Sonntag: Schneewittchen und die sieben Zwerg.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Heute Mittwoch geschlossen.
Morgen, Donnerstag: „Landwehrmanns Weihnachten“.
Nachher TANZ.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Liane de Vries.
Das brill. Dezbr.-Specialität.
Programm.
Um 7/9 Uhr:
Rund um Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
„Tenoristen-Vogel“.
Tagesstücke 11-1. Anf. vorh. 8 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
„Tenoristen-Vogel“.
Tagesstücke 11-1. Anf. vorh. 8 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
„Tenoristen-Vogel“.
Tagesstücke 11-1. Anf. vorh. 8 Uhr.

Achtung! Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhaus, Vinculstr. 5:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Notwendigkeit und Kapitalprofi. Referent: Genosse Rechtsanwalt Dr. Karl Nieblich. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten - Wähler haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Socialdemokratischer Wahlverein für Cetzow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

Freitag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
in der „Gambrius-Brauerei“, Wallstraße 94.
Tages-Ordnung:
1. Die letzten Stadtergebnisse. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Neuwahl derselben. 4. Bericht des...
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branche der Korbmacher.
Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
bei Wilke, Andreadstraße 26.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Mothes, Süssenteich 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein.
Der Vorstand. J. A. Ferdinand Ewald.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 5 1/2 Uhr:
Oeffentl. Versammlung der Töpfer
Berlins und Umgegend
bei Flebig, Große Frankfurterstraße 28.
Abrechnung vom Streit. Ergänzungswahl der Wahlkommission. Unsere Taktik im nächsten Jahr zur Aufrechterhaltung des Tarif.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: H. David.

Berliner Rettungsgesellschaft.

Am Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, findet in dem großen Saal des Langenbischens, Flegelstraße 10/11, die **Ordentliche Generalversammlung** statt, zu welcher jedes Mitglied Zutritt hat.
Tagesordnung:
1. Bericht und Rechnungslegung des Vorstandes. 2. Wahl von zwei Rechnungsrevisoren pro 1899/1900. 3. Beschlußfassung über das anzuliegende (mit den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Übereinstimmung gebrachte) neue Statut. 4. Wahl von 12 Mitgliedern zum Verwaltungsrat gemäß den Bestimmungen des Statuts.
Wichtigkeitsfrage legitimiert.
Die Revisor-Kommission. J. A.: G. Liebenow.

Cirkus Busch.

Heute, Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.
Elite-Abend.
Gala-Programm.
Zum 14. Male:
Die Camorra.
Von der gefangenen Presse als das größte und imposanteste Sensations-Schauspiel. Hunderttausende erwartet.
Anderem: Start u. Milton, Radoze auf dem Rachen Red. Herr Burkhart-Hoastil als Schurker. Dreieckspain: Heischen aus dem Buch, große Schulausstellung, geritten mit 16 Schulpferden. Oscar-Glowen Daniels als Champion-Borer. Pränkeln Martha Robuste, Schulkreier.
Am Sonntag, den 24. Dezember (Heiliger Abend): Zwei große Vorstellungen: Nachmittags 3 Uhr und abends 6 Uhr, Ende präz. 8 Uhr.
Der Cirkus ist sehr gut besucht und vor Zug geschlossen!

Apollo-Theater.

Nur noch kurze Zeit:
Brüder Willé. Mary Werder. The Gothams. Cäcilie Carola
und das vorzügliche Specialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung:
Im Reiche des Indra.
Vorverkauf täglich im Theater, beim „Kasselerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21.
Täglich:
„Mit vollen Segeln“.
Lebensbild
in 3 Akten von Hugo Schulz.
Vorer: Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons montags gültig.

Cirkus Alb. Schumann.

Heute, Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch 5 Tage: Die Original-Transvaal-Boeren.
Zum Schluß zum 25. Male: Der erste Schläger der Saison. Größtes Ritterkutschspiel.
— mit sämtlichen Einlagen —
Donnerstag, den 14. Dezember: Genossenschaft für die Original-Transvaal-Boeren, gleichzeitig zu Gunsten der Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes nach dem südafrikanischen Kriegsschauplatz.
Freitag, den 15. Dezember:
Wohltätigkeits-Vorstellung
für den National-Dank der Kriegsveteranen.

W. Noacks Theater.

Wronnenstraße 16.
Die beiden Reichenmüller.
Vollständigt mit Gesang in 4 Akten von Anton Anso.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzfräulein.**
monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe u. Mod. Temporowski, Schneidermeister, Reanderstr. 16, II., an der Annerstr. (Auch bar Kassa billige Preise.)

Teilzahlung

Blanc Anzüge,
Handlich 3.00 bis 4.00 M.,
Gardblau Dress oder Körper-Anzüge 4.50 M.
Praktische Weihnachts-Geschenke
Adolf Wecker, Berlin, Molkenmarkt 8.

Tischler-Verein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied 199/11 **Hermann Glaab** am 10. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute nachmittags um 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Poppel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung erwidert.
Der Vorstand.

Danksagung.

Allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, welche unserem lieben Bruder und Schwager **Karl Hase** die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere Herrn Scholz und Kollegen, sowie dem Verein der Töpfer Berlins und Umgegend für die schönen Kranzspenden meinen herzlichsten Dank.
Gebrüder Hase, Anna Wittberner.

Aufforderung!

Die Mitglieder des Naturheilvereins IV „Grundmann“ werden gebeten, am Donnerstag, den 14. d. M., 8 1/2 Uhr abends, in Wilkes Restaurant wegen einer wichtigen Kassensangelegenheit pünktlich zu erscheinen.
Achtung! Achtung!
Für gef. Nachricht, daß mit das von Herrn Grundmann bisher geleitete Kurbad, Magazinstr. 17, vom 1. Dezember übernommen und vollständig renoviert haben. 1358/9
Dasselbe steht unter guter Leitung.
Ergebenst
J. Kasse und G. Müller, prakt. Naturheilbündige.

Achtung, Brauer!

Der Kirschenwäldchen und die Herberge der Brauer Mänschen befindet sich von heute an im Restaurant Feudt, Goethestr. 17, u. d. Centralbahnhofs. 1287/8
Die Oberbergschmiede.

American-Theater.

Dresdenerstr. 66. Dir.: Emil Schnobl.
„Berlin ulkt!“
und 10 erstklassige Debats.
In Vorbereitung:
„Berliner Roulotte“.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Papageienkauf

seiner Kanarienvogel, lieblichste Dombastler, alle Sorten Waldvögel, Papagei u. Vogelbauer auch patienten Ständer, wende sich an den allbekannt Papageienhändler **J. Didakowsky**.
II. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 75. Strausbergerstr. 14.
Prämiiert mit goldenen Medaillen und dem Ehrenpreis der Stadt Berlin.

Natur-Heilverfahren.

Gaut, Garm u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Betriebsübung. 3188/9
R. Wagner, Weststraße 23, 9-25-9, 21-9-2

Oberbruch-Mast-Gänge

erhalten wir täglich frisch geschlachtet und stellen solche zum billigen Preise zum Verkauf. 3145/6
A. Klein & Co., Markthalle Wedding, Stand 19.

Naturheilverfahren.

Ich heile
ohne Bernstführung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nerven- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung. 3045/6
Fr. C. Henke,
Rathenowerstr. 49, 1. Ecke Perlebergerstrasse.
Sprechstunden 9-2, 5-9, Sonntag 9-2. Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Grosser Weihnachts-Ausverkauf

Prachtvolle Teppiche
von M. 4.50 an

Reizende Portieren

von M. 1.50 an

Schöne Gardinen und Stores

von M. 2.50 an

Elegante Steppdecken

in Wolle u. Seide, alle Farben, von M. 4.50 an

Wundervolle Tischdecken

in Wolle und Plüsch von M. 3.- an

Praktische Läuferstoffe

in Zwirn, Wolle und Plüsch von M. 0.45 pro Ritz. an

Kostbare Angora- und Ziegenfelle

von M. 1.50 an

Herrliche, künstlerisch ausgeführte französische Gobelins

von M. 1.- an

Dieser Ausverkauf

gibt meiner werthen Kundenschaft außerordentliche Gelegenheit zur billigen Beschaffung praktischer Weihnachtsgeschenke.

I. Adler

Teppichhaus.
Special-Haus grössten Stils
Königsraße 20-21.
(Dicht am Rathaus.)
Sonntags geöffnet.
Telegramm-Adresse: **Teppichadler.**
Telephon: 5. 3372.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung wegen Herabsetzung der Gaspreise hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtv. Heilmann die Angelegenheit beraten, jedoch nicht zu Ende geführt, vielmehr dieselbe auf 14 Tage vertagt. Im Laufe der Debatte sind folgende Anträge gestellt worden: 1. Einen Einheitspreis von 12 Pf. einzuführen; 2. für technisches Gas bis 1. April 1905 den Satz von 10 Pf. beizubehalten, sofern die Konsumenten ihren Wohnsitz beibehalten; abgesehen von dieser Uebergangszeit soll der Einheitspreis von 12 Pf. eingeführt werden; 3. am 1. April 1900 den Preis für Leuchtgas auf 14 Pf. pro Kubikmeter festzusetzen, den für Kochgas auf 10 Pf. zu belassen; 4. zwecks allmählicher Einführung von 12 Pf. für einen Kubikmeter, sei bei Aufstellung des Etats von 1900—1902 der Preis von 15 Pf. resp. 11 1/2 Pf. und von 1903 der Einheitspreis von 12 Pf. zu Grunde zu legen.

Lokales.

Flottenvorlage und Kapitalprofit. Ueber dies Thema spricht Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht Donnerstagabend 8 1/2 Uhr in der im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, vom Wahlverein des 8. Wahlkreises anberaumten Versammlung. Gäste haben Zutritt.

Wahlverein des dritten Kreises. Gestern Abend 8 Uhr in Feuersteins Festhale (Inhaber Martin Herzberg), Alte Jakobstr. 75, Versammlung. Genosse Georg Wagner hält ein Referat über den „Einfluss der ärztlichen Ehrengerichte auf die Krankenkassen“. Gäste haben Zutritt. Eintritt frei. Der Vorstand.

Zweierlei Wahrheit.

In der Gemeindefchule werden Tag für Tag beknäpft ein bis zwei Stunden der so schon beschränkten Lehrthätigkeit auf die Erhaltung der Religion verwendet. Besondere Sorge von besanntem geistvollem Inhalt, Katechismus und biblische Geschichten nehmen im Lehrplan einen so großen Raum ein, daß 14jährige Knaben und Mädchen demnach den Kopf schütteln ob der so nutzlos angewendeten Mühen, sie in dieser gottlosen Zeit zu frommen Christen orthodoxer Observanz zu erziehen. Denn auf die Rechtigläubigkeit kommt es besonders an. Daß nur die mosaische Schöpfungsfrage den Kindern als bombensichere Wahrschickel gepredigt werde — daß nur sein Lichtstrahl neuerer Naturerkenntnis die jungen Köpfe zum Zweifel anitere!

Etwas anderes ist es um die höheren Schulen. Nicht allein, daß sich dort der Religionsunterricht auf zwei Stunden in der Woche beschränkt, man hegt auch eine gewisse Scheu vor der Denkfähigkeit, der Kritik der Schüler; mag der Lehrstoff an sich auch noch mit vielem zopfigen Bombast besetzt sein.

Wie wenig die absolute Willkür, die dem Volksschüler als höchstes Ziel des Strebens zugemutet wird, beim Gymnasialisten als Voraussetzung gilt, lehrt ein Blick in den neuesten „Mentor“, den an höheren Schulen Deutschlands viel verwendeten Notizkalender für Schüler. In dem Büchlein ist neben anderen Aufsätzen auch ein Artikel enthalten, der vom Alter der Erde Kunde giebt. Darin heißt es lak und frisch:

Die Frömmigkeit unserer Vorfahren setzte die Schöpfung der Erde auf einige tausend Jahre vor dem Beginn unserer Zeitrechnung. Wenn das erste Menschenpaar am sechsten Schöpfungstage geschaffen wurde, dann war es an der Hand der Geschlechtsregister, welche die Bibel sehr genau darlegt, nicht schwer, sogar annähernd das Alter des großen Schöpfungsaktes zu bestimmen. . . Natürlich giebt es dafür, selbst wenn man der Bibel unbedingte Beweisraft beilegt, keinerlei bündige Beweise; denn auch die auf die Angaben der Bibel begründeten Rechnungen sind nicht frei von Willkür. Immerhin wären nach diesen Angaben, wenn man sie gelten ließe, gewisse Wahrscheinlichkeitsgrenzen zu ziehen, innerhalb deren sich das große Ereignis der Erdschöpfung abgespielt haben mußte, und die äußersten Grenzen erstreckten sich höchstens auf 5000 bis 6000 Jahre von der Geburt Christi zurückgerechnet. Das war und blieb und ist zum Teil noch jetzt die Ueberzeugung vieler vom Alter der Erde. Daß dem Weltkörper, auf dem wir wohnen, aber ein viel, viel größeres Alter zuzuschreiben ist, dafür liegen tausend unanfechtbare Thatsachen vor, die bei Beurteilung der Frage nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, wenn man nicht auf den höchsten Vorzug des Menschen, das Denken, Verzicht leisten will.

Dies keine Brocken wird unsern Lesern immerhin recht interessant gewesen sein. Im Zeitalter Darwins gelte dem höheren Schüler die naturgeschichtliche Erkenntnis der Besten als Wahrheit. Dem Volksschüler aber möge die Sage, daß Gott der Herr vor 6000 Jahren die Welt in sechs Tagen erschaffen, als Wahrheit eingeleitet werden. Wann werden die Herren, die derartige zu verantworten haben, die Nutzlosigkeit ihrer orthodoxen Mühen einsehen lernen? Wann werden sie begreifen, daß die Irreligiosität keine bessere Nährmutter hat, als die Orthoborie?

Eine Gedentafel für Heinrich Heine wurde gestern an dem Hause Laubensstraße 32 angebracht. Nach den Angaben von Strotdamm wohnte Heine in dem Haus, das sich früher an dieser Stelle erhob, im Jahre 1823. So trägt denn die Tafel, die aus grünem Schenit gefertigt ist, auch die Inschrift: „Hier wohnte 1823 Heinrich Heine (geb. 13. Dezember 1797, gestorben 17. Februar 1856). Der Stifter der Tafel ist derselbe Bürger Berlins, der am Nachbarhause auch die bronzene Gedentafel für Ernst Theodor Amadeus Hoffmann anbringen ließ.

Heine wohnte in Berlin zuerst in der Behrenstraße 71, dritte Etage, dann wenige Tage unter den Linden 24, später Laubensstraße 32 und zuletzt in der Rauerstraße, unweit der Französischen Straße.

Der Winter in Berlin. Die Kälte hat am Dienstag noch zugenommen. In den Vororten zeigte das Thermometer morgens bei klarer Luft 14 Grad Celsius unter Null; in der Stadt waren 12 Grad Kälte.

Lebhafte Empörung erregte es im Publikum, daß der Accumulatorbetrieb der Großen Berliner — die Bahnen von Siemens und Halske funktionierten vorzüglich — die gar nicht einmal sehr starke Schneeschicht nicht zu meistern vermochte, vielmehr am Montagabend und auch noch am Dienstag auf das kläglichste versagte. An anderen Orten hat bisher gerade bei starkem Schneefall der elektrische Betrieb sich in jeder Beziehung bewährt; in Berlin tritt bei der ersten Probe heilloser Wirrwarr ein.

Wann werden endlich die städtischen Körperschaften, die sich ja allerdings vor einem Jahre mit wahrer Inbrunst fast aller Rechte der profitwütigen Gesellschaft gegenüber begeben haben, wann werden sie endlich das Recht ihrer Macht verwenden, um der Gesellschaft klar zu machen, daß sie auch noch andere Aufgaben hat, als Dividenden einzuhelmen und Arbeiter zu hülend?

Am Dienstag wurde der Straßenbahnbetrieb ganz erheblich eingeschränkt. Auch die Pferdebahnen gerieten häufig ins Stoden. Viele Einspannerwagen wurden außer Betrieb gestellt, dafür verkehrten Zweispänner, vor die aber drei Pferde gelegt werden mußten. Auf der Linie Götlicher Wohnhof — Savignypfad hatten es die Pferde besonders schwer. Die Tiere konnten die großen Berdrehungen bei den Haltestellen kaum anziehen und fast jeder Wagen blieb unterwegs vorübergehend liegen. Besonders an den Waidensteigungen hielt es wieder, ganz wie gestern, schwer, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Bald blieb ein Accumulatorwagen, bald ein großer Pferdebahnenwagen mit Dedfugen, oder ein hochbeladener Rollwagen auf den Gleisen liegen. Passanten bewerteten sich über die unerhörte Thierquälerei vielfach auf den Polizeiwagen, doch waren die Revisorvorfände nicht an der

Rage, Abhilfe zu schaffen. — Von 1 Uhr nachts ab mußten die sämtlichen Accumulatorwagen, soweit solche noch betriebsfähig waren, die stehengebliebenen Wagonkolosse nach den Depots schleppen. Dies dauerte bis 4 Uhr morgens.

Die Stadibahnzüge hatten unter dem Einfluß des Frostes meistens Verspätung. Auf den Stationen sammelten sich unterdessen ungewöhnlich viel Passagiere an, und wenn dann ein Zug einlief, war er vielfach ganz besetzt, so daß ein Teil des Publikums noch länger warten mußte. Immerhin funktioniert der Stadibahnbetrieb bedeutend zuverlässiger als der elektrische.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz in den Stadtbahnhöfen 95—97 bieten bei der strengen Kälte der letzten Tage den Zufluchtsort und die Erholungstätte für Tausende armer Leute, die sonst dem Wind und Wetter schutzlos preisgegeben wären. Außer dem Aufenthalt in sauberem, geheiztem Raum erhalten die Besucher der Wärmehallen reichliche Portionen Kaffee, Suppe und Gebäck für zwei bis sieben Pfennig und — was sie als besonders große Wohlthat empfinden — kostenlose Reparatur ihres Schuhwerks.

Der Schneefall ist für den diesjährigen Christbaumarkt bezüglich der Preise einschlagend geworden. Die Anfuhr der Bäume ist noch eine mäßige und deckt den Bedarf noch nicht. Viele Großhändler hatten Vorkellungen getroffen, um sich eventuell noch Wagenladungen von Bäumen nachkommen zu lassen. Diese Absicht ist nunmehr gescheitert. Wie nämlich eingelaufene Telegramme aus dem Harz, Thüringen und Bayern besagen, sind in den letzten Tagen dort so gewaltige Schneemassen gefallen, daß an ein Fällen und Fortschaffen von Bäumen nicht mehr zu denken ist. Es wird daher mit hohen Preisen für Christbäume zu rechnen sein.

Bei 15 Grad unter Null hat unsere Spree seit langen Jahren zum erstenmal wieder in Berlin eine Eisdede aufzuweisen. An der Friedrichsbrücke, dem Schiffbauerdamm, sowie auch oberhalb der Jannowibrücke war der Flußlauf mit einer leichten Eisdede überzogen. Der Schiffahrtsverkehr, der Montag noch ziemlich reger war, wurde infolgedessen gestern völlig eingestellt. Auf der Oberspree waren Dampfer beschäftigt, eine Fahrstraße für Rortellabne herzustellen. Der Riggelsee war gestern früh fast gänzlich gefroren und nur innerhalb der Spreetrommung sowie am Rahnsdorfer Gemünde war das Wasser noch eisfrei. Auch der Spandauer Schiffahrtskanal zeigt eine ziemlich starke Eisdede.

Ununterbrochen laufen neue Meldungen von Unfällen durch den gestrigen Schneefall ein. Der Sattlermeister Ernst O. Widenstraße 55 wohnhaft, stürzte beim Verlassen seiner Werkstätte so unglücklich, daß er sich die rechte Schulter ausdoh. Die Unfallstation am Grünen Weg leistete in diesem Falle erste Hilfe. — Der 55jährige Rudolf K., Anklamerstraße 3 wohnhaft, stürzte in der Schönhauser Allee und brach sich den rechten Unterarm. Der Mann wurde in die nahegelegene Unfallstation gebracht, wo ihm erste Hilfe geleistet wurde. — An der Köpenickerbrücke ereigneten sich fast gleichzeitig zwei bedeutendere Unfälle. Eine Dame, Frau E., stürzte und zog sich einen Armbruch zu; ein Kaufmann, Herr Sch., zog sich im Sturze eine Schulterverrenkung zu. Unfallstation III leistete erste Hilfe. — In der Schönhauser Allee stürzte ein kleiner Junge, welcher eine Kutsche trug. Ein Eberden der Kutsche drang dem armen Kinde in das rechte Augenlid, wodurch eine drei Centimeter lange Wunde entstand. Der Kleine wurde nach der Unfallstation gebracht, wo ihm das Augenlid vernäht werden mußte, eine außerordentlich schwierige Operation. — Ein ähnlicher Unfall widerfuhr in der Nähe des Zoologischen Garten dem Arbeiter F. aus der Mariensfelderstraße. Er stürzte und zog sich eine zwei Centimeter lange Schnittwunde des Augenlides zu.

Die Hochbahn. Nach einer durch den Arbeitsminister ergangenen Antwort auf ein Immediatgesuch an den Kaiser gegen die Kampenanlagen der elektrischen Hochbahn auf dem Kollndorffplatz hat der Kaiser durch Erlass vom 4. Dezember die Ueberführung der Hochbahn in eine Unterflurhochbahn auf dem Kollndorffplatz und der Kleiststraße bis zu ihrem Treffpunkt mit der Eisenacher- und Courbièrestraße sowie die Fortführung der Unterflurhochbahn unter der Kleiststraße, dem Wittenbergplatz, der Tauentzienstraße, dem Auguste Victoriaplatz und der Hardenbergstraße genehmigt. Etwaige Einwendungen dagegen seien in dem durch § 17 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 vorgeschriebenen Verfahren geltend zu machen.

Ausrempelung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Lieber. Als gestern mittag vor Beginn der Reichstagsitzung der Abg. Dr. Lieber das Reichstagsgebäude betreten wollte, wurde er von einem ansehend geistesgestörten Manne angegriffen. Der Thäter verfehrte Herrn Dr. Lieber mit einer Peitsche einen leichten Hieb über das Handgelenk. Der hinzukommende Generalstabsarzt v. Viebahn veranlaßte die Verhaftung des Thäters. Dieser wurde als der Verlagsbuchhändler Adolf Brand aus Neu-Nahndorf festgesetzt, der sowohl in der von ihm verlegten Zeitschrift „Der Eigene“ als auch kürzlich auf der Reichstagstribüne durch Verteilen von Flugblättern gewaltfam die Augen der Öffentlichkeit auf sich zu lenken suchte.

Herr Theodor Reuß, der früher von der Berliner politischen Polizei mit einem festen Monatsgehalt von 450 M. als Späbel angestellt war, hat sich jetzt der Kunst ergeben. Unter dem Namen Berliner Gesamtagstpiel Walben-Jordan eröffnet eine Schauspielergesellschaft, wie der „B. V. C.“ meldet, nächsten ein Gastspiel in Stargard. Administrativer Leiter der Gesellschaft ist Herr Theodor Reuß. Obgleich die fetten Jahre für diesen Ehrenmann vorbei sind, hat man doch vor ihm auf der Hut zu sein.

Kinder-Volksschule. Am Mittwoch, den 13. d. M., 12 Uhr mittags wird die Kinder-Volksschule für den Südwesten, Färbringerstraße 18, eröffnet werden. Gesuche um Preispeisung armer Kinder sind an den Bezirks-Vorsitzenden Herrn Dr. Rindskopf, Preisenstr. 26, oder an die Vorsitzerin, Frau Ratzzimmermeister Hofmann, Bergmannstr. 102, zu richten.

Der Tollwut erkrankt ist ein Stellenbesitzer in Neustadt in Oberschlesien, der sich hier zur Kur aufhielt. Der Mann wurde Mitte Oktober von seinem eigenen Hunde gebissen. Obwohl gleich darauf festgesetzt wurde, daß der Hund tollwütig war, ging der Besessene doch ruhig seiner Beschäftigung nach und begab sich erst am 29. November nach Berlin, um sich hier auf der Schutzstation ambulatorisch behandeln zu lassen. Die Versammlung ist ihm verhängnisvoll geworden. Das Wutgift war bereits soweit vorgedrungen, daß die Schutzimpfung nicht mehr wirken konnte. Montag kam die schreckliche Krankheit zum Ausbruch. Der Kranke wurde sofort in die Anstalt übergeführt, um dort in Sonderbehandlung zu bleiben. Der Fall zeigt auf neue, wie notwendig es ist, rechtzeitig die Hilfe der Schutzstation in Anspruch zu nehmen.

Drei Personen bei einer Explosion verletzt. In der Küche des Barbiers Witte, Manteuffelstr. 103, explodierte gestern gegen Mittag die Kochmaschine. Die Maschine wurde vollständig auseinander gerissen und brennende Kohlen nach allen Seiten geschleudert. Frau Witte mit ihrer halbjährigen Tochter sowie der 23jährige Gehilfe August Zieg, die in der Küche anwesend waren, erlitten zum Teil schwere Brandwunden. Zieg und das kleine Mädchen wurden im Gesicht, namentlich auch an den Augen stark verletzt, doch scheint Lebensgefahr nicht vorzuliegen. Die Kleider der Frau Witte waren in Brand geraten und die Frau trug ebenfalls erhebliche Brandwunden davon.

Die Liebesstragödie in der Ludenwalderstraße. Man glaube zunächst, daß der Kaufherr Jürgen seine Geliebte, Frau Köpfe, durch einen Schuß in den Mund getötet habe, und daß die Kugel oben auf dem Kopfe aus dem Wundkanal wieder herausgetreten sei. Eine genauere Besichtigung zeigte jedoch, daß die Kugel den Mund nicht, berührt hat, vielmehr von oben

her in den Kopf eingedrungen ist. Hiernach hat Jürgen seine Geliebte hinterrücks erschossen. Auffallend ist es auch, daß Jürgen allein alle drei Wundschüsse geschrieben hat. Er erklärt zwar, daß er mit seiner Geliebten freiwillig in den Tod gehe, es fehlt aber jeder Zufug von der Hand der Frau Köpfe, der diese Erklärung bestätigte. Die Behörden scheinen mit der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß Frau Köpfe nicht freiwillig gestorben, sondern ermordet worden ist. Während bisher in solchen Fällen nur der Tod festgestellt wurde, ordnete man jetzt eine gerichtsarztliche Oeffnung der beiden Leichen an. Diese hat gestern nachmittag stattgefunden. Ueber ihr Ergebnis wird nichts mitgeteilt.

Vom Dache gestürzt ist gestern Abend der Portier Emil Krüger, Brunnenstr. 50. Er hatte das Dach vom Schnee gereinigt, und als er gegen 7 1/4 Uhr fertig war, wollte er sich wieder in seine im obersten Stockwerk belegene Wohnung begeben. Da bemerkte er, daß er die Wohnungsschlüssel, die er sich kurz vorher von seiner Frau hatte geben lassen, verloren hatte. Er versuchte nun, von dem klagen Dache, auf welches er durch das Oberlichtfenster der Waschküche gelangt war, auf den schrägen Teil desselben bis zu seiner am Erler befindlichen Küche zu gelangen, um durch das Fenster derselben einzusteigen, verlor aber bei diesem Wagnis den Halt und stürzte auf das Trottoir hinab. Er war sofort tot.

Treue Nachricht. Ein hiesiges Lokalblatt brachte vor einiger Zeit die Nachricht, daß das Grundstück Grenadierstr. 83, auf dem die Gusteischen Festfälle liegen, in den Besitz der Baugenossenschaft der Freireligiösen Gemeinde übergegangen sei. Wie uns mitgeteilt wird, hat ein solcher Besitzwechsel nicht stattgefunden.

In Kellers Festhale, Kopenstr. 29, veranstaltet die 70. Schulkommission zum Behen der Weihnachtsgeschenk armer Kinder am Donnerstagabend 8 Uhr ein Sinfonie-Konzert mit künstlerisch wertvollem Programm, auf das wir unsere Leser hinweisen. Eintrittskarten kosten 50 Pf.

Feuer im Krankenhaus am Friedrichshain. Auf dem Boderraum des Pavillon 2 im städtischen Krankenhaus am Friedrichshain befinden sich zwei Tanks der Wasserheizung, Behälter, die mit einer Kohlenwand umgeben sind. Die beiden Heizter hatten gestern nachmittag diese unmittelbar unter dem Dache befindliche Anlage besichtigt, wie sie sagen, unter Benutzung einer feuerfesteren Laterne. Um 5 1/2 Uhr brach gestern Abend gerade in diesem Raum ein Feuer aus. Während sofort die Feuerwehre benachrichtigt wurde, riefen der Direktor und der Inspektor der Anstalt alle Kertze und die Wärter zusammen, um zur Verteilung der kranken Frauen und Kinder, mit denen der Pavillon belegt ist, bereit zu sein. Brandmeister Teubner erhielt die Nachricht, als er eben mit seinem Zuge in der Andreasstraße ein Feuer abgelöscht hatte. Mit zwei Jagen rückte er sofort nach dem Krankenhaus aus. Hier hatten Kertze und Wärter unterdessen schon die Kranken aus dem oberen Geschloß heruntergeschafft, so daß die Wehre oben für den Angriff auf den brennenden Dachstuhl Raum fand. Nun stellte sich aber ein schwerer Nebelstand heraus; die Hydranten des Krankenhauses passen nicht zu den Wasserrohren der Feuerwehre. Diese mußte sich daher das Wasser mit ihrem Wasserwagen von den Hydranten der Straße holen und es dann mit Handdrucksprizen aus dem Wagen in das Feuer senden. Dennoch gelang es, auch unter Zuhilfenahme der mechanischen Leiter, des Brandes Herr zu werden, bevor er einen größeren Umfang angenommen hatte. Der Dachstuhl wurde nur zum Teil vernichtet.

Durch einen Sturz vom Wagen ist gestern, Dienstag, nachmittag um 4 1/2 Uhr, der 52 Jahre alte Arbeiter August Fiebig aus der Goltzowstr. 9 schwer verunglückt. F. war in der Kuchholzhandlung von Den in der Landsbergerstraße 92 beschäftigt und begleitete gestern einen mit Weetern beladenen Wagen, um beim Abladen auf einem Bau zu helfen. Bei der Ausfahrt schleuderte der Wagen sehr stark und Fiebig fiel herunter und zog sich einen komplizierten Schädelbruch zu. Ein Wäckerer Rettungswagen brachte den Verunglückten nach der Unfallstation in der Alten Schützenstraße und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshain, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Feuerbericht. Dienstagnachmittag 3 Uhr stand Pettestr. 6 ein Teil der Dachkonstruktion in Flammen, die erst nach längerem Wassergeben abgelöscht werden konnten. Kurz vorher wurden Krndtstraße 43 Kisten und der Fußboden eingeschert. Vormittags 10 Uhr liefen Alarme von Rusaauerstr. 24 und Bergmannstr. 36 ein, die aber auf unbedeutende Veranlassungen zurückzuführen waren. Früh 6 Uhr war Lothringersstr. 67 ein Wasservohbruch entstanden, wodurch ein Keller vollständig unter Wasser gesetzt wurde. Die Wehre beileitete die Katastrophe. Montagabend war Thurmstr. 27 auf dem Grundstücke des städtischen Krankenhauses eine Bauwunde in Brand geraten, der die Wehre kurze Zeit beschäftigte. Friedrichstr. 235 wurden in einem Schulklassen-Zimmer Schälwede, Fußboden und Ballenlager durch ein Schadenfeuer stark beschädigt. — Ein kleiner Dachstuhlbrand rief die Wehre nach Puttlammerstr. 12. Gegen Mitternacht wurde am öffentlichen Melder in der Kleinen Präsidentenstraße Unlug verübt, doch konnte der Thäter nicht ermittelt werden.

Aus den Nachbarorten.

Brig. Der Volks-Bildungsverein hält Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Dorn seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Rechtsanwält Viktor Frankl spricht über „Das Mietrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch“.

Rigdorf. Die Frage, wie sich die Armenlasten der Gemeinde Rigdorf vermindern lassen, beschäftigte dieser Tage in gemeinschaftlicher Sitzung die Armenkommissionen, die Armen-Deputation, die Deputation für das Armenhaus, für das Waisenhaus, für die Krankenanstalt und den Magistrat. Einen wirklich praktischen Erfolg hatte die Sitzung nicht, da die Mittel und Mittelgeln, die vorgeschlagen wurden, keineswegs im Stande sind, irgend welche nennenswerten Änderungen hervorzurufen. Man sprach meist von der Krankenanstalt, die mit 50 Betten versehen ist, und erörterte die Frage, ob nicht eine Anzahl Kranken im Armenhause untergebracht werden könne. Im allgemeinen war die Stimmung dagegen, und auch Genosse Dr. Silberstein sprach sich entschieden gegen die Belegung des Armenhauses mit Kranken aus, indem er geltend machte, daß dort weder eine genügende Krankenpflege und ärztliche Behandlung möglich sei, noch die geeignete Krankenloft für acute Kranke beschafft werden könne. Schließlich einigte man sich dahin, daß unter Umständen Stiche und unheilbare Kranke im Armenhaus unterzubringen seien. Weiter beschäftigte man sich mit den Armenärzten, und da war es besonders der volkfreundliche Herr Weiff, der diesen Kertzen vortwarf, daß sie zuviel Kranke in das Krankenhaus schickten. Genosse Dr. Silberstein hob dem gegenüber hervor, daß eine Behandlung vieler Kranker aus der Armenpraxis in ihrer Wohnung geradezu unmöglich wäre. Es fehle oft an Nötigsten: an Luft, Licht und geeigneter Nahrung. Von Armenärzten würden Fälle berichtet, wo Leute Hunger leiden mußten und schon deshalb in die Krankenanstalt zu bringen waren. Nun kam zu dem Entschluß, den Armenärzten aufzugeben, daß sie nur in den dringendsten Fällen Patienten aus der Armenpraxis in das Krankenhaus senden sollen — was bisher auch schon geschehen sein dürfte. Dann ging man zu den für die Krankenhausbildung erhobenen Verpflegungskosten über. Die Anstalt wird zu einem Drittel mit Kassenpatienten, zu zwei Dritteln auf Antrag mit anderen Kranken belegt. Velh schlug vor, den gesetzlich höchst zulässigen Preis von 3,50 M. pro Tag festzusetzen. Bürgermeister Voigt wünscht eine Erhöhung des geltenden Satzes wenigstens bis auf 2,50 M. — Genosse Silberstein meinte darauf, daß sich

Schwerlich auf diese Weise ein Krug für die Stadt ergötzen lassen. Die Krankenkassen, die anderen Krankenhäusern nur 2 M. zahlten, würden sich wohl hüten, in Altdorf 250 M. zu zahlen, und von Privatkranken werde die Anzahl so gut wie gar nicht bemittelt. Man treibe sich mit dem Geschäft, daß die Sitzung ungefähr daselbst erreicht habe, wie jener bekannte medienburgische Landtag: Alles bleibt beim Alten.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg schloß am Montag einen Auspruch ein, der den Antrag des Magistrats auf Anstellung eines Stadtbauamteilers und eines Landmessers prüfen soll. Die Erhöhung der Mietentschädigung für die Volksschullehrer, welche vor acht Tagen durch Beschluß der Stadtverordneten festgelegt wurde, hat aus formalen Gründen nicht die Zustimmung des Magistrats gefunden. So sei z. B. die Angabe des Zeitpunktes der Erhöhung in dem Beschluß nicht angegeben. Um dieses nachholen zu lassen, hatte der Magistrat die Vorlage an die Stadtverordneten zurückverwiesen. Diesen Moment glaubte ein Teil der Stadtverordneten, wie wir schon am Sonntag erklärten, wahrzunehmen zu müssen, um ihr unter dem Druck des thalassischen Rothandes damals abgegebenen Votum zu Ungunsten der Lehrer fortzusetzen zu können. Jene Herren beantragten nämlich „Verweisung“ der schon angenommenen Vorlage an einen Ausschuss, um die kleinsten formalen Bedenken in Ruhe und Besonnenheit zu prüfen. (7) In klaren, der wahren Sachlage entsprechenden Worten hoben Stadt. W a h m a n n s d o r f und Genosse Obi die eigentümliche und befremdliche Stellung dieser Herren hervor.

Der ganze Schachzug bedeutet nichts weiter, als unseren Lehrern die zugebilligte Erhöhung jetzt in etwas zu kürzen. Dieses Argument veranlaßt man wohl auch den Stadtverordneten-Vorsteher, einen Bewilligungsvorschlag in Form eines Zusatzantrages zu machen. Jedoch auch dies war vergebens. Die von der „Freien Vereinigung“ ausgegebene Parole that ihre Wirkung. Mit 24 gegen 11 Stimmen wurde die Ausschüßberatung angenommen. Die Schöneberger Lehrer werden hoffentlich nicht verfehlen, den von ihnen auch gewählten freisinnigen Stadtvätern bei Gelegenheit den Dank abzusprechen.

Zum Schluß wurde noch die Bildung einer gemischten Deputation für das höhere Schulwesen unter folgenden Bedingungen beschlossen: Die Deputation besteht aus 3 Magistratsmitgliedern und 4 von den Stadtverordneten zu wählenden Mitgliedern, von denen 2 Stadtverordnete sein müssen; die Leiter der höheren Lehranstalten sollen Mitglieder der Deputation mit beratender Stimme sein. Die erstmaligen Wahlen werden für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1902 vorgenommen.

Schöneberg. Dreizehn Zweige der städtischen Polizeiverwaltung soll der Vaspolizei gehen mannehr bestimmt am 1. Januar 1900 auf die königliche Polizeidirektion über. Von den bisher in diesen Zweigen beschäftigten 24 Beamten übernimmt die königliche Polizei 2 Sekreäre.

Aus Spandau schreibt man uns: Bei der Stichwahl der ersten Abteilung zur Stadtverordneten-Versammlung in Spandau unterlag der bisherige Stadtverordnete, Zimmermeister S a m s b a c h, gegen den Maurermeister Kleinfeld. Herr Samsbach gehörte der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung bereits dreißig Jahre an; der Arbeiter S p a n d a u s ist er durch seine häufigen Differenzen mit den organisierten Zimmerern und durch die mehrfach auf seine Veranlassung erfolgte Einleitung von Strafprozessen gegen streikende Arbeiter bekannt geworden. Sein Scheiden aus dem Stadtparlament wird wegen seiner veralteten Ansichten überall mit Genugthuung begrüßt. — Eine verheerete Demonstration gegen die in Militärverhältnissen S p a n d a u s beschäftigten Arbeiter leistet sich in seiner Dienstgarnison der liberale „Anzeiger für das Havelland“, indem er seine Strohbesetzung von dem Anfall der Stichwahl der dritten Abteilung mit den Worten einleitet: „Infolge der Wahlenthaltung des größten Teils der Arbeiterschaft (!) gelang es den Sozialdemokraten auch in der Stichwahl, ihre Kandidaten durchzuführen.“ Noch bei der Stichwahl betonten unsere Gegner ausdrücklich, daß ihre Kandidaten „bürgerlich“ seien, nur diese aber so häufig unterlegen sind, erinnern sich die Herren daran, daß wohl die Staatsverhältnisse Arbeiter diktiert sind, weil diese nicht mehr wie früher den „Liberale“ Gefolgschaft leisteten, sondern sich lieber der Wahl enthalten.

Gerichts-Beitrag.

Thomas-Mehl und sein Ende! Gestern stand in der Klagekammer des Vorstandes des Bundes der Landwirte gegen das „Berl. Tagebl.“ abermals Termin vor dem hiesigen Schöffengericht an. — Kläger waren Dr. Köstke, Dr. Hahn und Blaschka, Angeklagter und Widerkläger Redakteur Heinrich Nicolai. Es handelt sich um vier Artikel, in denen das „Berliner Tageblatt“ das bekannte und schon vielfach erdichtete Thomas-Mehl-Geschäft des Vorstandes des Bundes zum Ausgangspunkte von Betrachtungen gemacht hatte. Diese gipfelten in der Behauptung, daß der Bundesvorstand seine Mitglieder, denen er das Thomas-Mehl-Sekret, geprellt habe, weil er ihnen nicht, wie er in seinen Aufkundigungen versprochen, zu „billigsten“ Preisen, sondern teurer als anderswo liefern und diese Thatsache durch allerlei Specialabmachungen mit der Thomas-Mehl-Fabrik verheilt und den höheren Ertrag zur Fällung der Agitationsliste des Bundes verwendet habe. Die Widerklage bezog sich auf zwei vom Bundesvorstande erlassene Gegenerklärungen, in denen die Gegner des Bundes beleidigt worden waren. — Der Gerichtshof würdigte die umfangreiche Beweisaufnahme in folgender Weise: Dem Angeklagten sei der Schuß des § 193 nicht zuzubilligen, der Wahrheitsbeweis sei nicht als geführt zu erachten. Auf den ersten Blick erscheine die von Vorstande angenommene Offerte mit 25 Pf. unzulänglicher, hauptsächlich sei dies aber nicht der Fall, da die zu gewährenden Rabatte das Endresultat wesentlich modifizieren zu Gunsten dieser zweiten Offerte. Thatsächlich hätte sich der Preis bei der ersten Offerte auf 87,50 M. er hat sich aber bei der zweiten auf 80 M. gestellt. Von Verzug, von rechtskräftiger Benachteiligung der Mitglieder oder von einem gegen Treu und Glauben verstoßenden Verhalten könne keine Rede sein. Was die Widerklage betrifft, so sei Dr. Hahn überhaupt freizusprechen, das Verfahren gegen Dr. Köstke und Blaschka aber einzustellen, da der gleiche Thatsachenbestand schon einmal (in Sachen der Köln. Hg.) zum Gegenstande der Widerklage gemacht worden und ein Urteil ergangen sei. Es greife hier also der Grundsatz no bis in idem Platz. — Im übrigen lautete das Urteil gegen den Angeklagten auf 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis.

Ein von schweren Folgen begleiteter Rohheitsakt führte gestern den Maurer Hermann Jahn unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht zum 21. September befand sich der Student Hölcher auf dem Heimwege. Sein Begleiter, der Direktor eines hiesigen wissenschaftlichen Instituts, blieb in der kleinen Hamburgerstraße etwas zurück, während Hölcher allein weiterging. Es begegnete ihm der Angeklagte Jahn, der sich in Begleitung seines Bruders, des Tischlers Sielaff, befand. Beide waren etwas angetrunken. Von dem Namen da will ich Feuer haben“, erklärte Jahn zu seinem Begleiter, als ihnen der Student entgegenkam. „Dah doch sein“, meinte Sielaff, „meine Cigarre brennt ja.“ Jahn bestand aber auf seinem Vorhaben. Er ging so heftig auf den Studenten ein, daß er ihn mit seinem Körper berührte. „Hast Du gedient?“ redete er ihn an. Der Student erwiderte besahnd, setzte aber in gutmütigem Tone hinzu: „Mein Herr, wenn Sie auch angetrunken sind, müssen Sie sich doch anständig benehmen.“ „Gib mir Feuer!“ herrschte Jahn ihn an. „Mit Vergnügen!“ Und der Student hielt seine Cigarre gegen die des Angeklagten. Zum Dank erhielt der Student von dem Angeklagten einen Hieb mit dem Stock über den Kopf. Ein zweiter Hieb wurde von dem

begleitenden Sielaff aufgefangen. Beide entfernten sich dann, während der Student seinen Hut von der Straße aufhob. Gleich darauf stieß sein Freund wieder zu ihm. Derselbe fragte ihn, was er mit den Leuten vorgehabt habe. Als Hölcher ihm Auskunft gegeben, erwiderte sein Freund, daß sie dies nicht so hingehen lassen könnten, der Angreifer müsse festgesetzt werden. Beide liefen dann hinter dem Angeklagten her, wobei Hölcher wiederholt nach einem Schuttmann rief. Als er in der Nähe des Angeklagten war, drehte dieser sich plötzlich um und verlegte mit der Krücke seines Stodes dem Hölcher einen wuchtigen Schlag gegen den Kopf. Der Betroffene stürzte ohnmächtig zu Boden. Die Spitze der Krücke war ihm ins linke Auge gedrungen und hatte es vollständig zerstört. Auch das Gehör auf dem linken Ohre hat Hölcher infolge der Verletzung fast vollständig verloren. Der Angeklagte und sein Begleiter entkamen, erst nach längerer Zeit verriet die Ehefrau Sielaff sich durch eine unvorsichtige Aeußerung.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, der Gerichtshof unter dem Vorlage des Landgerichtsrats Braun hielt dies Strafmaß aber für viel zu niedrig. Der Angeklagte, der bereits wegen Körperverletzung mit zehn Monaten Gefängnis vorbestraft sei, habe sich durch die vorliegende That als ein Rowdy der schlimmsten Art gezeigt und den friedfertigen Studenten zeitweilig unglücklich gemacht. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sei eine exemplarische Strafe geboten und diese auf vier Jahre Zuchthaus bemessen worden.

Ein diebischer Schlächtermeister. Unter der Anklage des Diebstahls stand gestern der Schlächtermeister Otto Blümel vor der 120. Abteilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte wurde durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet, daß er an einem Ottobermorgen eine Kalbsbrüst im Werte von 20 Mark von einem der vor der Central-Markthalle haltenden Wagen entwendet und auf seinen Wagen gelegt hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Der Gerichtshof bezeugte es als unerhört, daß ein Meister den andern befehle und dadurch noch die Sicherheitszustände vor der Central-Markthalle, die ohnehin zu wünschen übrig ließen, verschlechtere. Es wurde auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen erkannt.

In der Strafsache gegen v. Kriegsheim ist jetzt Termin zur Hauptverhandlung auf den 20. Januar angesetzt worden.

Versammlungen.

Die Agrarier als Retter des Mittelstandes in Berlin. Der Bund der Landwirte hatte am Montag die Angehörigen des Mittelstandes zu einer Versammlung eingeladen, die im Duggen-hagenischen Saale stattfand. Den Besuchern der Versammlung wurde im Vorlauf zuerst eine grüne Karte, worin der Antisemit Emil Sobel seinen „Deutschen Krug“ empfiehlt, in die Hand gedrückt. Dann erhielt man ein Formular, durch dessen Ausfüllung man sich als Mitglied des Bundes der Landwirte erklären konnte, und nur mit diesem Fettel in der Hand durfte man den Versammlungssaal betreten, der sich dann nach und nach mit einigen hundert Personen füllte. Schon bei der Eröffnung der Versammlung kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Ein Herr Müller, der Vorsitzender des Wahlvereins der deutsch-socialen Reformpartei ist, wollte in Form einer „ausklärenden Bemerkung“ seinen Unwillen darüber ausdrücken, daß der Bund der Landwirte der deutsch-socialen Reformpartei auf dem Gebiete der Mittelstandsrettung in Berlin Konkurrenz zu machen beabsichtige. Als der Redner gerade im besten Zuge war, schnitt ihm jedoch der Vorsitzende mit der Schneidigkeit eines Reservelieutenants das Wort ab. Hieran hielt Dr. Diederich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, eine längere Rede. Aus derselben ging hervor, daß der Zweck der Versammlung war, in Berlin eine Ortsgruppe des Bundes der Landwirte zu gründen. Mit dieser Gründung solle den schon bestehenden politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen, die sich die Vertretung der Interessen des Mittelstandes zur Aufgabe gemacht haben, keine Konkurrenz geboten werden. Ebensovien solle der Schwerpunkt des Bundes nach Berlin verlegt werden. Der Bund werde fälschlich als eine Vertretung der Großgrundbesitzer hingestellt, er nehme in Wirklichkeit die Interessen des Mittelstandes, und zwar nicht nur des ländlichen, sondern auch des städtischen wahr. Der Mittelstand könne sich nicht selber helfen, die Gesetzgebung müsse für ihn eintreten. Von der Regierung sei keine Initiative zu erwarten, die Interessen des Mittelstandes zu erwarten. Sie weiche zurück vor dem Pressen und der Sozialdemokratie und sie liquidiere sozusagen vor unseren Augen die Bismarcksche Masse. Darum müsse der Mittelstand sich organisieren, um Einfluß auf die Wahlen und damit auf die Gesetzgebung und die Regierung auszuüben.

Der zweite Redner war Liebermann von Sonnenberg. Er hat nichts dazugewagt, daß der Bund eine Ortsgruppe in Berlin gründe, und sieht darin kein Konkurrenzunternehmen gegen die deutsch-socialen Reformpartei. Die weiteren Ausführungen des Redners basierten auf dem Grundton: „Kauft nicht bei Juden!“ Weht nicht in die Großhazare, wo das freche elektrische Licht strahlt, die mit ihren Reklamen und schreienden Auslagen besonders unsere Frauen und Mädchen anziehen, daß sie hineinfliegen wie die Motzen ins Licht! Als dritter im Bunde der Mittelstandesredner nahm Major a. D. Freiherr v. Loeb das Wort. Er stellte sich als einfacher Landwirt vor, und führte zur Empfehlung des Bundes der Landwirte an, daß demselben 4000 Eisenbahn-Betriebssekretäre angehören und daß er, der Redner, wegen Gehaltsaufbesserung dieser Beamten bei Herrn v. Lucanus vorlesig geworden sei.

Hierauf wurde die Gründung einer Ortsgruppe Berlin beschlossen und folgende Herren in den Vorstand derselben entsandt: Schön, Stadiv. Ulrich, Vammeister Felsch, Mich. Schwarzlose, Otto Ebers.

Jetzt begann die Diskussion. Völler, der Vorsitzende des Wahlvereins der deutsch-socialen Reformpartei, hält den Bund der Landwirte nicht für die geeignete Vertretung des städtischen Mittelstandes. Gleichsam dem Programm des Bundes und dem, was seine Vertreter thun, sei ein großer Unterschied. Wenn der Bund dem Mittelstande helfen wolle, dann dürfe er nicht das Kaufhaus des Offizier- und Beamtenvereins begründen, denn daselbst sei ein Kaufhausbazar genau so wie bei Bertheimische, und die leitenden Personen des Bundes der Landwirte seien die Käufer in diesem Offizier-Kaufhausbazar. Sei das vielleicht eine Begünstigung des Mittelstandes, wenn Herr v. Salderu als Kandidat des Bundes in seinem Wahlkreise erjenseit, angethan mit einer Hofe, die im Offizierverein gekauft war? Oder wenn Herr v. Bodewitsch, auch ein Bundesmitglied, auf seinem Gute in der Prignitz eine Großschlammerei eingerichtet hat, durch die zahlreiche Schlächtermeister empfindlich geschädigt werden? Redner glaubt, der Bund könne jetzt nach Berlin, um hier Beiträge einzusammeln als Ersatz für den Ausfall an Beiträgen in der Provinz. Wenn der Bund für den städtischen Mittelstand eintreten wolle, dann solle er den Beschäftigten nachweislich dafür erbringen, indem er aus seinen Reihen alles befreit, was den Mittelstand schädigt. — Eine Gruppe im Hintergrunde des Saales sollte diesem Redner lebhaften Beifall, die Mehrheit, die den Vordredner applaudiert hatte, verhielt sich schweigend. Liebermann v. Sonnenberg suchte seinen Parteigenossen zu beschwichtigen. Nur keinen Wandertag! so mahnte er. Die ungeliebten Streitigkeiten in unsern Reihen müssen ein Ende nehmen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärten sich Vertreter des Centralvereins selbständiger Gewerbetreibender sowie des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden mit dem Vorgehen des Bundes der Landwirte in Berlin einverstanden, unter der Voraussetzung, daß die schon bestehenden Organisationen des Mittelstandes dadurch nicht beeinträchtigt würden.

Als Anhang mag noch erwähnt werden, daß Herr Ulrich, der im 45. Bezirk mit Hilfe des Freisinnigen gewählte antisemitische Stadtverordnete, diese seine Wahl als einen Sieg des Bürgerthums über die republikanischen Bestrebungen des Socialdemokratie und des manchesterlichen Liberalismus feierte.

Eine öffentliche Schmiede-Versammlung tagte am Montag im Lokal Köhligshaus, Frankfurtstraße, um gegen die geplante Umwandlung der bestehenden Schmiedegesellen-Krankenkasse in eine Zünfftange-Krankenkasse zu protestieren. Diese Krankenkasse wird, wie ausgeführt wurde, bereits seit etwa 22 Jahren von der Gesellenchaft verwalten und hat sich diese Verwaltung sehr gut bewährt und der Aufsichtsbekörde auch niemals Veranlassung zum Einschreiten gegeben. Bei der Uebernahme der Kasse in eigene Verwaltung war infolge der Mißwirtschaft, die unter der Regie der Meister herrschte, ein erhebliches Defizit vorhanden, trotzdem zur Zeit die Beiträge beständig erhöht und die Leistungen der Kasse außerordentlich minimale waren. Das Defizit ist in den 22 Jahren nicht nur vollständig gedeckt, sondern auch ein Reservefonds von über 25 000 M. angesammelt worden, obwohl die Leistungen der Kasse anfrankend gegenüber ganz bedeutend zugenommen haben. Nach den Ausführungen des Referenten soll die Aufsichtsbekörde der Zünfftange anheim gestellt haben, an der Verwaltung der Kasse, die bisher allgemein als tadellos bezeichnet worden ist, teilzunehmen. Nach kurzer Diskussion gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, nach der die Zünfftange ersucht werden soll, den Gesellen die Verwaltung der Kasse zu belassen. Wie noch angeführt wurde, verzögert die Gesellen auf die Beiträge der Meister und sind gewillt, wie bisher die Kosten der Kasse allein zu tragen.

Landmännlichkeit der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung in W. Gensersheim (Inhaber R. Herzberg), Alte Jakobstr. 75.

Vermischtes.

Strenger Winter überall. Sonntag und Montag fiel fast in ganz Deutschland Schnee, der heftige Kälte brachte. Auch aus Belgien wird starker Schneefall gemeldet. Für die Schifffahrt Deutschlands droht jetzt neben dem niederen Wasserstand als zweite Katastrophe das Treibeis. Der untere Neckar bringt Treibeis, bei Heilbronn ist er schon zugefroren. Wie aus Frankfurt a. M. geschrieben wird, geht der Main schon mit Treibeis, und es werden deshalb die Rabelwehre der Schleusen niedergelegt. Nach aufgehobener Spannung entdeckte man in der Nähe des Schloß- und Viehhofes im Fluße die Leichen zweier italienischer Arbeiter, die wahrscheinlich von Offenbach ausgeblieben sind und nun in Frankfurt gelandet wurden. In Dresden herrscht bei 6 Grad Reaumur starker Schneefall. Die Schifffahrt auf der Elbe ist wegen Treibeises eingestellt. Die Schifffahrt nach dem Begeel aufwärts gelegenen Ortschaften ist als geschlossen zu betrachten. — Velder liegen wieder verschiedene schwere Unfälle nachrichten vor. In Oberösterreich sind fünf Schulknaben, die sich auf Eis der Saale begeben hatten, infolge Brechens der Eisdecke eingebrochen. Vier sind ertrunken. Der fünfte hat sich gerettet. Die verunglückten Kinder sind in einem Alter von 8 bis 10 Jahren. Eine weitere Katastrophe wird aus Prag gemeldet. Dort spielten mehrere Knaben auf der noch schwachen Eisdecke des Chybasflusses, als plötzlich das Eis unter ihren Füßen brach und die zehnjährigen Konduktions-söhne Heitrich und Duffl ins Wasser stürzten. Der kleine Heinrich wurde durch einen Bäcker gerettet, während der andere Anate, Alois Duffl, unter der Eisdecke verblühte und erst nach längerem Suchen als Leiche aus dem Wasser gezogen werden konnte. — Auch in Paris ist seit einigen Tagen strenge Kälte eingezogen. Der Montagmorgen brachte dort 6 Grad unter Null, der Montag — 5 Grad. In Nizza und Algier gab es Gewitter, und in mehreren Orten Südfrankreichs regnete es stark. Von den französischen Küsten wird sehr hoher Seegang gemeldet, so daß man Schiffswälle befürchtet. In Rumänien hat ein längerer Schneesturm überall Störungen auf den Eisenbahnen verursacht. Durch Anschlag des Dimbovitabettes mit Schnee ist die Thätigkeit der Bahnbreiter Wasserleitung unterbrochen worden. In Wien trat Dienstag nacht abnormer Frost ein. In der Stadt selbst waren minus 16 Grad Celsius, auf dem Semmeringpark in 974 Meter Höhe, minus 21 Grad Celsius. Aus Budapest werden minus 20 Grad Celsius gemeldet. Überall herrscht starker Schneefall. — Einem Telegramm der „Koiwoje Wremja“ aus Odessa zufolge herrscht in Schwarzem Meere ein sehr heftiger Sturm. Gestern warf der Sturm den Dampfer „Otwashny“ an die Küste, der starke Wellenschlag machte Hilfe unmöglich, doch sind keine Menschenverluste zu beklagen.

Verkrümmelte Arbeiter. In der Heubzer Steinbrüche bei Dahlen (Sachsen) explodierten plötzlich infolge Unvorsichtigkeit die niedergelegten Sprenggeschosse. Zwei Arbeiter wurden in entsetzlicher Weise verkrümmelt; einer ist tödlich, der andere schwer verletzt.

Aus der russischen Festungsstadt Zamosch (Gouvernement Lublin) wird gemeldet, daß eine Kaserne des Vorodonskischen Infanterie-Regiments vollständig niedergebrannt ist. Es sollen dabei acht Soldaten ums Leben gekommen sein. Die Untersuchung des Feuers ist unbekannt.

Fünf Kinder überfahren. Am Lehnstempel in Köln fuhr ein Motorwagen mitten in einer Anäuel spielender Kinder, von denen fünf überfahren und teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

Marktreise von Berlin am 11. Dezember 1899

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.		Schmelzschiff 1 kg		Schmelzschiff 1 kg	
Wagen	D.-Gr.	14,90	14,-	1,80	1,10
Wagen	14,70	13,70	Kalbsfleisch	1,80	1,-
Butter-Weste	14,-	18,-	Hammelfleisch	1,60	1,-
Daser gut	15,-	14,30	Butter	2,50	2,-
mittel	14,20	13,50	Eier	80 Stück	6,-
gering	13,30	12,50	Käse	1 kg	2,20
Richtroß	4,-	3,80	Käse	1 kg	2,80
Den	7,-	4,40	Hamber	1 kg	2,50
Erbsen	40,-	25,-	Rechte	1,80	1,-
Speisebohnen	45,-	25,-	Barische	1,60	0,80
Hühner	70,-	30,-	Schichte	2,80	1,40
Kartoffeln, reise	7,-	5,-	Biere	1,20	0,80
Wandfleisch, reise 1 kg	1,00	1,20	Stroh	per Schock	12,-
do. Baum	1,20	1,-			3,-

* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtsch. Kammern — Kollationsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Tonnen. † Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 12. Dezember. Die hiesige Bekanntschaft der nordamerikanischen Borsen läßt uns infolge eines Einflusses auf den hiesigen Getreidemarkt aus, als ob eine neuerdachte Preissteigerung drohende. Die Tendenz war fast infolge des plötzlichen und verhältnismäßig zeitigen Schiffsankommens. Die Aepfel zeigten sich zurückhaltend, aber auch die Konsum war sehr gering und, wie gesagt, keine Neigung zur Bewilligung höherer Preisforderungen vorhanden. Die wenigen getriebenen Weizen und Roggen erzielten zu höchsten Preisen. Für letzteren triftete sich späterhin etwas lebhafter Nachfrage infolge starken Konsumbedarfes, und der Preis zog, da Angebot fehlte, 0,50 M. an. Ruffische Weizen waren reichlich am Marke, aber circa 3 M. zu teuer. Daser und Rühl lagen still, aber fest. — Am Spitzmarkt wurde 70er loco mit 47,40 etwas lebhafter gehandelt. Termine waren unzulässig.

Witterungsüberblick vom 12. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad C)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad C)		
Schwetzingen	765	SO	3	Schnee	-7	Haparanda	775	S	2	bedeckt	-12
Darmstadt	763	SO	2	bedeckt	-11	Petersburg	757	SO	2	bedeckt	-6
Berlin	765	O	2	bedeckt	-12	Kort	759	SO	2	bedeckt	-6
Wiesbaden	762	SO	2	bedeckt	-7	Abersberg	757	SO	2	bedeckt	-1
München	761	SO	2	bedeckt	-19	Paris	760	SO	2	bedeckt	-7
Wien	766	SO	2	bedeckt	-14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. Dezember 1899. Teils heiter, teils wolkig mit leichten Schneefällen, strengem Frost und mäßigen Nordwesten Winden. Berliner Wetterbureau.